

WordPress Deutsch 2024



Flugblatt: Nieder mit der AfD!



Der Schutz und die Achtung der Menschenwürde bilden den Grundstein unserer Demokratie. In unserem [Grundgesetz](#) steht die Würde des Menschen deshalb gleich im ersten Artikel:

„(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

Nach dem Terror und den massenhaften Verbrechen und Zivilisationsbrüchen die von den Nationalsozialisten begangen und von Nazi-Deutschland getragen wurden war der Schutz der Menschenwürde eine wichtige Lehre.

[Das heißt:](#) „Dem betroffenen Menschen darf nicht etwa durch **Erniedrigung, Verfolgung, Brandmarkung oder Ächtung** sein Geltungsanspruch als Mensch abgesprochen werden.“

Es ist also die Essenz unserer Republik.

Ebenfalls heißt [Würde](#), dass ein Mensch nicht seinen Wert durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Zugehörigkeit zu einer Religion, Ethnie, Altersgruppe oder Geschlecht verliert. Alle Menschen müssen mit Würde behandelt werden, das heißt auch jene die Hilfe brauchen dürfen nicht alleine gelassen werden.

In anderen Worten: aus der Würde des Menschen lassen sich auch die Werte der Menschenrechte ableiten (z. B. Verbot der Folter, Gleichbehandlung von Mann und Frau, Religionsfreiheit).

Der Staat und die demokratischen Parteien müssen sich nach dem richten, da es gleichzeitig auch der Schutz vor Willkür ist wie wir ihn in Staaten wie China, Russland, Nord-Korea, Saudi-Arabien und anderen autoritären Ländern sehen. Eine Abkehr von diesem Fundament wäre daher nichts weniger als die Zerstörung unserer Republik – und die inneren Feinde die darauf aus sind, müssen mit allen demokratischen Mitteln bekämpft werden.

Nur ein freiheitlich-demokratisches Deutschland hat eine Zukunft und jeder und jede Einzelne kann dazu beitragen, dass unsere Gesellschaft frei und demokratisch bleibt.

Der Deportationsplan der Rechtsextremen

Am 25. November letzten Jahres fand das Treffen im Landhaus Adlon nahe Potsdam statt wo die Massendeportation von Millionen von Deutschen besprochen und geplant wurde, wie [Correctiv](#) berichtete. Dazu eingeladen haben der ehemalige Zahnarzt und Rechtsextremist Gernot Mörig und Hans-Christian Limmer, ein Investor im Gastro-Bereich. Letzteres hat die Backdiscounter-Kette Backwerk groß gemacht und der zum Zeitpunkt der Correctiv Enthüllung auch Gesellschafter bei der Burgerkette „Hans im Glück“ und dem Essenslieferant „Pottsalat“ war.

Andere die dabei waren und mit Namen bekannt sind:

Roland Hartwig, rechte Hand der Parteichefin Alice Weidel

Gerrit Huy, Bundestagsabgeordnete

Ulrich Siegmund, Fraktionsvorsitzender Sachsen-Anhalt

Tim Krause, stellv. Vorsitzender im Kreis Potsdam

Arne Friedrich Mörig, Sohn von Gernot Mörig

Astrid Mörig, Frau von Gernot Mörig

Martin Sellner, ein rechtsextremer Aktivist aus Österreich

Mario Müller, ein verurteilter Gewalttäter

Simone Baum, Werteunion NRW, Vorstand

Michaela Schneider, Werteunion NRW, stellvertretender Vorstand

Silke Schröder, Verein Deutsche Sprache, Vorstand

Ulrich Vosgerau, ehem. Kuratoriumsmitglied der Desiderius Erasmus Stiftung

Die Gastgeber waren Wilhelm Wilderink und Mathilda Martina Huss. Wie wir bereits wissen gab es nicht nur keinen Widerspruch in der Runde der Menschenfeinde, sondern sogar Zustimmung von Individuen wie Gerrit Huy.

Doch nun zum Neonazi Martin Sellner der diesen unmenschlichen ‚Masterplan‘ vorgestellt hat. Seine drei Zielgruppen der Massendeportation sind Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht und „nicht assimilierte Staatsbürger“ (d.h. jeder und jede Deutsche mit Einwanderungsgeschichte ist davon bedroht – das sind [20,2 Millionen Menschen](#)). Söhne und Töchter; Großeltern und Eltern; Ehefrauen und Ehemänner; Arbeitskollegen und -kolleginnen; Freunde und Freundinnen – in anderen Worten.

Um dies zu erreichen, will Sellner einen „hohen Anpassungsdruck“ ausüben damit jene mit Staatsbürgerschaft das Land verlassen, daher sei dies auch „ein Jahrzehnteprojekt“.

Doch wohin will er sie deportieren, sowie nebenbei alle die sich für sie einsetzen?

„Eine Idee ist dabei auch ein „Musterstaat“ in Nordafrika. Sellner erklärt, in solch einem Gebiet könnten bis zu zwei Millionen Menschen leben. Dann habe man einen Ort, wo man Leute „hinbewegen“ könne. Dort gebe es die Möglichkeit für Ausbildungen und Sport. Und alle, die sich für Geflüchtete einsetzen, könnten auch dorthin.“

Was Sellner entwirft, erinnert an eine alte Idee: 1940 planten die Nationalsozialisten, vier Millionen Juden auf die Insel Madagaskar zu deportieren. Unklar ist, ob Sellner die historische Parallele im Kopf hat.“ (Correctiv)

Von Sellner und anderen Rechtsextremen zu Fremden im eigenen Land erklärt, will er ihnen auch das Wahlrecht nehmen unter dem Kampfbegriff „ethnische Wahl“. Wie zur NS-Zeit plant auch er dem Ganzen ein legales Gewand zu geben durch ein Expertengremium das diesen Plan ausarbeiten soll. Ein Name fällt ihm schon ein: der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen.

Um all das zu erreichen braucht er eine Gegenöffentlichkeit, es geht daher also auch ums Geld. Dazu soll in Influencer-Projekte, in Propaganda, in Aktionsbewegungen und in universitäre Projekte investiert werden. Eine weitere Strategie ist die Schwächung der Demokratie: *„Wahlen anzweifeln, das Verfassungsgericht diskreditieren, andere Meinungen zurückdrängen, öffentlich-rechtliche Medien bekämpfen.“*

Doch schon Björn Höcke hat über Fantasien dieser Art in seinem Buch geschrieben und er führt die AfD in Thüringen. So schreibt er von „wohl-temperierter Grausamkeit“ und fordert eine Säuberung Deutschlands von „kulturfremden“ durch Deportationen. *„In seinem Buch stellt Höcke auch fest, dass "wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind" mitzumachen." Er denke an einen "Aderlass". Diejenigen Deutschen, die seinen politischen Zielen nicht zustimmten, würden aus seinem Deutschland ausgeschlossen werden. Er trete für die Reinigung Deutschlands ein. Mit "starkem Besen" sollten eine "feste Hand" und ein "Zuchtmeister" den "Saustall ausmisten".“*

([Zeit Online](#), 24.10.2019)

Wenn die AfD also nun rumheult, es wäre eine Kampagne gegen sie im Gange, so Lügen sie wie immer. Das völkische und anti-demokratische Gedankengut in der AfD ist weitverbreitet und die AfD ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie die es momentan gibt.

Was ist zu tun?

Die demokratische Mitte ist bereits mobilisiert, wie sie es zu hunderttausenden auf den Straßen schon gezeigt hat – in Ost und West. Nun liegt es an uns diese Kraft langfristig zu organisieren um unsere Zivilgesellschaft resilienter und konfliktfähiger zu machen damit unsere Demokratie nicht nur wohlbehalten, sondern sogar gestärkt aus den multiplen Krisen hervorkommt.

Von der lokalen bis zur nationalen Ebene ist alles von Bedeutung, der öffentliche Raum muss wieder durch demokratische Aktivitäten zurückerobert werden und die Demokratiefeinde in ihre dunklen Höhlen zurückgedrängt werden!

Die Politik muss unter Druck gesetzt werden, dass sie stets die humanistischen Ideale vertritt und nach ihnen so gut wie möglich handelt, damit auch unsere Demokratie eine Demokratie bleibt und die Zukunft eine menschliche ist.

Sozialpolitisch heißt dies, das Arme nicht gegen Arme ausgespielt werden wie wir es momentan in den Diskussionen um das Bürgergeld sehen.

Innenpolitisch heißt dies, dass die Zukunft zusammen gestaltet werden muss durch die Einbeziehung aller Akteure – von der Agrar- bis zur Zeitenwende.

Außenpolitisch heißt dies, dass wir an der Seite von Demokratien weltweit stehen – ob es die Ukraine, Taiwan oder Nachbarn wie Frankreich ist. Eine starke Vernetzung untereinander ist hier ebenso wichtig um ein klares Zeichen gegen die äußeren autoritären Feinde zu setzen.

Die Zivilgesellschaft kann selbst dazu Anstöße geben und auf eigener Initiative etwas organisieren und sich gegenseitig mobilisieren – das ermöglicht uns unsere Demokratie. Jetzt oder nie!

(Veröffentlicht: 26. Januar 2024, 14:31 Uhr)

Die Demokratiegarde

Zum Schutze und Weiterentwicklung unserer Demokratie brauchen wir eine aktive Zivilgesellschaft wie wir sie in den letzten Tagen zu hunderttausenden auf den anti-AfD Demonstrationen gesehen haben. Die Demokratiegarde ist meine Idee dazu und in diesem Artikel werde ich erklären was ich mir darunter vorstelle. Konstruktive Kritik, Anregungen und Ergänzungen sind natürlich jederzeit willkommen.



Abbildung 1 - Das Hambacher Schloss gilt neben der Frankfurter Paulskirche als ein wichtiges Symbol der deutschen Demokratiebewegung. Im Jahr 1832 fand hier das Hambacher Fest vom 27. Mai bis zum 1. Juni statt (Bildquelle: Wikipedia)

Was ist eine Garde und Weshalb ist sie notwendig?

Der Begriff 'Garde' hat zwei Bedeutungen: zum einen ist damit ein Regiment gemeint, dass mit besonders farbenprächtigen Uniformen ausgestattet ist und für den persönlichen Schutz eines Monarchen oder einer Monarchin zuständig ist; zum anderen kann damit auch eine Gruppe gemeint sein, die eine gemeinsame Aufgabe erfüllt, also dass sich mehrere Menschen an derselben Sache beteiligen und mitarbeiten (Quelle: [Duden](#)).

Diese Organisation basiert auch auf dem historischen Vorbild des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold das in der Weimarer Republik auf Initiative von Sozialdemokraten in Madgeburg um Otto Hörsing (1874-1937) und Karl Höltermann (1894-1955) entstand und sich als Verteidiger der Demokratie verstand. Beide konnten rasch weitere Vertreter von SPD, [DDP](#) und [Zentrumspartei](#) für eine Zusammenarbeit gewinnen. Mit 1,5 Millionen Mitglieder war es die größte politische Massenorganisation in der Weimarer Republik.

"Das Vereinsleben der Reichsbannermitglieder war jedoch nicht nur von paramilitärischen Aktionsformen bestimmt. Mindestens ebenso wichtig waren zivile Veranstaltungen wie Diafilm- und Diskussionsabende, politische Planspiele oder großangelegte Volks- und Sportfeste. Das dominierende Motiv dieser zivilen Aktionsformen war nicht das Militärische, sondern ein als überparteilich verstandenes Bekenntnis zur Demokratie. Da die Reichsbannermitglieder aus unterschiedlichen sozialen und politischen Milieus stammten, hätte ein einseitiger Bezug auf rein parteipolitische Inhalte schnell zu Konflikten geführt. Stattdessen wurde versucht, konsensfähige Positionen zu finden und etwa die demokratische Verfassung, die Geschichte der Farben Schwarz-Rot-Gold oder das politische System der Republik thematisiert."

(Quelle: [Deutsches Historisches Museum](#))

Die Enthüllungen der [investigativen Recherche von Correctiv](#), in der Rechtsextremisten die Deportation von Millionen von deutschen Bürgern geplant haben mit hochrangigen AfDlern sowie Mitglieder der Werte Union, zeigt einmal mehr dass eine starke Zivilgesellschaft unabdingbar ist um gegen Menschenfeindliche Elemente vorzugehen.

Vor allem, da diese Menschenfeindlichkeit in der AfD einen parlamentarischen Arm hat und sich auch bis in die Wirtschaftspolitik der AfD auswirkt (z. B. die Schwächung des Sozialstaats durch extreme Sparpolitik und der Rechte der Arbeiter, Austritt aus der demokratischen Werte- und Handelsgemeinschaft der EU -> stattdessen Abhängigkeit von Russland und China, ganz zu Schweigen von den fatalen Folgen als Exportnation).

In einer Zeit in der auch die Reichsbürger die Dreistigkeit haben vermehrt in Erscheinung zu treten und sich die anti-demokratischen Kräfte immer stärker vernetzen, ist es essentiell für eine freiheitliche-demokratische Zukunft dass sich alle demokratischen Kräfte vereinen. Wie ich es mir genau vorstelle, darauf kommen wir jetzt zu sprechen.

(Anmerkung: die Idee die ich hier vorstelle habe ich bereits am 17.12.2023 ausgearbeitet)

Einleitung

Die Funktion der Demokratiegarde ist es als Bindeglied zwischen den demokratischen politischen Parteien, den Vereinen und Organisationen und der Gesamtbevölkerung zu fungieren. Hauptaufgabe ist daher der Austausch zwischen ihnen zu verstärken und die Bildung um über Menschen- und Bürgerrechte, politische Verhältnisse und Prozesse aufzuklären und wie jeder und jede Einzelne dazu beitragen kann. Für all jene die sich bisher keiner Partei, Verein oder Organisation zuordnen können soll es als Ansprechpartner dienen. Dies wird unter anderem durch Veranstaltungen wie dem Demokratie Forum (DemFor) erreicht in der Bürger und Bürgerinnen sich mit Vertretern der Parteien – oder Vereinen – austauschen können. Dazu später mehr.

Ziel der Demokratiegarde ist es die Konfliktfähigkeit und Resilienz der Bevölkerung zu erhöhen, vor allem in der heutigen Zeit der multiplen Krisen: der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, das Massaker der Hamas in Israel, die Klimakrise, das Artensterben, den Zulauf den die anti-demokratischen Kräfte in Deutschland und weltweit (z. B. den USA unter Trump) erfahren und den Nachwirkungen der Covid-19 Pandemie.

Diese überparteiliche Organisation kümmert sich um neue Vernetzungen und Stärkung vorhandener Strukturen; sie organisiert das Demokratie Forum und macht Öffentlichkeitsarbeit (z. B. über Veranstaltungen informieren, Stellungnahme der Presse mitteilen); sie wird öffentlich präsent sein und auch auf Wochenmärkten, Demokratietagen und anderswo den Bürgern zur Verfügung stehen; im Internet ist die Präsenz auf sozialen Netzwerken essentiell: Facebook, Mastodon, WhatsApp, Youtube, TikTok, Instagram, usw. (X, früher unter Twitter bekannt, wird bewusst vermieden da seit der Übernahme Elon Musk's sich eine extrem toxische und feindselige Atmosphäre gebildet hat und desto eher alle ihr den Rücken kehren desto besser).

Als direkteres Bindeglied ist es eine weitere Aufgabe der Demokratiegarde Jugendliche und politikverdrossene zu mobilisieren indem auch lokal mehr Druck aufgebaut wird wenn Intransparenz, Unklarheiten oder Fehlkommunikation vorliegen. Des Weiteren soll eine Gemeinschaft aufgebaut werden die sich der zunehmenden Verrohung, die sich durch Drohungen, Angriffe und Belästigung auf lokale Politiker und Politikerinnen, Minderheiten, Polizisten und Rettungskräften materialisiert, entgegenstellen.

Die Demokratiegarde schwört die Treue zum Grundgesetz und der Bundesrepublik Deutschland als ein freiheitlich-demokratisches Land. Jeder Versuch diese Grundordnung zu beseitigen, die nach der Schreckensherrschaft, den Genozid und der massiven Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten entstanden ist und auch die Lehren der Weimarer Republik beinhaltet, soll mit allen legalen Mitteln verhindert werden.

Werte und Fundamente

Das Fundament der Demokratiegarde sind **die Menschenrechte** wie sie in der [Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte](#) niedergeschrieben sind. Diese Rechte gelten universal für alle Menschen und werden mit der Geburt wirksam. Die [Bürgerrechte](#) sind jene Rechte die nur für die Bürger und Bürgerinnen in unserem Land gelten; sie bilden mit den Menschenrechten unsere Grundrechte. In unserem Grundgesetz sind diese Rechte niedergeschrieben und nach Art. 19, Absatz 2, darf „[i]n keinem Falle [...] ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden“. Sollte es dennoch jemand wagen unsere Grundrechte zu beseitigen, dann „haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (Abs. 4).

Die Menschen- und Bürgerrechte bringen uns damit auch zur Menschenwürde die, wie Ihr wisst, an vorderster Stelle im 1. Artikel des Grundgesetzes steht:

„(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Doch was genau ist mit der Würde des Menschen gemeint?

Hierzu gibt uns [das JuraForum](#) die Antwort:

„Mit Menschenwürde wird der unantastbare geistig-sittliche Wert eines jeden Menschen bezeichnet.

Dieser umfasst auch den sozialen Achtungsanspruch des Menschen, der es verbietet, diesen zu einem bloßen Objekt des Staates zu machen.

*Dem betroffenen Menschen darf nicht etwa durch **Erniedrigung, Verfolgung, Brandmarkung oder Ächtung** sein Geltungsanspruch als Mensch abgesprochen werden.“*

Der 1. Artikel unseres Grundgesetzes ist essentiell für unsere Demokratie, da sie eine unmittelbare Lehre aus der nationalsozialistischen Terrorherrschaft ist. Ebenso ist der Schutz der Menschenwürde eine Kampfansage an andere Diktaturen der Vergangenheit und der Gegenwart: das Individuum ist nicht der Willkür des Staates unterworfen. Das bringt uns auch zum **Rechtsstaat**. Alles was der Staat tut muss nach den geltenden Gesetzen und den Regeln der Verfassung erfolgen. Die Gerichte in unserem Land überprüfen ob der Staat die Gesetze einhält und die Rechte seiner Bürger und Bürgerinnen schützt. Denn die Bürger sollen sich darauf verlassen können, dass ihre Rechte geschützt werden. Dazu gehört auch die Möglichkeit vor Gericht für sein Recht zu kämpfen. Das Gegenteil eines [Rechtsstaats](#) ist ein Polizeistaat oder eine Diktatur.

Demokratie ist mehr als nur die Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahl. Unser demokratisches System hat sein Fundament, wie schon oben erwähnt, in den Menschen- und Bürgerrechten. Dazu zählen Meinungsfreiheit, Pressfreiheit, Religionsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Bewegungsfreiheit, usw. Auch gehören Institutionen dazu wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk, die Bundeszentrale für politische Bildung, die Bibliotheken und Museen und die unabhängigen Gerichte.

Nicht wegzudenken sind die Vereine die unsere Demokratie auch nochmal richtig Leben einhauchen – ob es nun ein Sportverein ist für Kinder, Jugendliche und Erwachsene oder Organisationen wie NABU die sich für den Umwelt- und Tierschutz einsetzen. Es ist ein Mosaik mit vielen bunten Glasstücken die zusammen ein prächtiges Bildwerk ergeben – ein Bildwerk, das genauso prachtvoll ist wie das Deutsche Volk, dass aus verschiedenen Religionen, Ethnien, Hautfarben, Lebensstilen, Regionen (von Ost- nach Westdeutschland und Nord- nach Süddeutschland, die jeweils ihre eigene Komplexität und Eigenheiten an sich haben die weit über diese grobe Aufteilung hinausgehen) und individuellen und kollektiven Geschichten besteht.

...

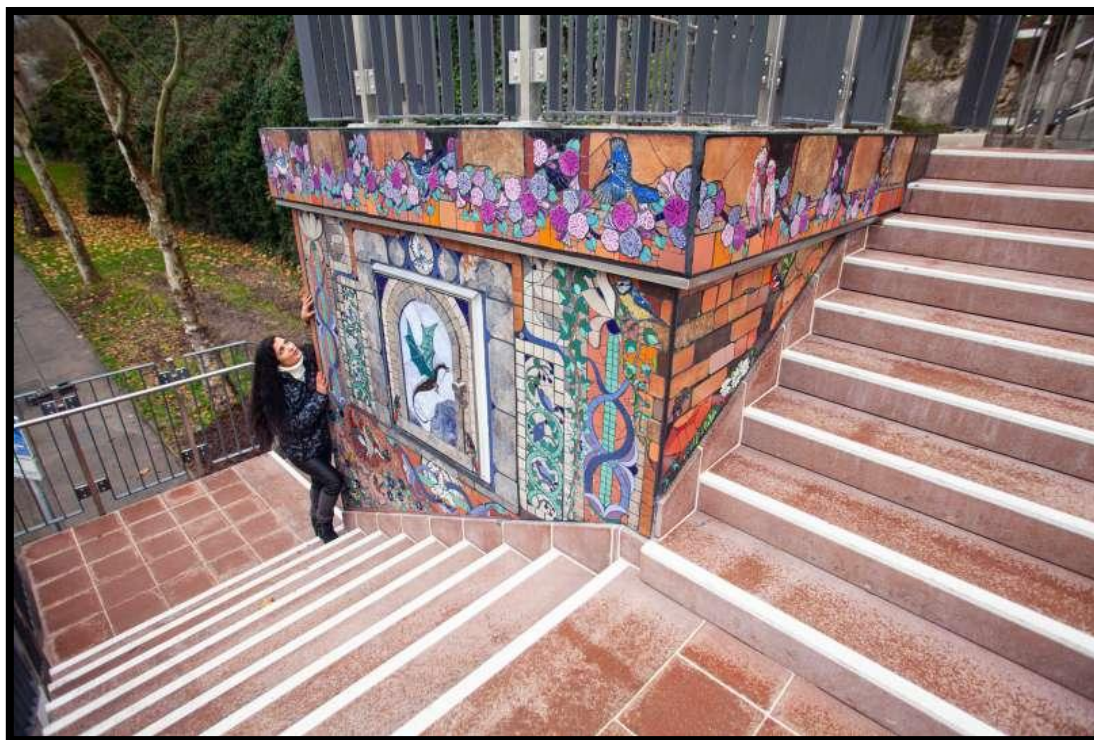


Abbildung 2 - Mosaik von der Künstlerin Isidora Paz-López die seit mehreren Jahren in Pirmasens in Rheinland-Pfalz mit ihrem Mann Chris Lukhaup und Kindern lebt (Quelle: [Deutsche Steinzeug](#))

Unsere Demokratie ist daher auch **pluralistisch**. Mit [Pluralismus](#) ist das „konkurrieren eine Vielzahl verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen mit- und gegeneinander um gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Macht“ gemeint. Konkret ist damit z. B. die Auseinandersetzung zwischen Arbeitnehmer (organisiert durch Gewerkschaften wie der IG-Metall) und Arbeitgeber (den Unternehmen) gemeint.

„Voraussetzung für das Funktionieren des Pluralismus ist die Akzeptanz eines Ordnungskonzepts durch alle Teilnehmer, die sich auf die Grundregeln (Prinzipien) und auf die Institutionen des politischen Systems bezieht, in diesem Fall die Akzeptanz des Grundgesetzes.“

Konflikte sind also natürlich und gewollt, doch es werden Regeln befolgt.

Organisation

Die Demokratiegarde ist als eine Allianz der demokratischen Parteien, Vereine und Organisationen zu verstehen und dient der Stärkung und Schutz der oben genannten Werte und Fundamente – also unserem demokratischen System.

Aufgabe der Demokratiegarde ist es die Konfliktfähigkeit und Resilienz der Bevölkerung zu erhöhen damit unsere Demokratie nicht nur erhalten bleibt sondern auch verbessert werden kann. Hierzu wird das Demokratie Forum (DemFor) ins Leben gerufen in dem Bürger und Bürgerinnen; Parteien, Vereine und Organisationen und externe Experten involviert werden. Ein respektvoller Umgang miteinander ohne persönliche Angriffe ist ein wichtiger Baustein – dies heißt jedoch nicht, dass es keine hitzigen Diskussionen geben wird. Am Ende geht es darum konstruktiv zu diskutieren, je nach Thema geht es mal schneller Mal langsamer, die

Hauptsache ist der Austausch zwischen den Beteiligten, Interessierten und Betroffenen. Die Parteien und Vereine schicken ihre Repräsentanten (auch Kleinparteien), die externen Experten sind dazu da die Diskussion auf den Boden der Tatsachen zu halten (Konsensfunktion) und die Bürger könne offen ihre Meinung sagen (sollte es in der Zeitung abgedruckt werden, soll es das Recht auf Anonymität geben um die Identität des privaten Bürgers zu schützen).

Dieses Demokratie Forum würde vermutlich ein- oder zweimonatlich stattfinden mit verschiedenen Austragungsorten (separat organisiert in Bad Waldsee, Vogt, Bad Wurzach, etc. wenn es auf großes Interesse stößt und das Format auf breite Zustimmung stößt) und mit Themen die mindestens eine Woche zuvor bekannt gegeben werden. Sicherlich wird es eine Zeit der Einspielung brauchen und Verbesserungen oder Ergänzungen zu diesem Konzept sind willkommen.

Die Demokratiegarde an sich ist in der Anfangsphase auf ehrenamtlicher Basis organisiert. Wenn es größer wird, was hoffentlich der Fall sein wird, dann kann es sich durch Mitgliederbeiträge (Mitglied als „Wächter der Demokratie“) und Spenden finanzieren.

Die Arbeit verteilt sich auf **Presse- und Informationsarbeit** (zur Informationsarbeit zählt z. B. auch das zusammensuchen von zuverlässigen und vertrauenswürdigen Quellen), **Öffentlichkeitsarbeit** (auf den sozialen Netzwerken, präsent auf Wochenmärkten in Form eines Stands, die Erstellung von Plakaten, usw.) und **Organisationsarbeit** (v.a. das organisieren von den Demokratie Forum Tagen -> Einladung an Repräsentanten und Experten schicken, Gebäude in dem es stattfindet organisieren, Dauer der Veranstaltung planen mit Puffer für Verlängerung, Bereitstellung eines Schlichters der im Notfall in Diskussionen eingreift wenn es zu eskalieren droht, etc.). Außerhalb des Demokratie Forums findet die Bildungsarbeit statt die auch durch Vernetzung stattfindet wie Kontakt zu Youtubern und Bloggern zu etablieren, oder auf sie aufmerksam zu machen, die sich dem ebenfalls verschrieben haben (z. B. MrWissen2Go (hat schon eine sehr große Reichweite, daher nur als Beispiel), 100Sekunden-Physik, [der Verfassungsblog](#)).

Grund für die Veröffentlichung auf meinem Blog

Ich bin kein Mann der reinen Theorie, was heißt dass ich mich nicht nur dem Denken und dem Schreiben verpflichtet fühle. Leider, als jemand der eher relativ unbekannt ist selbst in der lokalen Politik (zumindest bisher, bin schon aktiv auf Stammtischen, versuche bei Veranstaltungen mitzumachen, etc. aber bisher nicht wirklich als Gestalter) wird die Umsetzung meiner Ideen etwas mehr Mühe und Zeit in Anspruch nehmen. Durch das Teilen meiner Idee hoffe ich auf mehr Gleichgesinnte zu treffen, weit über die kleine Stadtgemeinde raus die am nächsten ist und dem ländlichen Raum in dem ich mich befinde. Die Zeit zu Handeln ist jetzt, nun da das Momentum der demokratischen Mitte da ist und sich in den wundervollen Demonstrationen (bei zwei habe ich auch mitgemacht, bei einem als Ordner) zeigt. Von der EU-Wahl bis zu den Kommunal- und Landtagswahlen wie in Thüringen in der momentan der Faschist Höcke führt - alles ist wichtig!

Die Rettung der Demokratie ist keine Frage des Heldentums, sondern des Terminkalenders.

(Sie können mich kontaktieren unter: thomasbaroque@baroquecoms.com)

Quellen

Die älteren Links habe ich nochmal überprüft ob sie funktionieren, deshalb steht das heutige Datum dran an dem ich es fertiggestellt habe.

Definition von Garde (zuletzt aufgerufen: 02.02.2024)

<https://www.duden.de/rechtschreibung/Garde>

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (zuletzt aufgerufen: 03.02.2024)

<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik/innenpolitik/das-reichsbanner-schwarz-rot-gold.html>

Geheimplan gegen Deutschland (zuletzt aufgerufen: 05.02.2024)

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (zuletzt aufgerufen: 05.02.2024)

<https://www.bmz.de/de/service/lexikon/allgemeine-erklaerung-der-menschenrechte-60138>

Bürgerrechte (zuletzt aufgerufen: 05.02.2024)

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-in-einfacher-sprache/249820/buerger-rechte/>

Rechtsstaat (zuletzt aufgerufen: 05.02.2024)

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321020/rechtsstaat/>

Keramische Mosaik-Kunst vom Feinsten in Pirmasens (zuletzt: 05.02.2024)

https://deutsche-steinzeug.de/de/aktuelles/presse_und_news/keramische-mosaik-kunst-vom-feinsten-in-pirmasens

Pluralismus (zuletzt aufgerufen: 05.02.2024)

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202088/pluralismus/>

Verfassungsblog (zuletzt aufgerufen: 05.02.2024)

<https://verfassungsblog.de/>

(Veröffentlicht: 5. Februar 2024, 21:33 Uhr)

Deutschsein und die Historische Identität

In diesem Blogbeitrag geht es um meine Sicht des Deutschsein, das Deutschtum an sich (d.h. die *"Gesamtheit der für die Deutschen typischen Lebensäußerungen; deutsche Wesensart"* - Definition nach dem [Duden](#)) wird nicht behandelt da es den Rahmen des eher kleingehaltenen Beitrags sprengen würde. Stattdessen widmen wir uns noch der historischen Identität, die zwar auf Deutschland bezogen aber nicht exklusiv Deutsch ist.

Dieser Blogbeitrag sollte aber nicht als Dogma zu verstehen sein, da sich das Deutschsein in vielen Arten ausdrücken kann. Vielleicht dient dieser Beitrag auch als Ansatzpunkt, die dem Diskurs ums Deutschsein konstruktiv dienlich ist.



Abbildung 3 - An Bord auf einem segelnden Schiff - dieses Bild von Caspar David Friedrich, das 1818-1820 von ihm gemalt wurde, habe ich gewählt, weil es gut die Suche nach dem Sein verbildlicht. Die See ist nicht immer ruhig und auch wenn das Ziel klar ist, so kann es dennoch Schwierigkeiten oder Gefahren auf dem Weg geben (Quelle: [Wikiart](#))

Was heißt „Deutschsein?“

Deutschsein ist kein statischer Zustand - wie ein Baum fängt es klein an, entweder als Kind oder wenn man neu zugewandert* ist. Durch das Erlernen der Sprache, erfahren der (regionalen) Kultur und Integration in die Gemeinschaft wird aus dem **Jungbaum** ein **Erwachsener Baum**. Es ist also etwas das wächst bzw. etwas in das man wachsen kann, und hat damit auch die Möglichkeit zu verdorren** (z. B. jene die aus Deutschland auswandern und permanent in einem anderen Land bleiben, denen stellt sich die Frage ob sie voll assimiliert werden möchten und vom Deutschsein ins Amerikanischsein übergehen oder Teilassimiliert das Deutschsein etwas erhalten während das Amerikanischsein dominiert). Im modernen demokratischen Deutschland ist der Erdboden, auf denen all diese Bäume wachsen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

In Deutschland sind 77 Baumarten heimisch, wobei die vier häufigsten Arten die Fichten, Kiefer, Buche und Eiche sind. Übertragen auf uns gibt es verschiedene Arten Deutsch zu sein bzw. unterschiedliche Geschichten zu haben - ob hier seit langem verwurzelt in einem Bundesland oder als Kind von einem Immigranten oder einer Immigrantin. Es ist egal wie die Blätter, Wurzeln oder Rinde aussehen - alle sind sie Bäume im deutschen Walde.

*Bildlich gesprochen ist es eine Vereinfachung, da jugendliche oder erwachsene Zuwanderer schon die Sprache beherrschen und Wissen über die Kultur und die Geschichte haben können und damit nicht - wie Saatgut - beim Ausgangspunkt anfangen.

**Was verdorrt ist muss nicht für immer verdorrt bleiben, hier wird nur bildlich gesprochen.

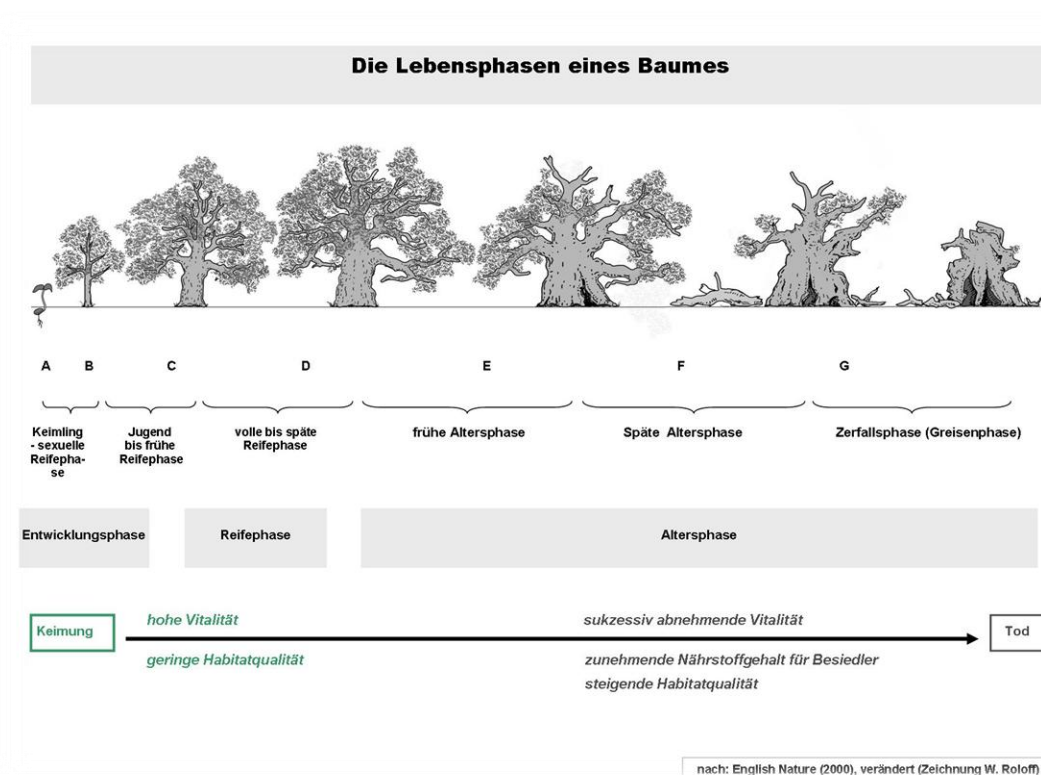


Abbildung 4 - Wir Menschen werden zwar nicht so alt wie Bäume, aber genau wie uns bevorzugen sie auch sauberes Wasser, gute Luft und Sonnenlicht. (Quelle: [Naturschutz und Denkmalpflege in historischen Parkanlagen](#))

Arten des Deutschsein

Es gibt 16 Bundesländer in Deutschland: Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Thüringen, Sachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin, Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Jede Region mit ihrer eigenen Geschichte und Eigenschaften die in die Gesamtdeutsche Identität miteinfließen. Ebenso viele [Dialektverbände](#) gibt es in unserem Land:

"Forscher fassen die Dialekte in Deutschland zu 16 größeren Dialektverbänden zusammen. Im Südwesten Deutschlands „schwätzt“ man Alemannisch, weiter nördlich „babbeln“ sie Hessisch und Hamburger „schnacken“. Ein Dialekt geht dabei über das Vokabular hinaus. Es handelt sich um ein eigenes sprachliches System, mit eigenen Regeln und einer charakteristischen Sprachmelodie. Der Begriff stammt aus dem Griechischen und steht für „Gespräch und Redensweise von Gruppen“. Ehemalige deutsche Gebiete, wie Ostpreußen oder Schlesien, sind Identitätsweise auch noch vorhanden wenn auch in einer anderen Form. Wie mit diesen am besten umgegangen werden sollte, darauf gehe ich später ein.

Die Mentalitäten können sich ebenfalls nach Bundesland unterscheiden, mal sind die Unterschiede geringer mal stärker - stärkere Variationen gibt es auf individueller Basis. Und auch wenn es bestimmten Personen nicht gefällt, so ist Berlin-Kreuzberg ebenso Deutschland wie Abensberg-Gillamoos.

Jemandes Deutschsein hängt auch nicht von der Ernährung ab, ob Fleischesser, Flexitarier, Pescetarier, Vegetarier oder Veganer. Wie Kultur auch stets im Wandel ist, so ist es auch die deutsche Küche die durch neue Variationen von alten Speisen oder ganz neuen Kreationen gesegnet werden kann. Als nicht mehr alles vom Tier verwertet wurde (z. B. Hühnerfüße), wurden auch manche alten Rezepte aus der heutigen Küche verbannt.

"Exportiert werden auch Teilstücke aus der tierischen Produktion, die auf dem deutschen Markt immer weniger gefragt sind. Dazu zählen Hühnerfüße oder Schweineohren, die sich in Asien großer Beliebtheit erfreuen. Alte Kochbücher beinhalten noch Rezepte zur Verwertung dieser Teilstücke. Der zunehmende Wohlstand hat sie allerdings weitgehend aus deutschen Küchen verbannt." (Auszug aus "Unsere Landwirtschaft besser verstehen" mitteld. Verlag, S. 29)

Unsere Gesellschaft zeichnet sich auch durch eine Mannigfaltigkeit an Deutschsein aus, ob religiös (Protestant oder Katholik, Jude oder Muslim, Buddhist oder Hinduist, usw.), nicht-religiös oder spirituell. In dieser pluralistischen Gemeinschaft ist Akzeptanz daher essentiell, d.h. man duldet nicht nur den Anderen oder die Andere, sondern bringt auch gegenseitigen Respekt zum Ausdruck. Dasselbe gilt für Sexualitäten und der Geschlechtsidentität. Nun kommen wir zur Immigration.

Wie ich oben schon erwähnt habe, ist Deutschsein etwas in das man hineinwachsen kann und dass sich auf vielerlei Weise entfaltet. Akzeptanz, und damit horizontaler Respekt, ist eine Grundvoraussetzung damit Integration in Identifikation (mit Deutschland) mündet. Zu den bereits erwähnten Arten des Deutschsein kommen die der Einwanderungsgeschichten hinzu wie sie es schon seit Jahrzehnten und Jahrhunderten in Deutschland gibt (Deutsch-Türkisch, Deutsch-Polnisch, Deutsch-Amerikanisch, Deutsch-Französisch, Deutsch-Kamerun

wie Theodor Michael, etc.). Und Deutschland ist durchaus ein Einwanderungsland, so gibt insgesamt 20,2 Millionen Menschen mit Einwanderungsgeschichte - das sind 24,3% der Bevölkerung (Stand 2022). Unsere Gesellschaft ist auch fortschrittlicher geworden, doch es gibt einen Grund warum ich das **Deutsch** hervorgehoben habe: es gibt noch immer die Tendenz Mitbürger und Mitbürgerinnen zu fragen - vor allem wenn sie eine andere Hautfarbe haben-, woher sie "eigentlich kommen". Nicht aus Bösartigkeit, aber eine unterbewusste Diskrepanz die wahrgenommen wird und den Wahrheitsgehalt einer Antwort anzweifelt. Hierzu ein Auszug aus dem Buch *"Ich diene Deutschland - Ein Plädoyer für die Bundeswehr - und warum sie sich ändern muss"* von Nariman Hammouti-Reinke (S.6):

Das ist ein Dialog, den ich schon Hunderte von Malen geführt habe. Und viele andere führen ihn auch, jede Woche, jeden Tag. Der Sachverständigenrat deutsche Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat eine repräsentative Untersuchung durchgeführt. Demnach erleben Menschen, die sich durch ihre Hautfarbe, ein Kopftuch oder andere äußerliche Merkmale von der Mehrheitsbevölkerung abheben, weitaus häufiger Diskriminierung als andere Menschen mit Migrationsgeschichte. Dazu zählen Gewalt, beleidigende Äußerungen, aber eben auch die immer wieder gestellte Frage nach der «eigentlichen Herkunft». Dieses permanente Neu-ankommen-Müssen hat übrigens seit der Ankunft der vielen Flüchtlinge 2015 zugenommen.² Ein «Weißer» kann sich kaum vorstellen, wie nervenaufreibend das ist – und wie verunsichernd es letztlich wirkt, selbst wenn viele Betroffene aus Selbstschutz zumindest äußerlich so tun, als ob es ihnen nichts ausmacht.

Mein Kamerad Dr. Dominik Wullers aus dem Verein Deutscher.Soldat., der von seinem kapverdischen Vater die dunkle Haut geerbt hat, hat diesen Dialog ebenfalls schon häufig geführt. Wir haben oft darüber gesprochen, wie man sich in solchen Situationen am besten verhält. Sollen wir uns «zusammenreißen» und darüber weggehen, als wäre nichts? Nein, das ist keine Lösung. Denn wenn mich jemand fragt, ob ich Deutsche bin, und auf meine Antwort hin noch mal nachfragt, weil er es nicht glauben kann, dann zweifelt er ja offenbar am Wahrheitsgehalt meiner Aussage. Dann gibt es für ihn eine Diskrepanz zwischen dem, was er sieht, und dem, was er hört. Das heißt, die bluts- und rassebezogene Einordnung von Deutschtum ist weiterhin lebendig, auch bei denen, die sich selbst nie als Rassisten oder ausländerfeindlich bezeichnen würden. Und es sicher auch nicht sind. Nur basiert halt

Es gibt keine "inkompatiblen Kulturen", eine [Synergie](#) ist immer möglich. Unsere Kultur ist weder statisch noch von den Mythen der Pseudowissenschaften bestimmt, wie ein Wald lebt sie ohne ihren Charakter zu verlieren - d.h. mit der Zeit wandelt sie sich auch.

Unsere Geschichte, die Vergangenheit, bleibt mit den dunklen, hellen und grauen Kapiteln. Wer Deutsch ist, der/die bekennt sich zu Johann Wolfgang von Goethe, Moses Mendelssohn, Immanuel Kant, Friedrich Schiller, Heinrich Heine und Alexander von Humboldt die unglaublich viel zur deutschen Kultur beigetragen haben. Ebenfalls heißt dies, dass die dunklen Seiten nicht vergessen werden dürfen: Lothar von Trotha, Heinrich Himmler, Adolf Hitler, Joseph Goebbels, Wilhelm Frick und Roland Freisler. Hier ist es die Verantwortung für die Zukunft - dass sich weder Massendeportationen, Zweiklassensysteme, Autoritarismus noch Genozide wiederholen - und die Erinnerung an die Opfer.

Die freiheitliche-demokratische Grundordnung die hier in Deutschland existiert ist folglich auch nicht aus dem Vakuum entstanden. Der Boden auf den wir uns befinden, um wieder bildlich zu sprechen, ist das Resultat jahrhunderter langer Entwicklungen die eng mit unseren Nachbarländern verbunden und international verflochten ist.

In der eigenen regionalen Geschichte, mit der es sich auf jeden Fall lohnt sich auseinanderzusetzen, erkennt man dann durch Nachforschung (z. B. Besuch von Museen) die Unterschiede und Gemeinsamkeiten, Dynamiken und Besonderheiten was der Geschichte nochmal Leben einhaucht - besonders Einzelschicksale und wie die Person oder Personengruppe mit anderen interagiert hat, was ihre Geschichte ist und was mit ihnen passiert ist. Im Grunde kann man sagen, dass es hier verschiedene Bodentypen gibt die uns ebenfalls mal stärker mal schwächer beeinflussen - je nach Exponiertsein.

Zur Politik

Die Politik hat hier natürlich auch Vorbildfunktion - ob auf kommunaler oder nationaler Ebene. Wenn auf der einen Seite die Bedeutung der menschlichen Würde hervorgehoben wird (Grundgesetz, Artikel 1) und Deutschlandweit gegen die feindlichen Elemente zu Hunderttausenden protestiert wird, während auf der anderen Seite die Kräfte der Entmenslichung durch gewisse Parteivorsitzende gefördert werden, dann entsteht ein Gefälle die zur Apathie gegenüber der Politik führt. Durch Kulturkämpfe die dann angefeuert werden - irrelevantes wie das imaginäre Fleischverbot oder Übertreibungen wie das Gendern, dass jedem selbst überlassen sein sollte - werden die Böden vergiftet.

In kurz: Deutschland ist so facettenreich wie ihre Bürger und Bürgerinnen. Unsere Kultur ist reich an Literatur, Musik, Kunst, Wissenschaft, Speisen und Getränke die sich über die Jahrzehnte und Jahrhunderte auch gewandelt haben. Es ist mehr hinzugekommen, es gab andere Wahrnehmungen je nach Epoche und Zeit und weiterhin bleibt sie so lebendig, wenn man sie so betrachtet. Die dunklen, hellen und grauen Kapitel machen uns auch zu dem was wir sind und unser Umgang damit zu dem was wir werden wollen.

Es lohnt sich auch in der eigenen Region mehr umzuschauen, vielleicht finden Sie noch Aspekte oder Teilaspekte die ein neues Licht auf ein Thema oder Identität werfen.

Die Historische Identität

Die historische Identität, wie es schon andeutet, bezieht sich auf etwas das war. Anfangs habe ich es kurz angesprochen mit Regionen wie Ostpreußen und Schlesien die nach dem Zweiten Weltkrieg annektiert und Deutschlands Grenzen die im [Zwei-plus-Vier-Vertrag](#) (am 12.09.1990 in Moskau abgeschlossen) endgültig festgelegt wurden. An diesem Punkt gibt es auch für mich nichts zu rütteln, deshalb hat diese Form der Identität eine andere Stellung im Gegensatz zur Gesamtdeutschen (nationalen) oder regionalen Identität.

Deren Familien - mütterlicher-, väterlicher- oder beiderseits - die aus den ehemaligen deutschen Gebieten stammen (z. B. Großeltern) werden eher diese Teilidentität noch haben oder zumindest die Erinnerungen als Familiengeschichte weitergeben.

Ich widme mich dieser Thematik auch deshalb, weil meine Uroma (geb. 1920) und Oma (geb. 1941) aus Ostpreußen - genauer gesagt Königsberg - stammen und ich daher 1/4 preußisch bin. Meine Oma hat mir auch davon erzählt, wie sie zuerst in ein Flüchtlingslager in Schweden kamen bevor sie wieder nach Deutschland zurückkehrten.

Flucht und Vertreibung

Während des Zweiten Weltkrieges wurden Millionen von Menschen vertrieben, zwang umgesiedelt oder mussten flüchten. Im Jahr 1941 vertrieben die Nationalsozialisten um die 900.000 Polen aus dem ehemaligen Westpreußen, das seit 1939 besetzt wurde, in das Generalgouvernement. Erst nach der Befreiung Polens konnten die Polen wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Der Grund für die Westverschiebung Polens war die Weigerung Stalins, auf der Teheran Konferenz, die Verschiebung der polnischen Grenze im Hitler-Stalin Pakt von 1939 rückgängig zu machen - dadurch fiel also das ehemalige Ost-Polen an Russland. Infolgedessen gelangten das südliche Ostpreußen, Pommern, Neumark-Brandenburg und Schlesien unter polnische Verwaltung. Die Vertreibung der Deutschen in diesen Gebieten begründete Polen mit dem Verhalten der Deutschen während der Besatzungszeit und mit dem Prinzip des "ethnisch reinen Nationalstaates". In der Tschechoslowakei wurden die Deutschen vorwiegend aus dem Sudetenland vertrieben.

"Zwischen 1944/45 und 1950 waren zwölf bis 18 Millionen Deutsche von Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen Ostgebieten betroffen - die Schätzungen von Historikern gehen hier auseinander. Bis zu 600.000 Menschen von ihnen starben dabei. Etwa zweieinhalb Millionen Deutsche blieben in ihrer Heimat und waren zum Teil heftigen Repressionen ausgesetzt." (NDR)

Nicht vergessen werden darf, dass die nationalsozialistischen Machthaber lange jede Flucht rücksichtslos verboten haben und stattdessen Durchhalteparolen ausgaben. Die Gauleiter hofften darauf, dass in der Wehrmacht dadurch eine bessere Kampfmoral herrscht und es einen härteren Widerstand gibt, wenn es um die Verteidigung deutschen Bodens und deutscher Zivilisten geht. Das Resultat war, dass durch die rasch vorrückende Rote Armee die Zivilisten zwischen die Fronten gerieten und so starben.

(Quelle: <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Flucht-und-Vertreibung-ueberschatten-1945-das-Kriegsende,vertreibung102.html>)

Erstmal zu den Gemeinsamkeiten mit den regionalen Identitäten wie sie heute existieren: auch hier ist das Bewahren der Erinnerung an die Geschichte - dunkle, graue und helle Kapitel - der Kern. Ostpreußen, Pommern, Neu-Brandenburg und Schlesien mögen nicht länger existieren, aber während ihrer Existenz haben sie ebenso Deutschlands und Europas Geschichte geprägt (mal stärker, mal nur unmittelbar auf benachbarte Gebiete) und die Menschen die dort gelebt haben und heute dort leben. Auch die eigene Familien-geschichte ist es wert genauer unter die Lupe zu nehmen.

Nach Museen muss eventuell länger gesucht werden, vielleicht sogar eine Auslandsreise mit-eingeplant werden, wenn es nach Polen oder Tschechien geht. Es gibt ja bereits Verbände wie die Landsmannschaft Ostpreussen e. V. die seit längerem schon im Austausch ist mit Ländern wie Polen und auch ihre eigene Publikationen haben wo sie über die Geschichte und Kultur Ostpreußens schreiben (**Anmerkung:** damit Ihr vorab Bescheid wisst: das Abonnement bei der Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt geht einher mit der Mitgliedschaft, nach Artikel IV Absatz 1.2. [der Satzung](#)).

Wie sich diese ehemaligen Gebiete, auch das Sudetenland, kulturell unterschieden haben von Bundesländern wie Bayern oder (Baden-)Württemberg kann durch Veranstaltungen erkundet werden. Quasi ein Kulturfestival (wie ich darüber mal im Jahr 2020 geschrieben habe) das auf die regionalen Differenzen und Gemeinsamkeiten eingeht. Im Prinzip kann es zur gleichen Zeit wie das Festival der Kulturen stattfinden, das ist aber eine Entscheidung die nur die Bürger und Bürgerinnen einer Gemeinde oder Landes treffen können.

Für ein friedliches Miteinander in der Europäischen Union, und Europa generell, bleibt die historische Identität auch frei von irgendwelchen Gebietsansprüchen - es werden keine erhoben und wenn es in einer alten Satzung von einem Verband noch drinstehen sollte, selbst wenn es nicht mehr aktiv gefordert wird, dann muss es getilgt werden.

Ansonsten läuft es zwangsläufig auf Revanchismus und Imperialismus aus, wie wir es z. B. in Russland momentan sehen mit ihrem völkermörderischen Krieg gegen die Ukraine.

Eine andere Besonderheit dieser Identität hat auch mit dem Nichtvorhandensein (zumindest in seiner früheren Form als Gebiet Deutschlands) zu tun: Dadurch gewinnt insbesondere die familiäre Geschichte - wie ich sie schon oben angekratzt habe - noch eine erhöhte Bedeutung durch Erfahrungsberichte, Erbstücke, innerfamiliäre Traditionen, usw. Die Geschichte über eine Region ist das eine, wie die eigene Familie gelebt hat über die Generationen hinweg bis zur Apokalypse des Zweiten Weltkriegs das andere. Am schwierigsten wird es wohl sein, sich mit der Zeit zwischen 1933 und 1945 zu beschäftigen, wenn es um die eigene Familie geht: war der Großvater oder Urgroßvater auch an Verbrechen beteiligt? Wie stand die Familie zum Nationalsozialismus? et cetera pp.

Schließlich noch die Belastungen der Flucht die die Zivilbevölkerung zu tragen hatte und an die nachfolgende Generation weitergab sowie die Herausforderung sich eine neue Heimat zu suchen und dort sich anzupassen.

Die ehemaligen Gebiete leben also in einer gewissen Weise noch weiter - im Geiste. Deshalb finde ich auch eine Offenheit notwendig damit diese Identität nicht wie eine

Festung behandelt wird in der ein Pförtner über Einlass bestimmt. Jeder und jede die darin ein aufrichtiges Interesse zeigt ist mir willkommen, ob in Deutschland oder im Ausland. Die größte Bedrohung für diese historische Identität sind die Rechtsextremisten die diese kapern wollen und sich auf Ressentiments stützend Zwietracht sähen wollen, wie es z. B. der braune Clown in Thüringen mit seinem unregulierten pyrotechnischen Zirkus tut. Eine scharfe Abgrenzung und Brandmauer genügen hier nicht, Artillerie und Radar muss her um jeden Versuch der Unterwanderung von weitem zu erkennen und zu beschießen.

Mich prägt ebenfalls die historische Identität, aber sie existiert neben der neuen regionalen Identität und ist der nationalen Identität untergestellt - sowie den demokratischen Traditionen seit 1848. Im deutschen Walde nimmt diese Identität die Rolle der Pilze ein - klein und leicht zu übersehen, aber ihr Wurzelwerk reicht weit.

Schlussbemerkung

Hiermit geht dieser Artikel zu Ende, aber es wird sicherlich nicht der letzte über dieses Thema gewesen sein. Wir schlussfolgern jedoch, dass Deutschland vielerlei Facetten hat und es nicht "dass eine Deutschland" gibt. In einem pluralistischen Land ist es umso wichtiger, dass wir uns den Unterschieden bewusst sind. Ferner gibt es damit auch zahlreiche Arten Deutsch zu sein mit unterschiedlichen Ausprägungen - natürlich mehr als die 77 Baumarten bei uns. Und zuletzt noch die historische Identität die noch einige von uns Deutschen begleitet, zwar wird sie anders gelebt aber sie kann konform mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung existieren und florieren - und ebenfalls zur Völkerverständigung beitragen.

Quellen

Deutschtum

<https://www.duden.de/rechtschreibung/Deutschtum>

WikiArt

<https://www.wikiart.org/en/caspar-david-friedrich/on-board-of-a-sailing-ship>

Die natürlichen Lebensphasen eines Baumes

<https://naturschutz-und-denkmalpflege.projekte.tu-berlin.de/pages/leitfaden-bioto-pholz/altbaeume-als-lebensraum/lebensphasen.php>

Dialekte in Deutschland

<https://www.deutschland.de/de/topic/leben/dialekte-in-deutschland>

24,3 % der Bevölkerung hatten 2022 eine Einwanderungsgeschichte

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/04/PD23_158_125.html

Buch: "Unsere Landwirtschaft besser verstehen"

Autor: Hermann Onko Aeikens

ISBN: 978-3-96311-813-5

Nariman Hammouti-Reinke (Buch: "Ich diene Deutschland")

<https://www.rowohlt.de/autor/nariman-hammouti-reinke-21635>

Synergie

<https://de.wiktionary.org/wiki/Synergie>

Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland

<https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/>

Flucht und Vertreibung überschatten 1945 das Kriegsende

<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Flucht-und-Vertreibung-ueberschatten-1945-das-Kriegsende,vertreibung102.html>

Satzung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

<https://ostpreussen.de/lo/portraet/satzung.html>

(Veröffentlicht: 2. April 2024, 20:12 Uhr)

Flugblatt: EU-Wahl Spezial Nr. 1

Vom Donnerstag 6. Juni bis zum Sonntag 9. Juni 2024 findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. In dieser Artikelserie geht es um die Wahl und was sie für uns bedeutet, in der ersten Ausgabe geht es um die Rechte und die Struktur des Parlaments.



Bald sind die Wahlen zum Europäischen Parlament und damit haben wir Einfluss darauf, ob wir als Wirtschafts- und Wertegemeinschaft enger zusammenrücken um die internationalen Krisen und Gefahren besser zu bewältigen oder ob wir weiter auseinanderdriften und am Ende die Großmächte China und die USA mehr über unser Schicksal entscheiden können als wir.

Wer darf wählen?

Mit der Vollendung des 16. Lebensjahres sind Sie berechtigt an der Wahl teilzunehmen, oder anders gesagt: **jeder ab 16 Jahren** ([MDR](#)).

Warum sollte ich wählen?

Das Europäische Parlament hat im Laufe der Zeit mehr Befugnisse zur Gestaltung der Politik bekommen, so durch den Vertrag von Lissabon im Jahre 2009. Da es direkt von den EU-Bürgern und -Bürgerinnen gewählt wird, repräsentiert es diese auch und hat folgende Rechte:

- Gesetzgebungs-, Frage- und Interpellationsrechte
- [Haushaltsrecht](#) (Planung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung)
- Recht auf den Einsatz von Untersuchungsausschüssen

Bei den folgenden Bereichen hat es Kontroll-, Mitentscheidungs- und Zustimmungsrechte:

- Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
- Agrarpolitik
- Fischereipolitik
- Handelspolitik
- Abschluss internationaler Abkommen

Beschränkte Befugnisse hat das Parlament bei:

- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- [Offene Methode der Koordinierung](#) (unverbindliche zwischenstaatliche Politikgestaltung)

Struktur des Europäischen Parlament

- Insgesamt 751 direkt gewählte Abgeordnete - 96 davon aus Deutschland.
(Stand 2019)

- Politische Fraktionen, die national gemischt sind, nehmen eine zentrale Rolle ein und nehmen parlamentarische Rechte wie Verteilung von Redezeiten, Berichterstatern und Ausschussvorständen wahr.

- *Einfache Mehrheit* ist die Regel für Beschlüsse, dagegen ist die *absolute Mehrheit* bei Änderungsanträgen zu den Zusammenarbeits- und Mitentscheidungsverfahren und Beschlüssen im Zustimmungsverfahren notwendig.

- [Quoren](#) (eine vorgeschriebene Anzahl anwesender stimmberechtigter Mitglieder oder abgegebener Stimmen) sind notwendig bei Sachen wie ein Misstrauensantrag gegen die Kommission oder Haushaltsentscheidungen -> im AEUV festgelegt.

- Es gibt 20 ständige Ausschüsse, 2 Unterausschüsse (beide dem Auswärtigen Ausschuss untergeordnet) und 2 nichtständige Ausschüsse.

Grundsätzlich darf das Europäische Parlament auch „über jede Frage der EU zu beraten, Entschließungen anzunehmen und diese den anderen Unionsorganen vorzulegen“.

Schließlich gibt es noch eine Förderung durch die EU, in Baden-Württemberg betrug sie von 2014-2020 €247 Millionen und von 2021-2027 wird sie €279 Millionen betragen. Regional profitieren wir durch [Europäische Fonds](#).

Für mehr Details, leset die Bundeszentrale für politische Bildung: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-europalexikon/176937/europaeisches-parlament-ep/>

Quellen

Wählen mit 16 Jahren: Trend geht zu niedrigerem Wahlalter
<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/wahlalter-ab-sechzehn-europawahl-pro-contra-100.html>

Haushaltsrecht
<https://www.haushaltssteuerung.de/lexikon-haushaltsrecht.html>

Offene Koordinierungsmethode
<https://eur-lex.europa.eu/DE/legal-content/glossary/open-method-of-coordination.html>

Quorum
<https://www.duden.de/rechtschreibung/Quorum>

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)
https://germany.representation.ec.europa.eu/europa-vor-ort-baden-wuerttemberg_de

(Veröffentlicht: 17. April 2024, 19:14 Uhr)

EU-Wahl Spezial Nr. 2

In dieser Ausgabe widmen wir uns etwas verstärkt dem rechtlichen, bzw. genaueres darüber wer wählen darf und unter welchen bestimmten Umständen das Wahlrecht nicht mehr gilt.

Danach noch über die Art der Wahl und die Sitze im EU-Parlament.



Vom Donnerstag den 6. Juni bis zum Sonntag den 9. Juni 2024 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) statt. **In Deutschland** findet die Wahl **am 9. Juni 2024** statt, so wurde es im Kabinett am 26. Juli 2023 bestimmt (Quelle: [Bundesregierung](#)).

Rechtliches

Neulich, als ich im Bürgerbüro in Bad Waldsee war, habe ich die Gesetzessammlung *Rechtsgrundlagen zur Europawahl 2024* gesehen und mitgenommen (die Ausgabe war kostenlos, [bei der Bundeswahlleiterin](#) auch als PDF erhältlich). Hier deshalb noch detaillierter Infos.

Genauer gesagt geht es um das Europawahlgesetz (EuWG) das wir ankratzen.

- Wahlberechtigt ist jeder ab 16 Jahren und seit mindestens 3 Monaten in Deutschland oder in anderen EU-Mitgliedstaaten eine Wohnung hat bzw. sich aufhält (§ 6).
- Das Wahlrecht darf nur einmal persönlich in einem EU-Land ausgeübt werden - ein Vertreter ist unzulässig (§ 6 Abs. 4).
- Wenn jemand des Lesens unkundig ist oder durch eine Behinderung an der Abgabe gehindert ist, darf sich der technischen Hilfsleistung einer anderen Person bedienen – missbräuchliche Einflussnahme oder Interessenkonflikte durch die Hilfsperson sind unzulässig (§ 6 Abs. 4a)
- Bei einer Wahl im Kreis oder einer kreisfreien Stadt, in der ein Wahlschein ausgestellt wurde, kann dieser in einem beliebigen Wahlbezirk abgegeben werden oder durch Stimmabgabe [durch Briefwahl](#) erfolgen (§ 6 Abs. 5)
- Nur durch einen Richterspruch kann ein Deutscher vom Wahlrecht ausgeschlossen werden (§ 6a Abs. 1); ein Unionsbürger infolge einer zivil- oder strafrechtlichen Einzelfallentscheidung das Wahlrecht zum EP nicht mehr besitzt (Abs. 2).

*„Wahlberechtigte, die in ein Wählerverzeichnis eingetragen sind, können ihr Wahlrecht ohne Vorliegen eines besonderen Grundes durch Briefwahl ausüben. Dies ist auch möglich, wenn sie sich vorübergehend im Ausland befinden. Dazu müssen sie bei der **Gemeinde ihres Hauptwohnortes** einen sogenannten **Wahlschein** beantragen. **Einer Begründung hierzu bedarf es nicht mehr.**“* (Bundeswahlleiterin, §§ 24 und 27 EuWO)

An diesem 9. Juni wird über die 96 Sitze (von Deutschland) bestimmt und wohin die EU politisch wandert.

Auch wenn das Europäische Parlament in Brüssel fern zu sein scheint, so hat es direkte Auswirkungen auf uns was z. B. in der Agrar- oder Handelspolitik entschieden wird; wie die EU international agiert und nach welchen Grundsätzen. Es kommt also auf die Parteien an deren Abgeordnete wir wählen.

In Deutschland tritt eine Sperrklausel, wie sie es bei der Bundestagswahl mit 5% gibt, erst in der EU-Wahl 2029 in Kraft wo sie bei 2% liegen wird. Die Sitze werden nach dem [Verhältniswahlrecht](#) verteilt, das heißt eine Partei die 10% der Stimmen erhält, erhält auch 10% der Sitze - in dem Fall $9,6 = 10$ ([lpb](#)).

Insgesamt gibt es 705 Sitze im Europäischen Parlament (EP), durch den Austritt Großbritanniens sank es (zuvor: 751).

*„Im September 2023 hat man sich im EU-Rat darauf geeinigt, die Gesamtsitzzahl der Sitze im Europäischen Parlament von 705 Sitzen auf 720 Sitze aufzustocken. **Zwei zusätzliche Sitze** erhielten Frankreich, die Niederlande und Spanien. **Je ein Sitz mehr** erhielten Belgien, Dänemark, Finnland, Irland, Lettland, Österreich, Polen, die Slowakei und Slowenien. Da sich die Einwohnerzahl einiger Länder geändert hatte mussten die Kontingente angepasst werden.“* (Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg -> lbp)

Nur wer über seine Rechte Bescheid weiß, kann sie auch einfordern und verteidigen. Deshalb mein großer Fokus darauf in dieser Ausgabe.

Quellen

Rechtsgrundlagen zur Europawahl 2024

Informationen der Bundeswahlleiterin

Bestellnummer: 12014165

Stand: 15. Dezember 2023

Online-Bestellungen: <https://service.bundeswahlleiterin.de/bundeswahlleiter-online-formulare/de/bestellung>

Europawahl findet am 9. Juni 2024 statt

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/europa/termin-europawahl-2024-2204136>

Briefwahl

<https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2024/informationen-waehler/briefwahl.html>

Verhältnisswahl

https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/V/verh_wahl-246354

Wahlsystem der Europawahl

(Leseempfehlung)

<https://www.europawahl-bw.de/wahlsystem#c38985>

(Veröffentlicht: 21. April 2024, 16:36 Uhr)

Alternative für Niemand: Wie Deutschland unter der AfD verwahrlosen würde

Der folgende Artikel im Flugblatt-Format habe ich bereits im September 2023 erstellt, aber bisher nur im "Ongoing Archive" auf meinem Blog gespeichert. Der Titel sagt bereits worum es geht, deshalb ohne weitere Verzögerung zum Hauptteil.

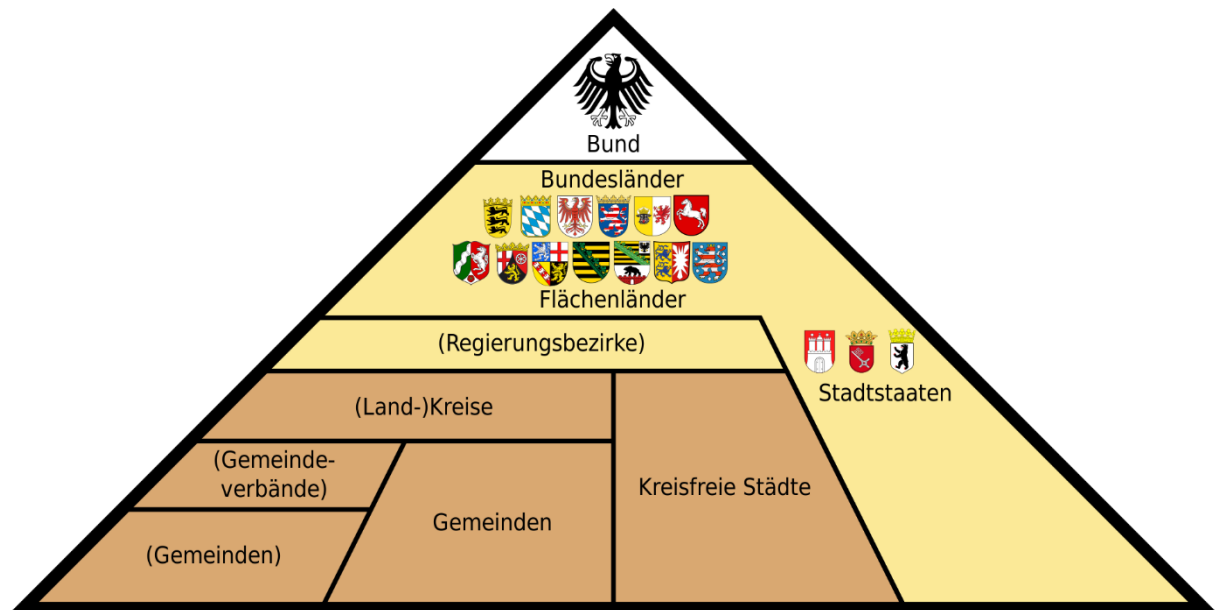


Abbildung 5 - Die Staatsstruktur Deutschlands
(Bild: [Wikipedia](#))

In den letzten Monaten war zu beobachten wie die AfD in einer Wahlumfrage nach der anderen mehr potentielle Wähler und Wählerinnen erhielt – nun schon über 20 %. Auch wenn diese Umfragen nur eine momentane Stimmung abbilden, und durchaus ein Schulz-Effekt eintreten kann in der die SPD von Januar auf Februar [von 23% auf 32%](#) emporstieg und sich bis Ende März dort hielt, so ist es dennoch wichtig die wahren Absichten dieser extrem neoliberalen und rechtsextremen Partei ins Rampenlicht zu rücken – besonders die Kommunen, die teilweise sowieso schon mit finanziellen Engpässen zu kämpfen haben, sind bedroht.

Der Extreme Neoliberalismus

Die AfD gibt sich gerne als Volksnah und Stimme der Vernachlässigten der Politik, insbesondere in Ostdeutschland. Doch wenn es um Kommunen geht, also auf der Ebene mit der wir tagtäglich in Kontakt kommen von der Verwaltung bis zur Freizeit im Freibad, so zeigt sich hier schon der erste tiefe Riss in der Fassade. Wenn es nämlich um Steuern geht, hat die AfD vor die Grund- und Gewerbesteuer abzuschaffen aus der sich die Kommunen zu 54% finanzieren – jene in bereits finanzieller Not würde also der Todesstoß versetzt werden.

ENTWICKLUNG DER STEUEREINNAHMEN DER KOMMUNEN (SCHAUBILD 3)

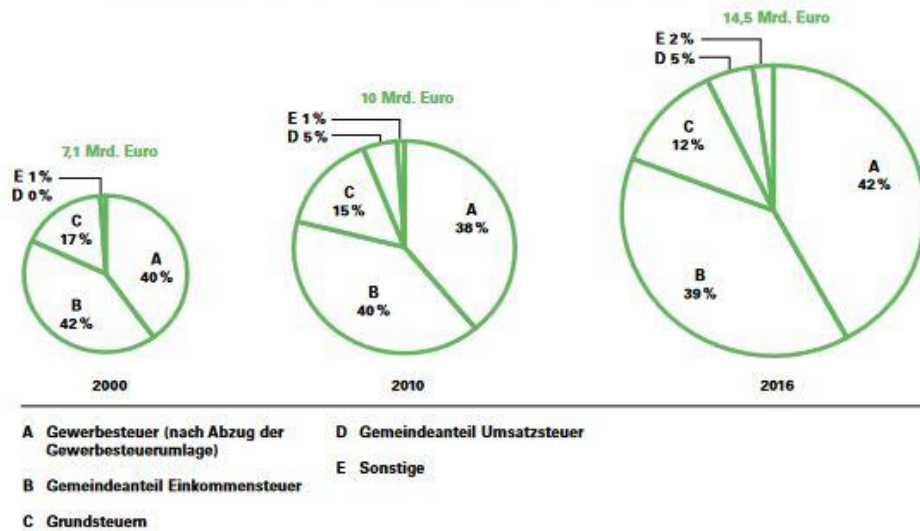


Abbildung 6 - Im Jahr 2016 kam 42% aus den Gewerbesteuern und 12% aus den Grundsteuern, im Jahr 2021 kamen 43% der Einnahmen aus den Gewerbesteuern und 11% aus den Grundsteuern (Quelle: Kommunen und ihre Einnahmen, S. 8)

Zu den Aufgaben der Gemeinden zählt die Allgemeine Verwaltung, soziale Sicherung, öffentliche Sicherheit und Ordnung, Schulen, Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege; Gesundheit, Erholung, Sport; Bau- und Wohnungswesen, Verkehr; öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung ([Bundeszentrale f. politische Bildung](#)).

DER HAUSHALT EINER GEMEINDE

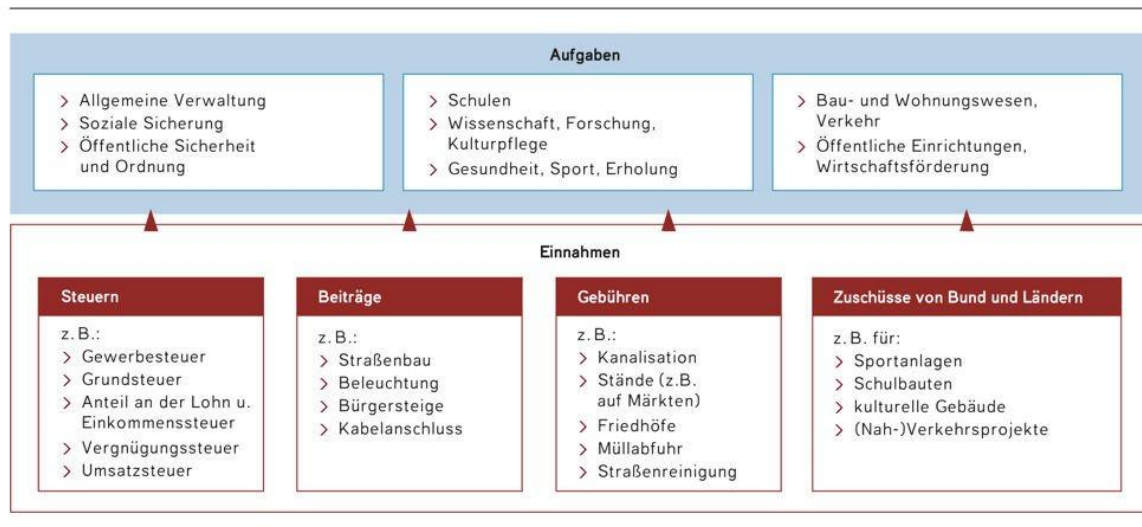


Abbildung 7 - (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung)

Neben diesen gibt es noch die freiwilligen Aufgaben: „*Freiwillige Aufgaben erfüllt eine Gemeinde nach eigenem Ermessen und nach ihren finanziellen Möglichkeiten. Sie entscheidet, ob sie ein neues Schwimmbad baut, neue Busse anschafft, ein Heimatmuseum einrichtet, welche Zuschüsse das Stadttheater und die örtlichen Vereine erhalten.*“ Wenn also über die Hälfte der Einnahmen wegfällt, dann wird auch ein großer Teil des Kultur- und Gemeinschaftslebens wegsterben.

Über die ungerechte Einkommens- und Vermögensverteilung wissen inzwischen alle Bescheid – das haben uns die bisherigen 40 Jahre des Neoliberalismus gebracht. Was helfen würde diese Ungerechtigkeit zu bekämpfen wäre eine Vermögenssteuer und (mindestens) die Beibehaltung der jetzigen Erbschaftssteuer die [€7 Milliarden pro Jahr](#) als Steuereinnahmen generiert. Die AfD ist gegen beides und will letzteres auch abschaffen.

Jene die also bereits sehr viel an materiellem Eigentum (z. B. Grundeigentum und Immobilien) und Geld haben könnten es ohne Abgaben an den Staat und der Bevölkerung, der sie jenen Wohlstand durch Arbeitskraft, Infrastruktur und Institutionen verdanken, weitervererben.

Doch damit nicht genug. Auch sozialpolitisch geht die AfD mit dem Vorschlaghammer vor, wie an [ihrem Abstimmverhalten](#) bereits deutlich erkennbar ist, hier eine Aufzählung:

- Sozialversicherungsschutz für atypische Angestellte (für Selbstständige, Teilzeit, Leih- und Zeitarbeit, u.a.) – AfD hat geschlossen dagegen gestimmt.
- Arbeitsschutzkontrollgesetz um Ausbeutung in Schlachthöfen zu verhindern (Tönnis-Skandal) – AfD geschlossen dagegen.
- Das Bürgergeld zur Mindestsicherung als Aufstockende oder Erwerbslose (letztere war in Landtagswahl 2019 in Sachsen bei der AfD-Wählerschaft 41% und in Brandenburg 43%) – 0-Ja-Stimmen, 70-Nein-Stimmen.

Am 12.10.2022 hat die AfD zudem ein Antrag eingebracht in dem sie Zwangsarbeit als „Bürgerarbeit“ geschönt hat. Jene die über 6 Monate Grundsicherung beziehen sollen, unbezahlt, zur Arbeit verpflichtet werden – von der Seniorenhilfe bis zur Zivil- und Katastrophenschutz. Abgesehen davon, dass es das [völkerrechtliche Verbot der Zwangsarbeit](#) verletzen würde, wären die Langzeitfolgen eine Verschärfung des Fachkräftemangels die die Qualität der Pflege- und Hilfsleistungen massiv beeinträchtigt.

„Die AfD will folglich Menschen ohne Erwerbseinkommen in Beschäftigungen zwingen, die sonst niemand machen möchte, weil sie unterbezahlt oder aus anderen Gründen unattraktiv sind. Damit würde sie bestehende Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt zementieren, anstatt bessere Bedingungen zu schaffen.“ - Vanessa Magri, 09.09.2023

Und das ist nur was auf 1 ½ Seiten passt!

Lebensbedingungen würden sich für alle verschlechtern, besonders für jene die bereits Benachteiligt und Marginalisiert sind.

In anderen Worten: die AfD-Politiker sind Betrüger und haben bereits Verrat an ihrer Wählerschaft begangen – zumindest diejenigen die sie nicht aus fremdenfeindlichen Gründen wählen wo wir beim nächsten Thema angelangt sind.

Reaktionär und Xenophob

Björn Höcke, Landesvorsitzender der umfragestärksten Partei in Thüringen, [verunglimpfte die Bundesrepublik als „bunte Diktatur“](#) in seiner Rede in Oranienburg und stellte unsere Demokratie somit der NS-Diktatur gleich. Derselbe AfD-Landesvorsitzende der den SA-Spruch „Alles für Deutschland“ verwendet hat und welcher in Deutschland verboten ist.

In seinem neo-nazistischen Buch „Nie zweimal in denselben Fluss“ hat er bereits seine Pläne offengelegt was er mit Deutschland und seiner Bevölkerung vorhat, sollte die AfD ganz die Regierungsverantwortung übernehmen.

In seinem Buch führt er eine zentrale rechtsextreme Verschwörungstheorie an, nämlich den „Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“.

Als zentrales Ziel formuliert er daher eine Säuberung Deutschlands von „kulturfremden“, falls ihr euch fragt wen er damit meint: er versteht darunter alle Asiaten und Afrikaner. Er schreibt über die „[Notwendigkeit] eines groß angelegte[n] Migrationsprojekt“, d.h. die Deportation von Millionen von unseren Mitbürger und Mitbürgerinnen. Die Anwendung von Gewalt hat er bereits einkalkuliert. Es geht noch weiter...

„In seinem Buch stellt Höcke auch fest, dass „wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind“ mitzumachen.“ Er denke an einen „Aderlass“. Diejenigen Deutschen, die seinen politischen Zielen nicht zustimmten, würden aus seinem Deutschland ausgeschlossen werden. Er trete für die Reinigung Deutschlands ein. Mit „starkem Bessen“ sollten eine „feste Hand“ und ein „Zuchtmeister“ den „Saustall ausmisten“.‘ ([ZeitOnline](#))

Noch deutlicher geht es nicht die Verachtung für unser Grundgesetz, und damit demokratische Grundordnung, zu formulieren. Der erste Artikel unserer Verfassung wird angegriffen, der Schutz der Menschenwürde: *„Dem betroffenen Menschen darf nicht etwa durch **Erniedrigung, Verfolgung, Brandmarkung oder Ächtung** sein Geltungsanspruch als Mensch abgesprochen werden.“* ([JuraForum](#))

Schon allein wegen dieser offensichtlichen Feindschaft zu unserer Demokratie sollte Björn Höcke von jeglicher öffentlicher Position, sei es auf kommunaler, Länder oder Bundesebene, ausgegrenzt werden und ein Verbot erteilt werden damit er niemals wieder in sein Lehrberuf zurück kann und auch keine Vorteile des Beamtentums erhält. Das ist das mindeste!

Seit 2016 haben die Rechtsextremen Kräfte unter Höcke immer weiter an Kraft gewonnen, wie man auch beim AfD-[Spitzenkandidat Maximilian Krah](#) sieht. Das einzige Lager das es noch gibt in dieser Partei ist der Höcke-Flügel.

Wenn die Verantwortung für unsere Geschichte, über die so oft geredet wird, tatsächlich mehr als Worte sind dann muss Politik und Zivilgesellschaft gemeinsam gegen die größte Bedrohung für unsere Demokratie seit der NPD in den 1960ern vorgehen – für die Republik!



Abbildung 8 - Germania von Philip Veit (1848)

"Als das erste deutsche Parlament 1848 und 1849 in der Frankfurter Paulskirche tagte, hing das Gemälde mit der Personifikation der staatlich geeinten deutschen Nation über dem Rednerpult. Das circa fünf Meter hohe Bild wurde von Philipp Veit und seiner nazarenischen Ateliergemeinschaft wohl in großer Eile und ohne Grundierung gemalt."

(Quelle: [Germanisches National Museum](#))

Quellen

Umfragewerte der SPD gemäß Sonntagsfrage seit Ankündigung der Übernahme der Kanzlerkandidatur und des Parteivorsitzes durch Martin Schulz von Januar 2017 bis Februar 2018 (Paywall, als ich Zugriff damals darauf hatte gab es sie noch nicht)

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/719743/umfrage/umfragewerte-der-spd-seit-partei-vorsitz-durch-martin-schulz/>

Gemeinden

<https://www.bpb.de/themen/politisches-system/deutsche-demokratie/39377/gemeinden/>

Bundestagswahl 2021: Das sind die Steuerpläne der AfD

<https://www.smartsteuer.de/blog/2021/07/13/bundestagswahl-2021-das-sind-die-steuerplaene-der-afd/>

So stimmt die AfD im Bundestag ab, um dich ärmer zu machen

<https://www.volksverpetzer.de/analyse/abstimmung-bundestag-afd-aermer/>

Das völkerrechtliche Verbot der Zwangsarbeit und die Arbeit von Strafgefangenen während der Freiheitsentziehung (PDF, 18 Seiten)

<https://www.bundestag.de/re-source/blob/482698/12a1da50a6a54e09306a54280911e929/WD-2-132-16-pdf-data.pdf>

5 neue AfD-Faschisten-Skandale, die wieder ihr rechtsextremes Gesicht zeigen

<https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/5-aktuelle-fascho-skandale/>

Rechtsextremismus: Höcke will den Bürgerkrieg

https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

Menschenwürde nach dem Grundgesetz - Definition, Erklärung & Beispiele

<https://www.juraforum.de/lexikon/menschenwuerde>

So rechtsextrem ist der AfD-Spitzenkandidat Krah

<https://www.volksverpetzer.de/analyse/so-rechtsextrem-afd-krah/>

Germania aus dem Sitzungssaal des ersten gesamtdeutschen Parlaments in der Frankfurter Paulskirche

<https://www.gnm.de/objekte/germania-aus-dem-sitzungssaal-des-ersten-gesamtdeutschen-parlaments-in-der-frankfurter-paulskirche>

(Veröffentlicht: 19. Mai 2024, 23:25 Uhr)

Wie die Politik Versagt(e)- eine Wutrede

| Warnung: Es wird polemisch |

Nach diesem Blogeintrag geht es wieder normal weiter auf meinem Blog. Man sieht sich!



Abbildung 9 - Wie ein Geysir explodiere ich hier auch
(Quelle: Pixabay)

16 Jahre von der Union (CDU/CSU) geführte Bundesregierung - Jahre des Wirtschaftswachstums, aber auf die "Schwarze Null" wurde bestanden. Die Photovoltaik Industrie wurde von der FDP und Union nach China ausgelagert, Zukunftsinvestitionen - von der Bildung bis zur

Energiewende - wurden kaum oder gar nicht gemacht und der Autokrat Putin durfte nach der Invasion der ukrainischen Krim noch fröhlich weitermachen.

An dieser Stelle: Danke für nichts, Gerhard Schröder. Verschluck dich an dem Erdöl (nicht).

Die EU, und damit Deutschland, hätten also schon längst viel unabhängiger werden können wenn nicht auf das Billig-Gas des mythologisierten Russland gesetzt worden wäre.

Ein anknüpfen dass sich heute in den wirtschaftlichen Beziehungen auch mit China widerspiegelt und insbesondere in den Parteien AfD und BSW. Dazu später mehr.

Die Schuldenbremse wurde vehement verteidigt, der Vermögenssteuer abgesagt obwohl die Reichen sich dumm und dämlich an der Arbeit unseres Volkes und der Völker dieser Welt verdienen.

Die Transformation, die unabdinglich ist wenn wir noch in einer lebenswerten Umwelt leben möchten mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen weitestgehend erhalten, hätte ebenfalls schon früh angestoßen werden können. Gesellschaft und Wirtschaft hätten sich daran als gemeinsames und langfristiges Ziel orientieren können, demokratisch wäre durchaus ein neuer Schritt möglich gewesen durch mehr Beteiligung an den Transformationsprozessen (wie ein Bürger Solar- oder Windpark) und Umweltprojekten

(z. B. die Wiederherstellung von Mooren zu Co2-Speichern in der auch die Bauern miteingebunden werden -> Kooperation auf lokaler Ebene mit Umweltverbänden wie NABU).

Genau diese Transformation die durch dieses Versagen der Vorgänger-Regierungen nun zügiger voranschreiten muss, oder zumindest zügiger voranschreiten sollte indem auch wieder die Reichen einen großen Teil der Rechnung tragen. Schließlich ist es auch ihr luxuriöser Lebensstil der die Co2-Emissionen in die Höhe schnellen lässt.

Ich kann nicht in Worte fassen wie sehr mich das wütend macht!

Derzeitige Regierung

Nun zur derzeitigen Regierung, vor allem die FDP - die Partei der Quartaldenker. Eine neoliberale Partei die es nur in den Bundestag schafft, wenn einige Leute vergessen haben warum sie das letzte Mal rausflog. Und jetzt sehen wir warum sie es immer wieder rauswirft. Dieser Marktfundamentalismus in der die unsichtbare Hand des Marktes heraufbeschworen wird und schon irgendwie alles richten wird - auch wenn die USA das seit 40 Jahren versuchen und kontinuierlich daran gescheitert sind. Stattdessen wurden Arbeiterrechte stark beschnitten und ein Teil der Amerikaner hat Angst vor der nächsten Arztrechnung die sie auf die Straße bringen könnte.

Der arbeitsscheue Verkehrsminister Volker Wissing der lieber mit Fahrverbot droht und mit Christian Lindner die Hauptverantwortung für die Abschaffung der Sektorenziele zu verantworten hat. Ein Sofortprogramm mit Förderung der Fahrrad-Infrastruktur und des ÖPNV wäre ja zu viel gewesen für den lieben Verkehrsminister der den Sessel warmhält für die nächste Regierung.

Der selbstverliebte Finanzminister Christian Lindner der weiterhin die Schuldenbremse stur verteidigt anstatt die viel-benötigten Investitionen zu machen. Steuererhöhungen für die Wohlhabenden wird es unter der Partei der Reichen nicht geben. Somit wird Deutschland ein Sparkurs aufgedrückt obwohl es noch Früchte zum pflücken gibt - lieber den Gürtel enger schnallen als den Gemeinschaftsgarten voll nutzen damit alle satt werden.

An Olaf "der Zögerer" Scholz habe ich auch nicht viel gutes zu berichten, und der SPD insgesamt auf der Bundesebene. Er hätte der Klimakanzler und der Kanzler der sozialen Gerechtigkeit werden können, wenn er zumindest ein bisschen Rückgrat zeigen würde in den Verhandlungen mit der FDP. Stattdessen haben wir den Abschiebekanzler bekommen: man kennt das Gerede: "yada yada yada, mehr Abschiebungen, yada yada yada".

Dabei wird natürlich gern vergessen, dass die wo es zuerst trifft die Registrierten Flüchtlinge sind die bereits eine Ausbildung haben oder sogar voll im Job sind. Selbst Schüler und Schülerinnen sind davor nicht gefeit.

Wir alle wissen dass unsere Bürokratie kriechend langsam ist, ich bin mir sicher die große Mehrheit der Leser und Leserinnen mussten sich schon durch dieses zähe System durchquälen, und jetzt wird auf Abschiebung gepocht obwohl diese Fälle von Abschiebungen von qualifizierten und Integrationsbereiten Flüchtlingen schon bundesweit bekannt sind. Vielleicht sollte sich die Politik erst um eine genaue Analyse bemühen, damit ist auch die Opposition names CDU/CSU gemeint, damit nicht nur Islamisten besser ins Netz gehen sondern auch Rechtsextremisten die die größte Bedrohung für unsere Demokratie darstellen. Das wären zwei Fliegen mit einer Klappe!

Und ja Herr Spahn und Herr Dobrindt, das heißt sie müssen endlich mal arbeiten und nicht nur eine unsinnige Forderung nach der anderen an die Presse tragen. Schockierend!

Von dem zögerlichen Handeln als Russland an die Grenze der Ukraine aufmarschierte, dann im Februar 2022 einmarschiert ist und den Krieg vom Zaun gebrochen hat, ganz zu Schweigen! Schon viel früher hätten wir der Ukraine beiseite stehen sollen mit allem was wir an defensiven Waffen zur Verfügung haben. Es wurden zahlreiche Diplomatieversuche unternommen mit Vladimir Putin, daran möchte ich nur erinnern! Doch für Putin stand der Eroberungskrieg schon fest und er hält daran noch immer fest. Es ist Putin der diesen Krieg beenden kann indem er alle Truppen aus den besetzten und illegal annektierten Gebieten zurückzieht, nur er ist es der dem Frieden im Weg steht. NIEMAND ANDERS!

Von den Grünen bin ich auch enttäuscht. Die Sektorenziele hätten verteidigt werden müssen bis die FDP anfängt zu quietschen. Durch das Nachlassen an dieser umweltpolitischen Maßnahme hat sie nur sich selbst geschadet. Mit Robert Habeck ist zumindest jemand am Steuer der weiß wie man kommuniziert, im Gegensatz zu einem gewissen Herrn Scholz. Als Umweltpartei leider bitter bisher (ausgenommen die Flüssiggas-Speicher als Vorbereitung auf das Schlimmste als der illegale Krieg gegen die Ukraine began - die Versorgungssicherheit ist ein Denkprozess den ich ganz verstehe).

Die AfD - Neoliberal und Xenophob

Eine Partei die bereits in Ländern wie Thüringen und Sachsen als erwiesen rechtsextremistisch vom Verfassungsschutz eingestuft wurde. Nach dem Treffen in Potsdam das bekannt wurde, in dem sie die Deportation von allen Deutschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge geplant haben und jenen die sich für sie einsetzen, hat diese Partei ganz ihre Fassade verloren. Darauf folgte die größte Protestwelle der Bundesrepublik, ein Protest der sich hoffentlich bald institutionalisiert damit diese Demokratiefeinde dem Erdboden gleichgemacht werden.

Die EU-Wahlen verliefen leider trotzdem gut für eine Partei die auch russische und chinesische Spione hat, nicht verwunderlich da sie Putin's autokratisches System als demokratisch gewürdigt haben weil die Urnen durchsichtig sind - die einzige Art der Transparenz in Russland. Für eine Annäherung an China und Russland, an Staaten die nun immer totalitärer werden, steht sie ebenfalls. Höcke will den "Schulterschluss" mit den Kriegsverbrechern in Russland und Krah mit den Uighuren-Unterdrückern in China.

Neben diesen offenen Feindseligkeiten gegenüber unserer Demokratie, den Menschenrechten und allem was ihnen Fremd erscheint hasst die AfD auch alle Bürgergeldbezieher und Arbeiter. Im Bundestag stimmen sie regelmäßig gegen Arbeiterschutz und sie sind für eine Reduzierung des Sozialstaats - purer Neoliberalismus in seiner extremsten Form. Grund- und Gewerbesteuer die über 50% des Einkommens der Kommunen ausmacht? Weg. Es würden also einige Kommunen der Todesstoß versetzt werden, wenn sie politisch weiterhin an Einfluss gewinnen.

Wohlstand wird in dieser Partei nur vernichtet wie die EU-Austrittsfantasien auch belegen. Ich bin mir sicher niemand will sich zwischen dem nächsten Lebensmittel Einkauf und das Heizen der Wohnung im Winter entscheiden müssen, mit der AfD würde das Realität werden. Schmeißt diese Tunichtgute raus! Desto schneller, desto besser.

Mehr dazu in meinem Flugblatt vom 14. September 2023 (Titel: Alternative für Niemand – Wie Deutschland unter der AfD verwahrlosen würde).

Sonstiges

Ich bin 25 Jahre alt - hab mein Abitur und eine kaufmännische Ausbildung gemacht.

Bei der Union (CDU/CSU) habe ich null Hoffnung, so lange sie sich weiterhin weigert ihre eigenen Fehler der letzten 16 Jahre zu analysieren. Friedrich Merz und Markus Söder sind Discounter-Populisten die auch gerne mal die Grünenhetze der AfD und Axel Springer Medien aufnimmt während konstruktive Lösungen bequem umgangen werden - Konstruktivität hieße ja eine sachliche Auseinandersetzung, anscheinend haben es diese beiden Parteichefs komplett verlernt. Bitter für unsere Republik.

Ich hätte mir mehr gewünscht von SPD und Grüne, da gerade die sozialen Fragen und die

Umweltfragen für die junge Generationen wichtig sind. Ein starker Sozialstaat der auch jene ohne Arbeit - Arbeitslos kann man aus verschiedenen Gründen sein: Krankheit, Behinderung, Unfall, falsche Qualifizierung, etc. - ein Leben in Würde ermöglicht. Daher bin ich für das Bürgergeld, welches übrigens auch für Arbeitende als Aufstockung möglich ist. Die **weniger als 1%** Totalverweigerer ist eine billige Kampagne um es abzuschaffen. Mögen beide Parteien bald zu ihren Wurzeln zurückfinden.

Von der FDP erwarte ich nichts. Weniger Blockierer sein wäre schon schön genug.

Die Linke ist innenpolitisch besser aufgehoben als außenpolitisch, meiner Ansicht nach.

Die AfD kann zur Hölle fahren. Für sie ist die Jugend sowieso nur Objekt mit dem sie tun kann was sie will, dort gibt es keine Zukunft. Auf TikTok macht sie auf Hip und jugendlich, doch in der Realität lügt und betrügt sie nur.

Die BSW ist halt die Wagenknecht-Partei. Putin's Stiefel müssen nicht sauber geküsst werden.

Für die Wahl in Thüringen würde ich die [Partei der Humanisten](#) ansonsten empfehlen. Eine humanistische Zukunft in der nicht das dunkelste Kapitel der Geschichte Gefahr läuft wiederholt zu werden. Björn Höcke und sein brauner Zirkus sind die größte Bedrohung für Demokratie, Freiheit und unsere Erinnerungskultur.

Schluss

Das war es von meiner Seite aus, danke für das Lesen von meiner Wutrede.
Der Dampf musste irgendwann mal abgelassen werden.

(Veröffentlicht: 6. Juli 2024, 12:50 Uhr)

Coniunctis Viribus #001: Über das Bürgergeld

Das Bürgergeld ist zurzeit in aller Munde und die kürzlich beschlossenen Maßnahmen der Ampelregierung hat Verschärfungen dafür vorgesehen.

Leider schwirren um das Bürgergeld Falschbehauptungen und Lügen die nach und nach die Diskussion darüber vergiftet haben und die Bürgergeldbezieher zur Karikatur hat werden lassen die komplett Jenseits der Realität ist.

Genau das ist es was mich zur Weißglut bringt und mich dazu veranlasst hat diesen Artikel zu schreiben. Tatsachen zuerst!



Wer bezieht Bürgergeld?

Es kann verschiedene Gründe geben warum jemand Bürgergeld bezieht: Von erwerbstätigen deren Lohn nicht ausreicht zum Leben um Aufzustocken bis zu ukrainischen Geflüchteten die keine Arbeit aufnehmen können aufgrund eines mangels von Sprachförderung die als Grundstein für eine Integration in den Arbeitsmarkt essentiell ist.

Im **Juli 2023** waren **insgesamt 5.503.000** Menschen regelleistungsberechtigt und erhielten das Bürgergeld nach SGB II.

1. **1.557.000 Personen (28,3%)** waren nicht erwerbsfähig, darunter vor allem Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren,
2. **3.946.000 (71,7%)** waren erwerbsfähig und Leistungsberechtigt, davon waren gut **1,5 Millionen arbeitslos** nach SGB II und die ca. **2,2 Millionen erhielten die Grundsicherung ohne arbeitslos zu sein**. Darunter waren z. B. Personen die kleine Kinder betreuten, Angehörige pflegten oder noch zur Schule gingen. Schließlich waren **797.000 der erwerbstätigen** Aufstocker, d.h. Arbeitende die ihr Einkommen mit dem Bürgergeld ergänzt haben.

Im Sozialbudget unserer Republik macht diese **verfassungsrechtlich garantierte Grundsicherung** nur 3,8% aus. Seit 2005 ist [die Erwerbstätigenquote](#) übrigens um 18% gestiegen.

Bürgergeld hat Bedingungen

Wie die [Caritas in ihrem Artikel](#) weiter erläutert, ist das Bürgergeld kein bedingungsloses Grundeinkommen. **Eine Mitwirkungspflicht ist an diese geknüpft und bei Verstoß kann die Leistung gemindert werden** nach [§§ 31, 31a, 32 SGB II](#). Ebenso gibt es Fördermaßnahmen damit die Menschen unterstützt werden um für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen zu können oder einen Bildungsabschluss erlangen.

Anpassung des Bürgergeldes

Die Berechnung der Grundsicherung erfolgt alle 5 Jahre und orientiert sich an den untersten Einkommensgruppen die kein Bürgergeld beziehen. **Die Erhöhung am 1. Januar 2024** von €502 auf €563 (12%) war eine nachholende Anpassung aufgrund der hohen Inflation der vergangenen Monate weshalb sie auch so höher war als normalerweise.

„Mit dem angepassten (beschleunigten) gesetzlichen Anpassungs-Mechanismus wird seit dem 1. Januar 2023 besser gewährleistet, dass das Existenzminimum inflationsbedingt nicht über einen längeren Zeitraum faktisch unterdeckt ist. Dabei orientiert sich die Anpassung nicht an der allgemeinen Inflationsrate, sondern an der Entwicklung der Preise für Güter und Dienstleistungen, die in die Berechnung des Existenzminimums einfließen. Die Preisentwicklung dieser „existenznotwendigen Aufwendungen“ war zuletzt häufig höher als der allgemeine - deutlich mehr Güter und Dienstleistungen umfassende - Verbraucherpreisindex.“
(Caritas)

Es gibt kein Entscheidungsspielraum bei der Anpassung, da diese gesetzlich verankert ist.

Im Vergleich zum Mindestlohn

Der Mindestlohn stieg von €12 (2022) auf €12,41 (2024). **Alleinstehende in Vollzeit** haben im **Durchschnitt €532 mehr zur Verfügung** als Alleinstehende Bürgergeldbezieher. Der **Mindestlohn ist seit 2015 um 46% gestiegen** und das **Bürgergeld um 41%**.

Integration in Arbeit als zentrales Förderinstrument

„Die Befürchtung, es gebe eine Welle von Menschen, die wegen der Höhe des Bürgergeld kündigen, passt nicht zu den Erfahrungen in den Caritas-Beratungsstellen. Wir können nicht ausschließen, dass es eine kleinere Gruppe gibt, die darüber nachdenkt oder diesen Schritt tut. In diesen Fällen haben die Jobcenter das Instrument der Leistungsminderung, wenn sie eine zumutbare Arbeit vermitteln können.

*Die große Mehrheit der Erwerbslosen möchte arbeiten, das zeigt sich sowohl in den Praxiserfahrungen der Caritas als auch in den empirischen Daten. **Denn Arbeit ist sinnstiftend, gibt Anerkennung und Teilhabe. Wer arbeitet, hat auch mehr Geld zur Verfügung.** Zudem können nur über Erwerbseinkommen gesetzliche Rentenansprüche aufgebaut werden.“*

Da die Caritas in ihren Beratungsstellen damit alltäglich umgeht und hier aus Erfahrung spricht, habe ich diese Stelle ganz unverändert übernommen.

Reform und Entbürokratisierung

- Es gibt einen Beratungsbedarf aufgrund der hohen Komplexität zwischen dem Bürgergeld und vorgelagerten Sicherungssystemen wie Wohn- oder Kindergeld und Kinderzuschlag.
- Rechtsansprüche können nicht geltend gemacht werden aufgrund der Überforderung mit den Antragsformularen und den Systemen dahinter, oft keine Unterstützung.
- Das System der Sozialleistungen sollte vereinfacht und transparenter werden, z. B. durch Bündelung und Anpassung der Leistung.

Zwar würde dies mehr Kosten verursachen, weil auch mehr Menschen anspruchsberechtigt wären, doch es dürfe nicht Fehlinterpretiert werden als ein Anstieg der Armut wie die Caritas weiter ausführt. Durch diese Maßnahmen würde die *„Einkommensarmut bekämpft, die Einkommenssituation im Niedrigeinkommensbereich verbessert und der Anreiz gestärkt, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen“*.

Der Niedriglohnsektor

Schließlich noch zum Niedriglohnsektor. In der öffentlichen Debatte werden gerne beide gegeneinander ausgespielt, doch für den Arbeiter im Niedriglohnsektor wird sich nichts ändern, wenn das Bürgergeld gestrichen wird oder Langzeitarbeitslose forciert werden dort auch zu arbeiten.

Wer wirklich Interesse an der Verbesserung ihrer Lebensqualität hat sollte untere Einkommen entlasten z. B. durch niedrigere Sozialversicherungsbeiträge oder Senkung ihrer Steuern.

Durch die höheren Nettolöhne nehmen auch wieder mehr die Arbeit auf und zahlen dadurch Steuern und Sozialabgaben wodurch sie dann weniger staatliche Unterstützung brauchen.

Quelle: <https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/armut/fakten-statt-polemik-zum-buergergeld>

Das BR24 hat hierzu auch einen Faktencheck vorgelegt, um es kurz zu fassen:

1. Jeder hat Anspruch auf Transferzahlungen und jemand der alle in Anspruch nimmt hat am Ende mehr zur freien Verfügung als ein Bürgergeldempfänger.
2. Zwar haben 62% der Bürgergeldbezieher einen Migrationshintergrund oder leben in einem Haushalt mit einem, doch fallen darunter auch Deutsche mit ausländischen Eltern oder zugewanderte Deutsche.
3. Andere Sozialleistungen müssten miteinbezogen werden: Migranten integrieren sich nach einigen Jahren in den Arbeitsmarkt und erhalten am Anfang und am Ende ihres Lebens weniger Leistungen als Deutsche.
4. Es gibt kein Beleg dafür, dass das Bürgergeld ein „Pull-Faktor“ bei Migration ist. Die Größe und Wirtschaftskraft eines Landes, stabile demokratische Verhältnisse und höhere Gesundheitsausgaben machen hingegen ein Land attraktiver.

Quelle: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/faktenfuchs-behauptungen-zum-buergergeld-im-check,TyPwRYL>

Es wird hingegen Zeit über die Vermögenssteuer zu reden die seit 1996 ausgesetzt wurde und den Staat bis heute [€380 Milliarden](#) an Einnahmen gekostet hat – 80% des Bundeshaushalts dieses Jahres.

Andere Quellen

Erwerbstätigenquoten 1991 bis 2023

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/erwerbstaetigenquoten-gebietsstand-geschlecht-altergruppe-mikrozensus.html>

Sozialgesetzbuch

https://www.gesetze-im-internet.de/sgb_2/BJNR295500003.html#BJNR295500003BJNG002002126

Ausgesetzte Vermögenssteuer:

380 Milliarden Euro Schaden

<https://taz.de/Archiv-Suche/!6021305&s=Verm%C3%B6genssteuer/>

(Veröffentlicht: 9. Juli 2024, 23:00 Uhr)

Coniunctis Viribus #002: Vom Zionismus und Palästina

Seit dem grausamen Massaker das von der Hamas im Oktober letzten Jahres begangen wurde und dem Einmarsch Israels in den Gazastreifen ist nun wieder vermehrt die Rede vom Zionismus und Palästina.

Doch woher kommt der Zionismus und der Wunsch des jüdischen Volkes nach einem eigenen Staat und wer sind die Palästinenser und Palästina?

Darauf gehen wir, in etwas komprimierter Form, hier in diesem Artikel ein.
Auf diesen Blogeintrag werden später wahrscheinlich noch mehr Folgen zu dem Thema.



Abbildung 10 - Die israelische und palästinensische Flagge nebeneinander (Bildquelle: [YouGov](#))

Der Zionismus und seine Geschichte

Um zu verstehen woher die enge Verbindung zwischen Jerusalem und dem jüdischen Volk kommt blicken wir kurz zurück in die Geschichte: Am **30. August 70 n. Chr.** wurde der Zweite Tempel zerstört, nur noch die Klagemauer (die Westmauer des Fundaments) ist davon übriggeblieben. **Mit der Zerstörung und der Verbannung durch ein römisches Gesetz endet das antike Judentum mit Priestern, Tieropfern und Wallfahrten und das rabbinische Zeitalter beginnt:** „Der Lehrer - der Rabbi - wird zum Interpreten der Gesetze Gottes, die Synagoge zum Ort der Thora-Lesung und der Predigt.“ ([WDR](#))

Im 7. Jahrhundert (601-700 n. Chr.) eroberten die Umayyaden Jerusalem und errichteten den Felsendom und die Al-Aqsa-Moschee auf dem Tempelberg. **Diese erste islamische Dynastie regierte von 661-750 n. Chr.** und hatte ihr Kernland um Syrien, eine Region die fest in griechisch-römisch-byzantinischer Tradition verwurzelt war. ([Universität Wien](#))

...



Abbildung 11 - Die Al-Aqsa-Moschee Bildquelle: [Wikipedia](#)

Über die Jahrhunderte hinweg verloren die Juden nicht ihre emotionale Bindung zu dem Land, dass sie Israel nannten. In [Psalm 137,5](#) wird dies zum Ausdruck gebracht und was verinnerlicht wurde: „Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem, dann soll mir die rechte Hand verdorren“. Mit ihrer Umwelt, d.h. dort wo sie lebten, waren sie dennoch eng verbunden wie [Moses Mendelssohn](#) (1729-1786) der einer der wichtigsten Wegbereiter der jüdischen Aufklärung war und zu den großen Denkern Deutschlands gehört.

Die Einstellung gegenüber ihrer Heimat hat sich geändert als die jüdische Emanzipation voranschritt wie es bei der französischen Revolution der Fall war: *„Im Gefolge der amerikanischen Unabhängigkeit und der französischen Revolution wurden Juden erstmals in vollem Maße als Bürger der Staaten akzeptiert, in denen sie lebten. [...] Nun definierten sie sich als deutsche oder französische Staatsbürger jüdischen Glaubens.“*

Doch auf den religiösen Antisemitismus folgte der rassistisch-motivierte Judenhass. So gewann in den 1890ern **Karl Lügner** die Wiener Bürgermeisterwahlen mit seinen antisemitischen Kampagnen und in Deutschland war es der konservative Historiker **Heinrich von Treitschke** der den Judenhass salonfähig machte.

Die Dreyfus-Affäre (Beginn: 1894)

In diesem Zusammenhang ist die Dreyfus-Affäre zu nennen die auch den Antisemitismus befeuerte, in diesem dunkleren Abschnitt französischer Geschichte wurde ein jüdischer Offizier fälschlicherweise des Hochverrats beschuldigt. Hier ein Auszug:

"Was die antisemitischen Attitüden der Berichterstattung anbelangte, so nahm die rechte wie auch die linke Presse kein Blatt vor den Mund. Der Spionagevorwurf gegenüber einem jüdischen Offizier, der zudem noch aus dem Elsass stammte, das nach dem verlorenen deutsch-französischen Krieg (1870/71) von Deutschland annektiert worden war, erhielt

Katalysatorfunktion für alle Unzufriedenen und zu kurz Gekommenen in der französischen Gesellschaft. Dreyfus diente als klassischer Sündenbock. Für viele Katholiken galt er als Inkarnation des Christusmörders, für nicht wenige Sozialisten symbolisierte er das jüdische Großkapital à la Rothschild samt Weltverschwörungsambitionen. Für die Revisionisten war er der Inbegriff für die negativen Auswüchse der Republik samt ihrer falsch verstandenen Toleranz und ihres destruktiven demokratischen Gleichheitsideals. Im Militär, das in weiten Teilen noch immer vom verlorenen Krieg traumatisiert war und das sich auf Offizierebene mehrheitlich aus der Aristokratie rekrutierte, klang zudem ein antisemitischer Grundton an: Vorbehalte, welche die militärische Führung bei der Besetzung höherer Offiziersposten durch Juden hegte."

Edouard Drumont (1844-1917) mit seiner Zeitung "La Libre Parole" heizte die antisemitische insbesondere auf.

(Quelle: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30051/der-fall-dreyfus-und-die-folgen/>)

Moses Heß (1812-1875), der auch ein enger Vertrauter von Karl Marx war, war ein Vorläufer des Zionismus. Der rassistisch-motivierte Antisemitismus war seine Hauptantriebskraft Europa zu verlassen. Wie die Italiener um Rom wollte er, dass die Juden um Jerusalem eine Nation errichten. Die Hoffnung war auch, dass sich durch einen eigenen Staat die desolate Situation der Juden ein Ende gesetzt würde. 1862 verfasste er das Buch „Rom und Jerusalem“.

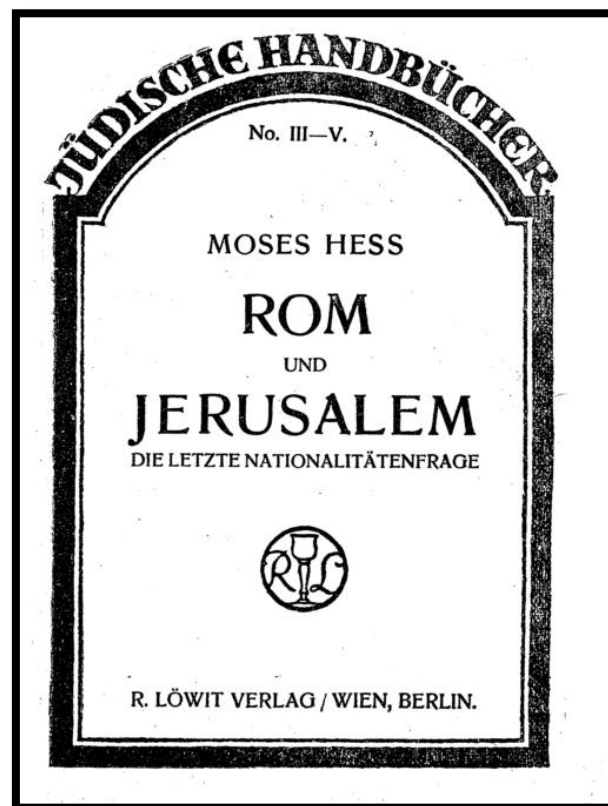


Abbildung 12 - Titel: Rom und Jerusalem, die letzte Nationalitätsfrage / Briefe von Moses Hess
Teil der Serie "Jüdische Handbücher", 1919 veröffentlicht vom R. Löwit Verlag
Auch [online als PDF erhältlich](#) auf der Uni Frankfurt Website

Während es also eine Integration in West- und Mitteleuropa gab die auch den wirtschaftlichen Stand der Juden verbesserte, formierte sich der Judenhass neu um gegen jenen Fortschritt der Emanzipation vorzugehen.

In Osteuropa, bzw. den damaligen zaristischen Russland, fand keine Integration statt weshalb sie auch in großer Armut lebten und Teil des jüdischen Volkes blieben sowie weiterhin ihre Jiddische Sprache pflegten. Ende des 19. Jahrhunderts kamen noch die Pogrome hinzu die von den Behörden oftmals toleriert wurden.

"Unter den gebildeten jüdischen Schichten entstand eine Aufklärungsbewegung (Haskala), die die hebräische Sprache als moderne literarische Sprache wiederbelebte. Hebräisch war nie ausgestorben, sondern wurde im Gebet, aber auch im täglichen Studium verwendet. Nun aber schrieben Autoren ihre Romane und Gedichte in einem modernisierten Hebräisch, das auch als Alltagssprache wieder benutzt werden sollte."

Mit der **Ermordung von Zar Alexander II. im Jahr 1881** durch Revolutionäre fing die Pogromwelle an und flammte immer wieder auf. **So gab es 259 Ausschreitungen bis 1884.**

"Hunderte Juden werden getötet, Tausende verletzt. Ein Korrespondent der Londoner "Times" berichtet 1882 von 225 vergewaltigten Frauen, 17 von ihnen seien gestorben. Jüdischer Besitz im Wert von rund 10 Millionen Rubeln wird kurz und klein geschlagen oder geraubt. Die gegen die Gewalt eingesetzten Husarentruppen schauen dem Treiben mitunter nur zu. Auch die Reaktion des Regimes in St. Petersburg schafft nicht den Opfern Recht, sondern beruhigt die Antisemiten: Die Judengesetze werden verschärft." ([WDR](#))

Diese Pogromwellen erschütterte die jüdischen Gemeinden und [Leon Pinsker](#) (1821-1891) reagierte darauf mit seinem Pamphlet *Auto-Emancipation* (1882). Dort argumentierte er, dass der Weg der Emanzipation gescheitert sei und forderte deshalb die Selbstemanzipation der Juden als Nation. Er ließ zunächst jedoch offen wo diese neue Heimat sein sollte, so kam nicht nur Palästina sondern auch Argentinien in Betracht.

(Bild auf der nächsten Seite)

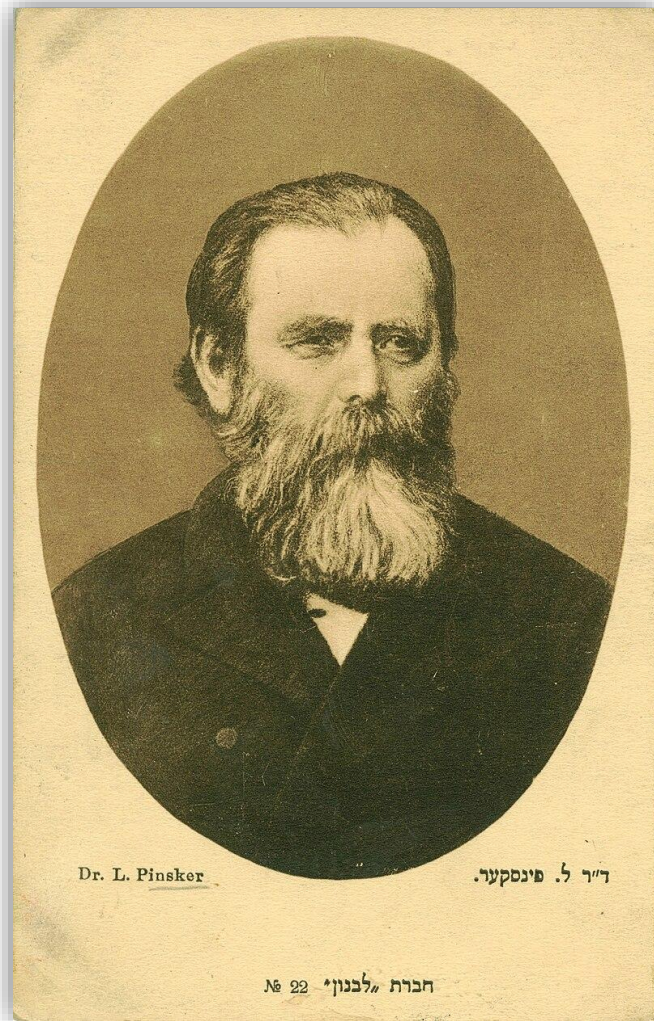


Abbildung 13 - Dr. Leon Pinsker (1821-1891), Zionistischer Pionier
(Bildquelle: [Wikipedia](#))

Im Jahr 1903 gab es ein verheerendes Pogrom in der russischen Stadt Kischinow mit 45 Toten und 86 Schwerverletzten. 1500 jüdische Häuser wurden geplündert und zerstört. Das literarische Werk **"Die Geschichte eines jüdischen Soldaten"** erzählt davon. Verfasst von [Simon Dubnow](#) (1860-1941), er ist besser bekannt für sein zehnbändiges **"Weltgeschichte des jüdischen Volkes"** das noch immer als Standardwerk gilt ([Deutschlandfunk](#)).

Zur Entstehung des Zionismus fließt damit der rassistisch-motivierte Antisemitismus und die Bewahrung der nationalen Merkmale der Juden in Osteuropa zusammen. Hinzu kam die wirtschaftliche und politische Krise die sich im Hintergrund ereigneten. Die neue Heimatstätte sollte Schutz für die in Europa bedrohten Juden bieten.

Palästina und seine Geschichte

Die historische Region Palästinas umfasst ein Gebiet auf dem sich heute der Staat Israel, der Gazastreifen, das Westjordanland, Teile Syriens, des Libanon und Jordaniens (das Ostjordanland) befinden.

- **9.000 v. Chr.**

Altsteinzeit: Die Stadt Jericho wird gegründet.

- **3.300 v. Chr.**

Bronzezeit: Die Kanaaniter bevölkern das Land.

In der heutigen palästinensischen Nationalbewegung wird sich auf die Kanaaniter berufen als vermeintliche direkte Vorfahren der Palästinenser. Dies ist jedoch ein pseudo-historischer Mythos.

Hier ist auch anzumerken, dass die Bevölkerungsgruppen in der südlichen Levante nicht statisch (d.h. unverändert) waren: *"Die Bevölkerungsgruppen in der südlichen Levante während der Bronzezeit waren nicht statisch. Vielmehr beobachten wir Menschenbewegungen über lange Zeiträume – nicht unbedingt kontinuierlich – vom Nordosten des alten Nahen Ostens in die Region. Die Kanaaniter sind kulturell und genetisch ähnlich. Darüber hinaus hat diese Region viele spätere Bevölkerungsbewegungen mit Menschen aus dem Nordosten, dem Süden und dem Westen erlebt", erklärt Ron Pinhasi.*

([Wer waren die Kanaaniter?](#) Universität Wien, 28. Mai 2020)

Die Kanaaniter lebten von 3.500 v. Chr. bis 1.150 v. Chr. in diesem Gebiet.

- **13. Jahrhundert**

Erstmals werden die "Hebräer" erwähnt, eine frühe Bezeichnung für Angehörige des Volkes Israel.

- **12. Jahrhundert**

Die Philister tauchen auf. Sie gelten als Angehörige der so-genannten Seevölker und stammen aus dem ägäischen Raum.

"Das Ä[gäische] M[eer] ist ein nordöstliches Nebenmeer des Mittelmeers, dessen Name auf Aigeus, in der griechischen Mythologie König von Athēnē und Vater des Thēseus, zurückgeht. Auf einer Fläche von 179.000 km² umspült es die Ägäischen Inseln. Die Kurzform ›Ägäis‹ kann auf das Meer bezogen werden, bezieht sich aber in der Regel explizit auf den Kulturraum an den Küsten des Meeres." ([Universität Klagenfurt](#))

Das Land wurde danach von Israeliten, Assyriern, Babyloniern und Persern regiert.

Darauf folgte Alexander der Große, Ptolemäer, Seleukiden, Römer und Byzantiner.

- **637 n. Chr.**

Muslime erobern Jerusalem. 50 Jahre nach der Eroberung, zwischen 687 und 717, entstanden auf dem Tempelberg (auch bekannt als Haram al-Scharif) der Felsendom und die

al-Aqsa-Moschee. Bis zur Zerstörung durch die Römer im Jahr 70 n. Chr. war hier einst der jüdische Herodianische Tempel. Nach islamischer Auffassung soll hier der Prophet Mohammed zu seiner Himmelfahrt aufgebrochen sein. Somit ist nach Mekka und Medina Jerusalem die dritt wichtigste heilige Stätte des Islam.

Folglich gab es neben der jüdischen und christlichen Präsenz auch eine muslimische ab dem 7. Jahrhundert.

- **11. Jahrhundert** (1001-1100 n. Chr.)
Beginn der Kreuzfahrten. In diesem Jahrhundert wurden in Palästina [vier verschiedene Kreuzfahrerstaaten](#) errichtet. Diese waren die Grafschaft Edessa (1098), das Fürstentum Antiochia (ebenfalls 1098), die Grafschaft Tripolis (1109) und das Königreich Jerusalem (1100, erster König war Balduin I.).
- **Im Jahr 1187** besiegte Sultan Saladin (1138-1192) die Kreuzfahrer weitgehend und eroberte Jerusalem. *"Salah ad-Din Yusuf ibn Ayyub, so der vollständige Name auf Arabisch, war für seine Zeit ein außergewöhnlicher Herrscher. Als frommer Muslim leitete Saladin die Mildtätigkeit gegenüber dem Feind aus dem Koran ab. Sein legendärer Sinn für Gerechtigkeit ist keine Erfindung mittelalterlicher Geschichtsschreiber, sondern historisch verbürgt."* ([Deutschlandfunk](#)) In der Schlacht bei Hattin, im Juli 1187, wurden die Kreuzfahrer vernichtend geschlagen.
- **Seit dem Jahr 1291** beherrschten die Mamlukische Dynastien Palästina.
Die Mamluken hatten eine sehr außergewöhnliche Staatsform, die meiner Ansicht nach zu Interessant ist um nicht näher drauf einzugehen.

"Mamluken waren Angehörige einer spezifisch islamischen Institution. Es handelte sich um Militärsklaven (das arabische mamlûk bedeutet eigentlich „in Besitz genommen“), deren Verwendung in vielen Teilen der islamischen Welt im Laufe der Geschichte nicht unüblich war. **Die Mamluken, die 1250 in Ägypten und Syrien an die Macht kamen, waren Militärsklaven, die unter dem letzten Ayyubiden-Sultan al-Malik as-Sâlih zu Hunderten für die Verwendung in seiner Leibgarde importiert worden waren.** Ihre Heimat war die kiptschakische Steppe nördlich und nordöstlich des Schwarzen Meeres (Süd-Rußland bzw. West-Kasachstan), deren weder islamisierte noch christianisierte Bewohner aus allgemeiner Not vielfach ihre Kinder (im Alter von wahrscheinlich 7 bis 10 Jahren) als Sklaven verkauften. **Ethnisch waren diese Personen Türken, weshalb der ägyptische Mamluken-Staat als daulat at-turk („Türken-Staat/-Dynastie“) und die Sultane als mulûk at-turk („Könige / Herrscher der Türken“) bezeichnet wurden.** In Europa waren diese Türken als Kumanen, bei den Russen als Polowtzi bekannt.

In Ägypten wurden diese Mamluken in Kasernen untergebracht, zum Islam bekehrt und in Waffengebrauch und Reitkunst ausgebildet. Nunmehr Soldaten, wurden sie schließlich in einer feierlichen Zeremonie aus dem Sklavenstand freigelassen und konnten ab nun in die höchsten Ränge aufsteigen. **Der ursprüngliche Käufer (in der Folge selbst ein Mamluke und ehemaliger Sklave) fungierte nunmehr als „Ersatzvater“, und die „Ersatzfamilien“ hielten lebenslang und unverbrüchlich in Kameradschaft zueinander, standen**

allerdings in Rivalität zu anderen „Familien“, woraus sich die innere Zerrissenheit der mamlukischen Herrschaftsschicht ergab.“

(Mecklenburgische Jahrbücher, 116. Jahrgang 2001, S. 34-36)

(Quelle: https://rosdok.uni-rostock.de/file/rosdok_document_0000017095/rosdok_derivate_0000096437/MecklenburgischeJahrbuecher116_2001.pdf)

Es gab sehr strikte Anforderungen: so konnte ein Mamluk nur ein außerhalb des islamischen Herrschaftsbereiches als Nichtmuslim frei geboren, dann versklavt, als Sklave nach Ägypten gebracht, zum Islam konvertiert, in die Freiheit entlassen und schließlich ritterlich ausgebildeter Türke werden (vgl. [Uni Bonn](#), Professor Dr. Stephan Conermann, Leiter der Abteilung Islamwissenschaft der Universität Bonn).

- **1516**

Osmanische Türken besiegen die Mamluken und gliedern Palästina in das Osmanische Reich ein. Es bleibt Bestandteil des Osmanischen Reiches für vier Jahrhunderte (bis zum Jahr 1917).

Britisches Mandat über Palästina (1917-1947)

Im Jahr 1917/18 erobern Britische Truppen das Gebiet Palästina.

Bereits zu diesem Zeitpunkt hat Großbritannien aber widersprüchliche Zusagen über die Zukunft des Gebiets getroffen.

Hussein-McMahon-Korrespondenz

Hierbei geht es um eine Serie von Briefen zwischen [Hussein ibn Ali](#) (1854-1931), Emir von Mekka, und [Sir Henry McMahon](#) (1862-1949), der Britische Hochkommissar in Ägypten, von 1915 bis 1916. In diesen versprach McMahon im Jahr 1916 dem Emir, dass Großbritannien ihn unterstützen würde in seinem Bestreben nach einem unabhängigen und geeinten arabischen Königreich in diesem Gebiet im Gegenzug für arabischen Widerstand gegen das Osmanische Reich.

(Quelle: <https://www.britannica.com/topic/Husayn-McMahon-correspondence>)

Balfour-Erklärung

Im Jahr 1917 versicherte der Britische Außenminister [Arthur Balfour](#) (1848-1930) der zionistischen Bewegung die Unterstützung zu für „eine nationale Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“. Die bürgerlichen und religiösen Rechte der nicht-jüdischen Bewohner sollte jedoch nicht in Frage gestellt werden. Am 31. Oktober 1917 stimmte das Britische Kriegskabinett der fünften Textfassung zu.

(Quelle: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/die-balfour-deklaration-von-1917-wer-hat-wem-was-versprochen-100.html>)

Sykes-Picot-Abkommen

Im Jahr 1916, also ein Jahr vor der Balfour-Erklärung, wurde die Zusage an Hussein bereits widersprochen in dem **Sykes-Picot-Abkommen**. Geheim ausgehandelt zwischen dem britischen Diplomat [Mark Sykes](#) (1879-1919) und dem französischen Diplomat [François Georges-](#)

[Picot](#) (1870-1951) teilte es die größten Teile Westasiens in ein britisches und in ein französisches Einflussgebiet auf.

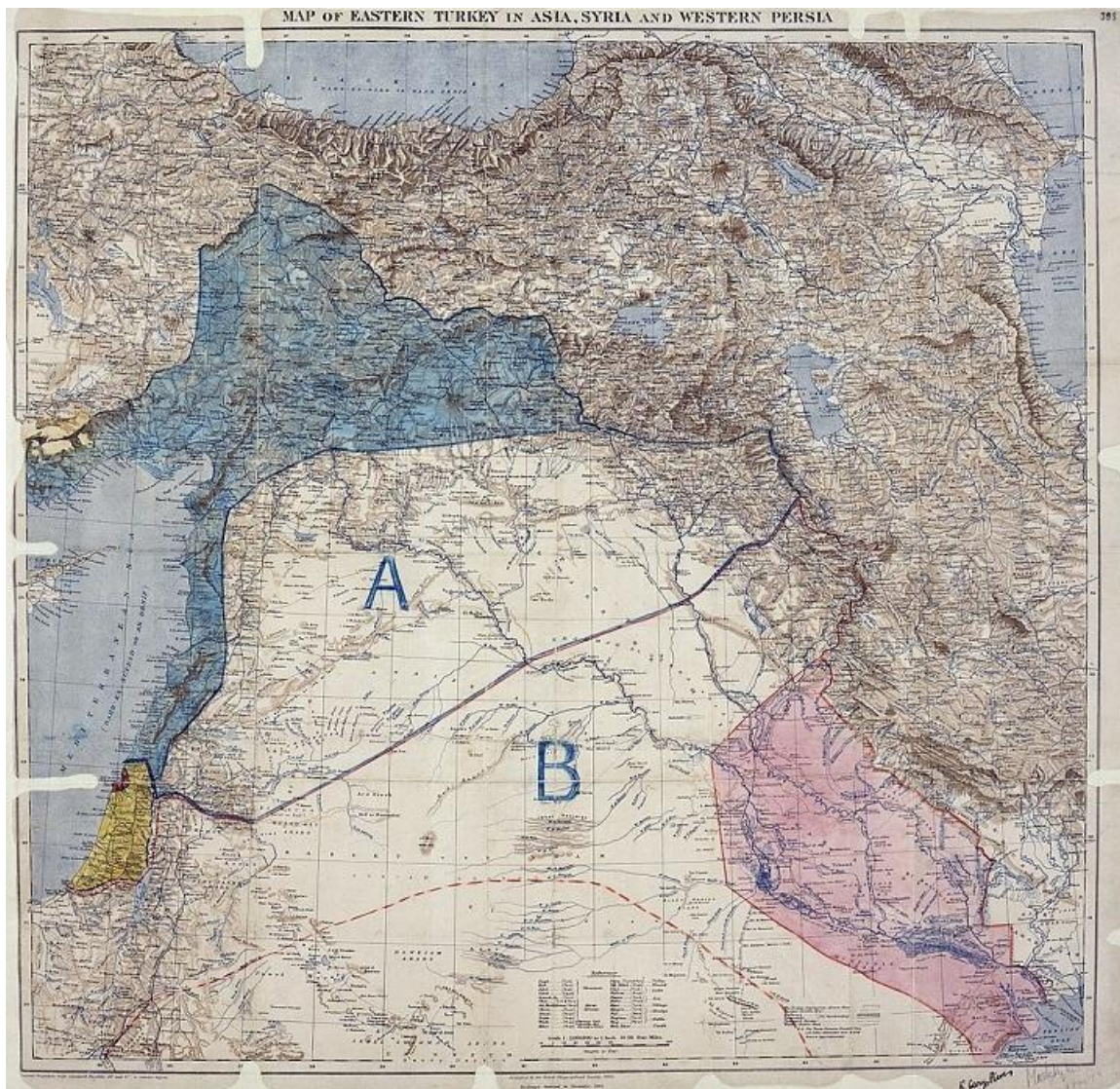


Abbildung 14 - "Landkarte des Sykes-Picot-Abkommens mit den Unterschriften von Mark Sykes und François Georges-Picot vom Mai 1916." (lpb-bw) Blau eingefärbt: französisches Herrschaftsgebiet; Rot eingefärbt: britisches Herrschaftsgebiet
Zone A ist französisches Einflussgebiet; Zone B ist britisches Einflussgebiet
Der gelbe Bereich sollte unter internationale Verwaltung kommen (später Teile des Mandatsgebiets Palästina)

Jedoch kam die internationale Verwaltung nie zustande. Großbritannien erhielt auf der Konferenz von San Remo 1920 das Mandat für Palästina und der Völkerbund bestätigte dies im Jahr 1922. Der Völkerbund erklärte die Balfour-Erklärung zum Bestandteil des Britischen Mandatsvertrags.

Während der Britischen Mandats Herrschaft verschärften sich jedoch die jüdisch-palästinensischen Konflikte bis zu bewaffneten Kämpfen. Der erstarkende Zionismus war ein Grund dafür sowie die zunehmende jüdische Einwanderung aus europäischen Ländern in denen Juden verfolgt wurden - vor allem aus dem nationalsozialistischen Deutschland und seinen Verbündeten. So stieg der jüdische Bevölkerungsanteil zwischen dem Ende des 19. Jahrhundert und

1945 in Palästina auf 30%. Da die Briten den Konflikt nicht unter Kontrolle bekommen haben, haben sie im Jahr 1947 angekündigt das Mandat zurück an die UN zu geben.

UN-Teilungsbeschluss

Mai 1947

Die Vereinten Nationen gründen den Sonderausschuss UNSCOP (United Nations Special Committee on Palestine) um eine Lösung für den Konflikt zu finden. Die Vertreter der jüdischen Bevölkerung arbeiten mit den Mitgliedern des UN-Komitees zusammen, die arabische Seite aber boykottierte den Ausschuss. Folglich wurde die arabische Bevölkerung im britischen Mandatsgebiet nicht in den Entscheidungsprozess miteingebunden.

1. September '47

Die Mitglieder des UNSCOP veröffentlichen einen Bericht in dem sie die Beendigung des britischen Mandats und die Teilung des bisherigen Mandatsgebiets empfehlen.

29. November '47

Die UN-Generalversammlung folgte der Empfehlung der Kommission und beschloss die Teilung des Mandatsgebiets in einem arabischen und einen jüdischen Staat zwischen Jordan und Mittelmeer. Jerusalem sollte unter internationaler Verwaltung stehen.



Abbildung 15 - Karte des UN-Teilungsplan von 1947 (Quelle: lpb-bw)

Zu diesem Zeitpunkt lebten im britischen Mandatsgebiet rund 1,47 Millionen arabische Palästinenser und etwa 650.000 Juden. Der Teilungsplan orientierte sich aber an den bestehenden Siedlungsverhältnissen: jene Landesteile die mehrheitlich arabisch besiedelt waren wurden dem zu gründenden arabisch-palästinensischen Staat zugerechnet.

Auf dem Gebiet wo der zukünftige israelische Staat entstehen soll war die Mehrheit der Bevölkerung jüdisch, ein großer arabischer Bevölkerungsanteil lebte dennoch auch hier.

Der jüdischen Bevölkerung gehörte zudem nur 5,7% des Landes.

Die Teilung sah vor, dass der israelische Staat 56% der Gesamtfläche und der arabisch-palästinensische Staat 43% der Gesamtfläche bekam. Aus der Sicht der arabisch-palästinensischen Bevölkerung bildete dies die Mehrheitsverhältnisse nicht angemessen ab. Am Ende stimmten 33 Staaten für die Resolution, 13 stimmten dagegen (6 von den Gegenstimmen waren die arabischen Mitgliedsstaaten) und 10 enthielten sich.

Die arabische Bevölkerung Palästinas lehnte den Teilungsplan ebenfalls ab.

"Diese erkannten zwar das Leid und Unrecht an, das Jüdinnen und Juden in Europa widerfahren war, wiesen jedoch zurück, dass der Staat Israel zulasten der arabischen Bewohner Palästinas verwirklicht werden und somit neues Unrecht begangen werden sollte. Ihrer Meinung nach hätten die Vereinten Nationen auch nicht das Recht, über Palästinas Zukunft gegen den Willen und auf Kosten der dort lebenden arabischen Mehrheit zu entscheiden. Die jüdische Bevölkerung nahm den Plan an." (lpb-bw)

14. Mai 1948

David Ben-Gurion, Vorsitzender des Jüdischen Exekutivrats in Palästina, proklamiert die Unabhängigkeitserklärung im Stadtmuseum von Tel Aviv und rief damit den Staat Israel aus. Zur selben Zeit verließen die letzten britischen Truppen Palästina.

Die USA und die Sowjetunion erkannten Israel unmittelbar nach der Ausrufung der Unabhängigkeitserklärung diplomatisch an.

15. Mai '48

Rückgabe des Mandats von Großbritannien.

Vom Unabhängigkeitskrieg von 1948 und "El Nabka" bis zur Ersten Intifada

Die Ablehnung des Arabischen Hochkomitees in Palästina war so groß, dass es auf die Gründung eines arabisch-palästinensischen Staates verzichtete und sich stattdessen auf andere arabische Staaten verließ. Diese verlierten die Kriege um das frühere Mandatsgebiet,

auch weil sie eigene Interessen verfolgten. Mit der Zeit nahmen die Palästinenser dann ihre Selbstbestimmung wieder selbst in die Hand.

(**Anmerkung:** Dies ist eine verkürzte Darstellung, der Kriegsverlauf selbst kommt dabei nicht zur Sprache. Meine Quelle geht hingegen darauf ein sollten Sie daran Interessiert sein.)

Der Unabhängigkeitskrieg 1948 und "El Nabka"

Ursache: Invasion Ägyptens, Jordaniens, Syriens, des Libanon und des Irak.

Dauer: 14. Mai, 1948 - 20. Juli, 1949

Ziele: Israel wollte im ersten entscheidenden Krieg sein Land sichern, neben der von den UN gezogenen Grenze beinhaltete dies auch Siedlungen jenseits davon.

Die arabischen Staaten hatten als vorrangiges Ziel die Zerstörung des jüdischen Staates, weil sie weder einen jüdischen Staat noch eine souveräne jüdische Gemeinde auf einem Boden haben wollten den sie als heiligen islamischen, arabischen Boden betrachteten.

Ein anderes Motiv, wie für [König Abdallah ibn Husain I.](#) (1882-1951) von Jordanien, war die territoriale Erweiterung. Ein Grund warum Ägypten sich an der Invasion beteiligte war um zu vermeiden, dass Abdallah zu viel von Palästina für Jordanien erwirbt. Schließlich waren manche wahrscheinlich der Meinung, dass sie mit ihrer Invasion ihren palästinensischen Brüdern wirklich retten könnten ([bpb: Der erste arabisch-israelische Krieg, Teil: Was bewog die arabischen Länder, Israel anzugreifen?; Interview mit Benny Morris vom 28.03.2088](#)).

Folgen des Krieges: Im Jahr 1949 kam es zum Waffenstillstand, das militärische Ergebnis wurde bestätigt. Hier in Stichpunkten zusammengetragen:

- Israel eroberte 40% des Landes das ursprünglich für den arabisch-palästinensischen Staat vorgesehen war, das Territorium betrug nun 77% der Gesamtfläche.
- 750.000 der ansässigen Araber wurden vertrieben oder flohen.
 - 39% verblieben in der Westbank.
 - 26% flohen in den Gazastreifen.
 - 14% gingen in den Libanon.Die arabischen Nachbarländer nahmen sie auch auf, aber gliederten die Flüchtlinge nicht ein. Zum Teil sind sie bis heute noch in in dauerhaften Lagern untergebracht.
- 150.000 Araber blieben in den von Israel eroberten Gebieten.
 - Bis 1967 lebten sie unter Militärrecht.
 - 17,2% gemessen an der Gesamtbevölkerung (Stand 2020).
 - 21,1% wenn jene mit dauerhaften Aufenthaltsstatus mitgerechnet.
 - Insgesamt also 1,96 Millionen Menschen.
- Am 15. Mai begehen seither die Palästinenser den **Nabka-Tag** (Tag der Katastrophe)
 - Die UN forderte das Rückkehrrecht oder Entschädigung seit 1948, bis heute unerfüllt.
 - Insgesamt 5,9 Millionen Palästina-Flüchtlinge registriert bei der UNRWA, die Organisation ist ebenfalls für die Nachkommen zuständig (Stand: 2022).
- Jordanien erhielt die Kontrolle über die Westbank (Westjordanland) einschließ Ost-Jerusalem, letzteres wurde im Jahr 1950 annektiert.
- Ägypten war nun verwaltend für den Gazastreifen zuständig.

- Syrien machte Gewinne an der Golanfront.
- Die Palästinenser selbst hatten kein Gebiet das unter ihrer Kontrolle stand.



Tödliche Gefahr für spielende Kinder: tief hängende Stromkabel im libanesischen Geflüchtetenlager

Foto: Julia Neumann

*Abbildung 16 - "Vor 75 Jahren als Behelfsunterkünfte angelegt, sind die überfüllten Lager eine erdrückende Lebensrealität des Konflikts zwischen Israel und den Palästinenser*innen geworden. Die Menschen können nicht zurück ins einstige Palästina und der libanesischen Staat verweigert ihnen, ein integrativer Teil der Gesellschaft zu werden." (Quelle: [taz Artikel](#) vom 26.10.2023)*

Suezkrise 1956

Ursache: Militärisches vorgehen von Frankreich, Großbritannien und Israel gegen Ägypten nach dem Nasser den Suezkanal für israelische Schiffe und die Straße von Tiran (Israels einzigen Zugang zum Roten Meer) schloss (die Kanalgesellschaft war im französisch-britischen Besitz).

Dauer: 26. Juli, 1956 - März 1957

Ziele: Die Kontrolle über den Kanal sollte militärisch gewonnen werden und [Gamal Abdel Nasser](#) (1918-1970) gestürzt werden.

Folgen des Krieges: Am 22. Dezember evakuierte die UN Britische und Französische Truppen, die israelischen Streitkräfte zogen sich zurück im März 1957.

- Die UN, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion verurteilen die Aktion und letztere drohte mit Gewalt um den Frieden wiederherzustellen.
- Dieser Eingriff mit der Akzeptanz der USA zwang Israel, Frankreich und Großbritannien zum Waffenstillstand und Rückzug. Die UN stationierte die Friedenstruppen UNEF nach dem Rückzug.
- **Präsident Nasser** ging als Sieger aus dem Krieg hervor und wurde zum Held des arabischen und ägyptischen Nationalismus.

Israel durfte weiterhin nicht den Kanal benutzen, auf der Straße von Tiran hat sie aber das Schifffahrtsrecht wieder bekommen.

Großbritannien und Frankreich verloren das Gros ihres Einflusses im Nahen Osten.

(Quelle: [Britannica](#))

Der Sechstagekrieg oder Junikrieg von 1967

Hintergrund: Zunahme der Spannungen durch die Guerilla-Aktionen der neugegründeten PLO und israelische Vergeltungsschläge und massive Proteste Jordaniens und Syriens gegen ein israelisches Bewässerungsprojekt am Oberlauf des Jordan, das Projekt heizte auch die Stimmung zwischen Israel und Ägypten auf.

Ursache: Ägypten forderte den Abzug der Friedenstruppen und sperrte die Meerenge von Tiran für israelische Schiff mit strategischer Ladung am 23. Mai. Ägypten stationierte Truppen an der Sinai-Halbinsel und forderte die anderen arabischen Staaten (darunter diesmal auch Saudi-Arabien) auf dasselbe zu tun. Durch dieses große Militäraufgebot war man in Israel überzeugt, dass man mit einem Krieg nicht länger warten könne.



Abbildung 17 - Bildquelle: lpb-bw

Dauer: 5. Juni, 1967 - 10. Juni, 1967

Folgen des Krieges: Am 10. Juni endete Krieg aufgrund des Drucks von den USA und der Sowjetunion. [Jitzhak Rabin](#) (1922-1995), der Generalstabschef Israels, nannte die Kämpfe an Anlehnung der Schöpfungsgeschichte den "Sechstagekrieg" während Nasser vom Naksa sprach ("dem Rückschlag", nach der Nakba im Jahr 1948).

- Israel besetzte nun das Westjordanland, Ost-Jerusalem, den Gazastreifen, die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel und damit das gesamte ehemalige Mandatsgebiet.
- Hunderttausende Palästinenser flohen in die Nachbarländer und mehr als eine Millionen lebten nun unter israelischer Besatzung und Militärverwaltung - in der Westbank gilt das Militärrecht daher schon seit über 50 Jahren.
- Im November 1967 wurde die **UN Resolution 242** beschlossen.
 - > Israel soll sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen
 - Israel bot ein Tausch an: Rückgabe der Gebiete gegen Anerkennung Israels und Frieden
 - Die Arabische Liga lehnte ab, damit auch indirekte Anerkennung der geschaffenen Fakten
 - Die Grenzen von 1967 (ursprünglich 1949) sind seither die Grundlage aller Verhandlungen über das Staatsgebiet

"Palästinenser werden in der UN-Resolution lediglich an der Stelle erwähnt, in der es um eine „gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems“ geht." (lpb-bw)

Die Fatah und die PLO | Info

Stichpunktartig zusammengefasst.

Die Fatah (rückwärts gelesen für "Bewegung zur nationalen Befreiung Palästinas")

Gründungsmitglieder: [Jassir Arafat](#) (1929-2004) und [Mahmud Abbas](#) (1935 - Gegenwart)

- **1958** in Kuwait gegründet von einer Gruppe von Palästinensern

- **1965** begannen die Guerillaaktionen gegen Israel

Ziel: die anderen arabische Staaten mit in die Kämpfe zu verwickeln

- **1969** Beitritt der PLO und stärkste Fraktion innerhalb

Arafat übernahm die POL Führung, daher seither enge Verbindung mit der Fatah

- **2006** Wahlniederlage in der letzten palästinensischen Parlamentswahlen

Die PLO (Palästinensischen Befreiungsorganisation)

Gründung: 1964

- **1969** im Nationalrat (das Parlament der PLO) Beschluss die Errichtung eines demokratischen Staats Palästina im früheren Mandatsgebiet mit gleichen Rechten für alle Bürger

- Nach ihrer Charta, wie die der Fatah, wurde der bewaffnete Kampf als das einzige Mittel gesehen zur Befreiung

- **1970** geht König Hussein von Jordanien gewaltsam gegen die Kämpfer vor

-> Verlegung des Hauptquartier in die libanesische Hauptstadt Beirut

- **1972** verübt die Abspaltung der Fatah namens "Schwarzer September" das Olympia Attentat, 11 Mitglieder des israelischen olympischen Teams kamen ums Leben beim Überfall und bei der misslungenen Befreiung

- Arafat begann sich vom internationalen Terrorismus zu distanzieren

- **1974** akzeptiert Arabische Liga die PLO als einzige legitime Vertretung der Palästinenser,

UN-Vollversammlung folgte mit dem Recht auf Selbstbestimmung
- PLO erhielt Beobachterstatus als nationale Befreiungsbewegung

Der Jom-Kippur-Krieg / Ramadan-Krieg von 1973

Ursache: Überraschungsangriff auf die Golanhöhen durch Ägypten und Syrien.

In diesem Krieg erhielten die arabischen Staaten Nachschub von der Sowjetunion und Israel erhielt von den USA Nachschub.

Dauer: 6. Oktober, 1973 - 24. Oktober, 1973

Ziele: Ägypten und Syrien wollten mit diesem Krieg die Golanhöhen und die Sinai-Halbinsel zurückerobern, die Israel seit dem Sechstagekrieg besetzte ([bpb](#)).

Folgen des Krieges: Der offizielle Waffenstillstand war am 24. Oktober, Kampfhandlungen gab es aber trotzdem noch danach. Diplomatie der US beruhigte die Lage.

- In diesem Krieg starben 2.700 Israelis und 20.000 Syrer und Ägypter
- Im Dezember 1973 gab es eine Genfer Friedenskonferenz, jedoch ohne Erfolg und ohne die Beteiligung der Palästinenser
- Die von der OPEC herbeigeführte Krise durch die Erhöhung des Erdölpreises spürte man auch in Deutschland, in der Bundesrepublik führte sie zu autofreien Sonntagen. Es machte zum ersten Mal deutlich wie Abhängigkeit die Industriestaaten von fossiler Energie ist.
- 26. März 1979: Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel. Israel räumte die Sinai-Halbinsel, im Gegenzug Anerkennung Israels durch Ägypten.
- Israel gewann den Krieg und 1981 annektierte es die Golanhöhen.

(Karte auf der nächsten Seite)



Abbildung 18 - Die Golanhöhen nach dem Jom-Kippur Krieg
(Bildquelle: [Wikipedia](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Golan Heights map.jpg))

Die erste Intifada (1987 bis 1993)

Hintergrund: Erhöhte Spannungen aufgrund von Frustration in der palästinensischen Bevölkerung, da auch kein Ende von der israelischen Besatzung und Siedlungsaktivitäten in Sicht war.

Ursache: Am 8. Dezember 1987 ereignet sich ein Unfall in dem ein israelischer Lastwagen mit zwei palästinensischen Taxen zusammenstößt. Vier Palästinenser starben.

Folgen: Massendemonstrationen und Ausschreitungen während des Begräbnis im Gazastreifen.

Ablauf: Durch Steuerstreiks, den Boykott israelischer Waren und Demonstrationen wollten die Palästinenser ein Ende der Besatzung erzwingen. Der Aufstand war zwar nicht gewaltfrei, da das Werfen von Steinen gegen Soldaten und Panzer zum Ritual wurde, aber auch nicht von Terroranschlägen geprägt.

Folgen: Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf ihre Lage und in Israel erhöhte sich die Stimmen die sich für ein Ende der Besatzung aussprachen.

Im Jahr 1988 gab es einen wichtigen palästinensischen Erfolg, da Jordanien formal auf die Souveränität des Westjordanlands zugunsten der PLO verzichtete. Damit wollte es auch ein überschwappen der Intifada verhindern.

Der palästinensische Nationalrat proklamierte den Staat Palästina und erklärte den Verzicht auf Terrorismus. Gespräche konnten so mit Israel stattfinden und mit der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens 1993 fand die erste Intifada ein Ende.

Die Hamas

(arabisch für "Eifer", gleichzeitig Abkürzung für "Islamische Widerstandsbewegung")

Gegründet: Dezember 1987 vom Führungszirkel um Scheich [Ahmed Jassin](#) (1938-2004)

- tief verwurzelter Ableger der Muslimbruderschaft
- **Charter von 1988:** erklärt ganz Palästina als von Gott gegeben, richtet sich nicht nur gegen den Zionismus sondern auch antisemitisch gegen Juden
- **1994:** Nach der Rückkehr setzt die PLO ihren Führungsanspruch gewaltsam durch
- **1996:** Nichteilnahme an den Parlamentswahl, Oslo-Prozess wird abgelehnt
- **2006:** Teilnahme an der Wahl, die Hamas gewinnt die absolute Mehrheit
- > Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Fatah und Hamas
- **2007:** Die Hamas übernimmt die Macht im Gazastreifen nach schweren Kämpfen

1993 bis Heute

In den frühen 90ern Jahren zeichnete sich erst eine positive Entwicklung ab mit den Oslo-I. und Oslo-II. Abkommen zwischen Israel und Palästina. Für eine kurze Zeit, so schien es, war eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zum greifen nahe.

Auch das Kräfteverhältnis änderte sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, da die USA nun als bedeutende Hegemonialmacht mehr Einfluss auf die Entwicklungen hatte.

1991 - Konferenz von Madrid

Unter den Beteiligten waren Syrien, Israel, der Libanon sowie eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation. Ziel war die Suche nach Wegem zum friedlichen Zusammenleben. Trotz innenpolitischen Drucks und den Bruch der Koalition hielt Jitzhak Rabin, der israelische Premierminister, am Verhandlungserfolge zielenden Kurs fest.

Ergebnis: Beendigung des arabischen Wirtschaftsboykotts gegen Israel.

(PDF: https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Friedensprozess_90er.pdf - dieses PDF ist auch auf dem lpw-bw Artikel zu finden)

13. September 1993 - Die Osloer Prinzipienerklärung (Oslo I.)

Zum Treffen kam es nach israelisch-palästinensische Geheimverhandlungen.

Ergebnis: Anerkennung Israels als Staat durch die PLO und Anerkennung Israels der PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes. Ebenso sollte Oslo I. Grundlage für die Errichtung einer palästinensischen Selbstverwaltung sowie Endstatusverhandlungen sein.

Folgen: Einrichtung der Palästinensische Autonomiebehörde.

Ungeklärte Fragen: Einige zentrale Fragen blieben unberücksichtigt, darunter das eines palästinensischen Staates, den Status von Jerusalem und den israelischen Siedlungen sowie das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge.



Abbildung 19 - "Der israelische Premierminister Jitzhak Rabin, der Vorsitzende der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Jassir Arafat und der amerikanische Präsident Bill Clinton bei der Unterzeichnung des Oslo-Abkommens im September 1993 in Washington, D.C." (zitiert: lpw-bw Bildbeschreibung)

Die Ermordung von Jitzhak Rabin und das Ende der Friedensprozesse

Das Oslo-II-Abkommen vom **24. September 1995** setzte was zuvor in Oslo-I entschieden wurde um. So begann im Jahr 1996 die Errichtung einer palästinensischen politischen Struktur. Zudem wurde die Selbstverwaltung ausgeweitet.

(Oslo-II-Abkommen, PDF auf Englisch: <https://peacemaker.un.org/israelopt-osloII95>)

Am **4. November 1995** wurde Jitzhak Rabin von einem jüdisch-religiösen, rechten Fundamentalisten zweimal angeschossen und erlag den Verletzungen 90 Minuten später. Kurz zuvor war er noch auf einer Friedensdemo auf der über 100,000 Teilnehmer waren, viele von ihnen waren jung. Mit ihm starb eine Hauptfigur des Friedensprozesses und seine Regierung endete ebenfalls wenig später.

Im Jahr 1996 kam Benjamin Netanjahu an die Macht und wurde Ministerpräsident mit einem rechtsgerichteten Bündnis: *"Unter der neuen Regierung waren die israelisch-palästinensischen Beziehungen von gegenseitigem Misstrauen geprägt und das Oslo-Abkommen verlor zunehmend an Bedeutung."* (lpb-bw)

Juli 2000

Verhandlungen im Camp David mit PLO-Chef Jassir Arafat und dem israelischen Premierminister [Ehud Barak](#) (1942-Gegenwart), Vermittler war US-Präsident Bill Clinton.
Die Verhandlungen scheiterten.

Herbst 2000

Das Konfliktmanagement, wie im Oslo-Abkommen vereinbart, brach zusammen.
Die gewaltvolle Entwicklung und die zweite Intifada machte die Friedensbemühungen schließlich ganz zunichte.

Die zweite Intifada (2000-2005)

Hintergrund: Seit dem Oslo-Abkommen verschlechterte sich die Lage der Palästinenser in vielen Bereichen und die Gründung eines eigenen Staates rückte noch weiter in die Ferne. Dies und die Korruption in der palästinensischen Führung um Jassir Arafat führte zu dementsprechend viel Frustration in der Bevölkerung.

Ursache: Nach einem vom [Ariel Scharon](#) (1928-2014) angekündigten Besuch des Heiligen Tempelberg/Haram al-Schari im **September 2000** kam es zu intensiven Protesten seitens der Palästinenser. Scharon's Ziel war es ein politisches Zeichen zu setzen, dass Jerusalem nicht geteilt werden würde.

Protest: Einen Tag später fanden die heftigen Proteste statt in der Polizisten vier Palästinenser erschossen und es insgesamt 200 Verletzte gab (inklusive 14 Polizisten).

Die Proteste weiteten sich aus auf das gesamte Gebiet Israels und der Palästinensischen Autonomiebehörde.

Ablauf: Im Gegensatz zur Ersten Intifada gab es nun radikale Palästinenser die zunehmend auf Gewalt setzten. Selbstmordanschläge nahmen zu.

Im **Herbst 2001** wurde der rechtsnationale Ministers Rechaw'am Ze'evi ermordet von der "Volksfront zur Befreiung Palästinas". Scharon, nun Premierminister, verhärtete seine Politik.

Ab April 2002 begann die israelische Operation "Schutzwall" in der palästinensische Städte von Israel besetzt wurden und ihre Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen zerschlugen. Die Palästinenser waren nun ganz auf die internationale humanitäre Hilfe angewiesen.

Im Februar 2005 fand ein israel-palästinensisches Gipfeltreffen statt in der der israelische Ministerpräsident Ariel Scharon und der palästinensische Präsident Mahmud Abbas eine gegenseitige Waffenruhe verkündeten.

Ergebnis: Viele hunderte Tote Israelis und Palästinenser und eine 700 Kilometer lange und 8 Meter hohe Mauer, die aber meistens nicht entlang der Grenzen von 1967 verlief.

(**Anmerkung:** eine genaue Zahl von den Toten wird nicht von lpb-bw genannt)

...



Abbildung 20 - Hier ein Teil der Sperranlage der die Westbank vom israelischen Kernland trennt (Foto: Bodo Weissenborn)

Bewaffnete Kämpfe (2008-2022)

Hintergrund: Durch die Abschottung, wie sie auch physisch existierte mit der Sperranlage oben, verschlechterten sich die Lebensbedingungen im Gazastreifen. Die Hamas profitierte davon indem sie Steuern auf Schmuggelware setzte und wurde zu einer wichtigen Einnahmequelle.

Gewaltvolle Auseinandersetzungen: Vor dem Überfall der Hamas im Oktober 2023 und den darauffolgenden beispiellosen Krieg kam es schon zuvor immer wieder zu bewaffneten Kämpfen. Folgende waren dabei besonders gewaltvoll:

Dezember 2008/Januar 2009

Die Kämpfe begannen am 27. Dezember 2008 und endeten am 18. Januar 2009.

Auf israelischer Seite starben 13 und 518 wurden verwundet.

Auf palästinensischer Seite starben 1.166-1.417 und 5.303 wurden verwundet.

Fallstudie vom Internationalen Komitee des Roten Kreuz (auf Englisch):

<https://casebook.icrc.org/case-study/israelgaza-operation-cast-lead>

November 2012

Ursache: Am 14. November wird **Ahmed al-Dschabari**, Militärführer der Hamas, durch einen Luftangriff durch israelische Kampfflugzeuge getötet: *"Dschabari wird für die Entführung des israelischen Soldaten **Gilad Schalit** im Juni 2006 verantwortlich gemacht, der nach jahrelanger Gefangenschaft 2011 gegen 1.000 gefangene Palästinenser ausgetauscht wurde. Vorausgegangen waren mehr als 100 Raketenangriffe aus dem Gazastreifen auf Israel."*

Krieg: Die Kämpfe begannen am 14. November und endeten am 21. November.

Laut israelischer Seite starben 5 und 240 wurden verletzt.

Laut palästinensischer Seite starben 130 und 840 wurden verletzt.

(Quelle: siehe Infokasten unten -> Link)

Auszug: Die Vereinten Nationen führen Palästina künftig als Staat

"Gegen den Widerstand der USA und Israels hat die **UN-Vollversammlung am 29. November 2012 einen Palästinenser-Staat faktisch anerkannt**. Sie stimmte in New York für eine Aufwertung der Palästinenser zum Beobachterstaat („Non-member-state“). **Den Antrag unterstützten 138 der 193 UN-Mitglieder, neun votierten dagegen, 41 (darunter Deutschland) enthielten sich der Stimme.**

Die Palästinenser können nun UN-Organisationen und internationalen Verträgen beitreten und so z. B. den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag anrufen. Der Beobachterstatus war in der Vergangenheit für Länder ein Sprungbrett zur Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen.

Die Anerkennung ist allerdings nur innerhalb der UN-Organisation wirksam. Zudem ist kein UN-Mitglied verpflichtet, einen Staat Palästina anzuerkennen. Das bleibt weiter den einzelnen Regierungen vorbehalten."

Quelle: <https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt#c98562> (Chronik: Jahr 2012)

Juli/August 2014

Hintergrund: Bildung einer **Einheitsregierung zwischen Hamas und Fatah**. Israel stellt Friedensgespräche im Frühjahr ein, da die Hamas eine Terrororganisation sei die zur Zerstörung Israels aufrufe. Ein Friedensabkommen wäre unmöglich.

Palästinenser kritisierten **den anhaltenden Siedlungsbau** in ihren Gebieten und die Weigerung Israels eine Gruppe gefangener freizulassen. Schließlich habe sich Israel in den Verhandlungen auch nicht bewegt.

Ursache: Ermordung dreier israelischer Jugendlicher und eines palästinensischen Jugendlichen im Juni.

Krieg: Die Kämpfe begannen am 29. Juni und endeten am 26. August.

Laut israelischer Seite starben 71 und über 100 wurden verletzt.

Laut palästinensischer Seite starben 2.100 und 11.000 wurden verletzt.

(Quelle: siehe Infokasten oben -> Link)

August 2022

Ursache: Taisir al-Dschabari, PIJ-Militärführer der für den Norden des Gazastreifen zuständig war, wurde durch Beschuss auf mehrere Gebäude durch israelische Kampfflugzeuge getötet.

Konflikt: In diesem Kampf ging es gegen die militante Palästinensergruppe Islamischer Dschihad (PIJ). Am 5. August fing es an und am 9. August kam es zur Feuerpause. Laut palästinensischer Seite sind 44 gestorben und 360 verletzt worden. (Quelle: siehe Infokasten oben -> Link)

Operation Al-Aqsa-Flut / Das Massaker und der Krieg darauf

Nun kommen wir zu dem Krieg der immer noch anhält und im Oktober von der Hamas gestartet wurde.

Am 7. Oktober 2023 überfiel die Hamas Israel und **töteten dabei 1.200 Menschen und 240 wurden als Geiseln** genommen. An diesem und dem Tag darauf feuerte, nach israelischen Angaben, die Hamas **insgesamt 4.000 Raketen aus dem Gazastreifen auf Israel**. Das Massaker an den Zivilisten löste einen weltweiten Schock aus.

Daraufhin wurde der Kriegszustand von Israel verhängt, der Gazastreifen wurde blockiert und es erfolgte ein großer Gegenangriff mitsamt Bodenoffensive.

Aufgrund der **katastrophalen humanitären Situation** im Gazastreifen **und durch die israelische Angriffe starben bereits Zehntausende Palästinenser**. [Fast zwei Millionen](#) Menschen **sind auf der Flucht** im Gazastreifen. Laut palästinensischen Behörden gibt es **bereits 37.877 Tote**.

Hier sind die neuesten Meldungen seit dem 1. August:

(siehe nächste Seite)

26. August 2024

Israel wehrt Angriff der Hisbollah ab – Verhandlungen stocken

Die libanesische Hisbollah-Miliz hat in der Nacht zu Sonntag nach eigenen Angaben mehr als 300 Geschosse auf Israel abgefeuert. Hisbollah-Generalsekretär Hassan Nasrallah bezeichnete den Angriff am Sonntag als Vergeltungsmaßnahme, weil Israel Ende Juli den hochrangigen Hisbollah-Kommandeur Fouad Shukr in Beirut getötet habe. Der Angriff sei ein „großartiger Erfolg“ für die Hisbollah, sagte Nasrallah. Aus Israel gab es zunächst keine Meldungen über Verletzte oder nennenswerte Schäden durch den Angriff. Unterdessen ist die Hamas-Delegation von den Gesprächen in Kairo über eine mögliche Waffenruhe in Gaza und eine Freilassung der Geiseln am Sonntag wieder abgereist, ohne dass es zu einer Einigung kam. Allerdings sollen die Gespräche auf Arbeitsgruppenebene fortgesetzt werden. Die Hamas fordert unter anderem einen vollständigen Abzug aller israelischen Truppen aus Gaza sowie eine Garantie für einen vollständigen Waffenstillstand – zu beiden Punkten ist Israel nicht bereit. (Quelle: 📰 [tagesschau.de](#) (Nasrallah), 📰 [reuters.com](#) (Gespräche in Kairo))

20. August 2024

Blinken wirbt im Nahen Osten für neues Abkommen zu Waffenruhe

Antony Blinken, Verteidigungsminister der USA, hat sich mit Israels Premierminister Benjamin Netanjahu auf einen Plan für eine Waffenruhe im Gazastreifen geeinigt. Bei seinem inzwischen neunten Besuch im Nahen Osten seit Beginn des Konflikts rief Blinken die Hamas auf, dem Vorschlag ebenfalls zuzustimmen. Es sei „vielleicht die letzte Gelegenheit, die Geiseln nach Hause zu bringen, eine Waffenruhe zu erzielen und alle auf einen besseren Weg zu dauerhaftem Frieden und Sicherheit zu bringen“, sagte Blinken. Ein Hamas-Vertreter sprach jedoch von „vielen Unklarheiten“. Der Vorschlag entspreche nicht dem, was mit der Hamas vereinbart worden sei. Unterdessen haben in Israel wieder hunderte Menschen für ein Abkommen mit der Hamas demonstriert, das die Freilassung der im Gazastreifen verbliebenen Geiseln sicherstellen soll. (Quelle:

📰 [heute.de](#))

12. August 2024

USA verstärken Militärpräsenz im Nahen Osten

US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat ein U-Boot sowie einen weiteren Flugzeugträger mit Begleitschiffen der US-Marine in den Nahen Osten beordert. Der Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“ ist mit dutzenden Kampffjets ausgestattet, ebenso wie der Flugzeugträger „USS Theodore Roosevelt“, der bereits vor Ort ist. Zu den Verbänden der Flugzeugträger gehören auch Zerstörer und weitere Kriegsschiffe. Damit wollen die USA ihren Verbündeten Israel im Fall einer weiteren Eskalation des Konflikts unterstützen. Schon seit Tagen wird ein großer Angriff des Iran oder der vom Iran unterstützten libanesischen Miliz Hisbollah auf Israel erwartet. Die Hisbollah und Israel attackieren sich bereits seit dem 8. Oktober 2023 nahezu täglich, wobei beide Seiten bislang versuchen, eine vollständige Eskalation des Konflikts zu vermeiden. Unterdessen steht die eigentlich für Donnerstag, 15. August, geplante Verhandlungsrunde über eine mögliche Waffenruhe im Gazastreifen und eine Freilassung der israelischen Geiseln auf der Kippe. Die Hamas lehnt eine erneute Verhandlung ab, sondern fordert stattdessen die Umsetzung eines im Mai vorgestellten Plans. (Quelle: 📰 [Tagesschau](#))

1. August 2024

Sorge vor Eskalation nach Tötung von Hamas- und Hisbollah-Führern

Nach der Tötung eines hochrangigen Hisbollah-Kommandeurs in der libanesischen Hauptstadt Beirut und des Hamas-Auslandchefs Yanniyyeh in Teheran wächst die Sorge vor einer neuerlichen Eskalation des Konflikts. Während der UN-Sicherheitsrat zu Deeskalation und Diplomatie aufrief, droht der Iran Israel mit „harter Bestrafung“. International befürchtet wird, dass sich der Konflikt auf den Libanon und den Iran ausweiten könnte. Israels Ministerpräsident warnte die israelische Bevölkerung vor „herausfordernden Tagen“. Man sei allerdings „auf jedes Szenario vorbereitet.“ (Quelle: 📰 [Tagesschau](#))

(Quelle: <https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt#c98713>)



Das Wappen von Israel



Das Wappen von Palästina

Quellen

In den Quellen unterscheide ich zwischen "Hauptquellen" (die ich täglich benutzt habe während dem Schreiben und die daher strukturell fast gleich aufgebaut sind) und "Einzelnachweisen" (um etwas genauer herauszufinden, auch für Wikipedia-Einträge von Personen die ich hier hin und wieder verlinkt habe).

Eine PDF samt den Quellen wird bald erhältlich sein. Diesmal etwas anders als die Erste Ausgabe in der es um das Bürgergeld ging, da dies auch ein viel komplexeres Thema ist. Als Download hänge ich es hier dann wieder nach den Quellen an.

Hauptquellen

Was ist Zionismus?

<https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/44941/was-ist-zionismus/>

Die Geschichte Palästinas

<https://www.lpb-bw.de/geschichte-palaestinas#c22239>

Einzelnachweise

Die Einzelnachweise habe ich zwischen dem 19. Juli und 26. August 2024 zuletzt aufgerufen. Habe mir nicht den genauen Tag notiert.

Titelbild

<https://yougov.co.uk/international/articles/45869-attitudes-israel-palestine-conflict-western-europe>

30. August 70 - Zerstörung des Tempels von Jerusalem

<https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag-zerstoerung-tempel-jerusalem-100.html>

Der Kalif als spätantiker Herrscher. Vorislamische Motive in der Bildersprache der Umayyaden

<https://klass-archaeologie.univie.ac.at/forschung/forschungsprojekte/projekte-ehemaliger-mitarbeiter/der-kalif-als-spaetantiker-herrscher-vorislamische-motive-in-der-bildersprache-der-umayyaden/>

Die Psalmen, Kapitel 137 (Universität Innsbruck)

<https://www.uibk.ac.at/theol/leseraum/bibel/ps137.html>

Moses Mendelssohn

<https://www.imberlin.de/feature-moses-mendelssohn>

Der Fall Dreyfus und die Folgen

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/30051/der-fall-dreyfus-und-die-folgen/>

Moses Heß - Publizist (1812-1875)

<https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/moses-hess/DE-2086/lido/57c82fafd08135.34429812>

Rom und Jerusalem, die letzte Nationalitätsfrage / Briefe von Moses Hess

<https://sammlungen.ub.uni-frankfurt.de/freimann/content/titleinfo/116102>

27. Juni 1881: Juden-Pogrome in Russland

<https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag2190.html>

Leon Pinsker

<https://www.spektrum.de/lexikon/juedische-philosophen/leon-pinsker/119>

Simon Dubnow

https://de.wikipedia.org/wiki/Simon_Dubnow

Das Leiden der Juden im zaristischen Russland

<https://www.deutschlandfunk.de/das-leiden-der-juden-im-zaristischen-russland-100.html>

Wer waren die Kanaaniter? (Universität Wien)

<https://medienportal.univie.ac.at/media/aktuelle-presse-meldungen/detailansicht/artikel/wer-waren-die-kanaaniter/>

Ägäisches Meer (Universität Klagenfurt)

https://eeo.aau.at/eeo.aau.at/index1147.html?title=%C3%84g%C3%A4isches_Meer

Kreuzfahrerstaaten

<https://www.wissen.de/lexikon/kreuzfahrerstaaten>

Vor 825 Jahren: Der „edle Heide“ Sultan Saladin gestorben

<https://www.deutschlandfunk.de/vor-825-jahren-der-edle-heide-sultan-saladin-gestorben-100.html>

Mecklenburgische Jahrbücher: 116. Jahrgang 2001 (PDF, 408 Seiten)

https://rosdok.uni-rostock.de/file/rosdok_document_0000017095/rosdok_derivate_0000096437/MecklenburgischeJahrbuecher116_2001.pdf

Die Mamluken – ein einmaliges Herrschaftsmodell (Universität Bonn)

<https://www.uni-bonn.de/de/universitaet/presse-kommunikation/presseservice/archiv-pressemitteilungen/2010/199-2010>

Hussein ibn Ali

<https://www.britannica.com/biography/Hussein-ibn-Ali>

Henry McMahon

<https://www.wikidata.org/wiki/Q27118>

Hussein-McMahon correspondence

<https://www.britannica.com/topic/Husayn-McMahon-correspondence>

Arthur James Balfour, 1. Earl of Balfour

https://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_James_Balfour,_1._Earl_of_Balfour

Die Balfour-Deklaration von 1917: Wer hat wem was versprochen?

<https://www.deutschlandfunkkultur.de/die-balfour-deklaration-von-1917-wer-hat-wem-was-versprochen-100.html>

Sir Mark Sykes, 6th Baronet

<https://www.britannica.com/biography/Sir-Mark-Sykes-6th-Baronet>

François Georges-Picot

https://de.wikipedia.org/wiki/Fran%C3%A7ois_Georges-Picot

Abdallah ibn Husain I.

https://de.wikipedia.org/wiki/Abdallah_ibn_Husain_I.

Der erste arabisch-israelische Krieg

<https://www.bpb.de/themen/naher-mittlerer-osten/israel/44999/der-erste-arabisch-israelische-krieg/>

Palästinenser*innen im Libanon: Sehnsucht nach einem Zuhause

<https://taz.de/Palaestinenserinnen-im-Libanon/!5965510/>

Gamal Abdel Nasser

https://de.wikipedia.org/wiki/Gamal_Abdel_Nasser

Suez Crisis

<https://www.britannica.com/event/Suez-Crisis>

Jitzchak Rabin

https://de.wikipedia.org/wiki/Jitzchak_Rabin

Jassir Arafat

https://de.wikipedia.org/wiki/Jassir_Arafat

Mahmud Abbas

https://de.wikipedia.org/wiki/Mahmud_Abbas

24. Oktober 1973: Ende des Jom-Kippur-Krieges

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/taegliche-dosis-politik/542027/24-oktober-1973-ende-des->

[jom-kippur-krieges/](#)

Ahmad Yasin

https://de.wikipedia.org/wiki/Ahmad_Yasin

Der Friedensprozeß im Nahen Osten (Oslo I. - PDF, 48 Seiten)

https://embassies.gov.il/berlin/AboutIsrael/the-middle-east/naherostendokumente/Friedensprozess_90er.pdf

Israeli-Palestinian Interim Agreement on the West Bank and the Gaza Strip (Oslo II)

<https://peacemaker.un.org/israelopt-osloII95>

The assassination of Yitzhak Rabin: ‘He never knew it was one of his people who shot him in the back’

<https://www.theguardian.com/world/2020/oct/31/assassination-yitzhak-rabin-never-knew-his-people-shot-him-in-back>

Ehud Barak

https://de.wikipedia.org/wiki/Ehud_Barak

Ariel Scharon

https://de.wikipedia.org/wiki/Ariel_Scharon

Israel/Gaza, Operation Cast Lead

<https://casebook.icrc.org/case-study/israelgaza-operation-cast-lead>

Chronik: 2001–2023

Autor der Chronik: Internetredaktion LpB BW

<https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt#c98562>

++ Fast zwei Millionen Flüchtlinge im Gazastreifen ++

<https://www.tagesschau.de/newsticker/liveblog-nahost-dienstag-154.html>

Aktuelle Meldungen

zum israelisch-palästinensischen Konflikt

<https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt#c98713>

Wappen von Palästina

https://de.wikipedia.org/wiki/Wappen_Pal%C3%A4stinas

Wappen von Israel

https://en.wikipedia.org/wiki/Emblem_of_Israel

(Veröffentlicht: 26. August 2024, 23:34 Uhr)

Das Demokratie-Bataillon

Unsere Demokratie schwebt in großer Gefahr, deshalb ist ein Schutz durch die Zivilgesellschaft unabdingbar. Nur die Demokratie ermöglicht es uns Menschen- und Bürgerrechte in einem Rechtsstaat einzufordern, zu leben und zu erweitern.

Jeder ist willkommen in diesem Kampf um unsere Zukunft!



Unsere Demokratie wird von verschiedenen Seiten bedroht: zuerst sind die Krisen unserer Zeit zu nennen wie die Klimakrise, dem Krieg gegen die Ukraine ausgelöst durch Russland, die immer größer werdende soziale Ungleichheit, Biodiversitätsverlust und Pandemien.

Diese Krisen an sich sind schon Herausforderung genug, doch leider haben wir auch mit inneren Feinden (wie die Rechtsextreme AfD unter Björn Höcke und dem Islamismus) und äußeren Feinden (Putins Russland mit seinem hybriden Krieg gegen alles westlich deklarierte und Xi Jinpings China wirtschaftlich-politischer Expansionismus) zu tun.

Dem nicht dienlich ist die Informationsflut im digitalen Zeitalter dem unsere Aufmerksamkeit zum Opfer fällt. So wird Medienkompetenz essentiell für alle Bürgerinnen und Bürger.

Angesichts dieser multiplen Krisen und Herausforderungen kann man schnell die Hoffnung verlieren, dass sich je irgendetwas bessert.

Doch Wir sind nicht allein.

Die Zivilgesellschaft kann sich mobilisieren, wie wir bereits in den gewaltigen Protesten und Demonstrationen gegen die AfD gesehen haben Anfang dieses Jahres nachdem ihre menschenfeindlichen Deportationspläne bekannt wurden die sie im Potsdamer Treffen diskutiert haben.

„Omas gegen Rechts“ ist ebenfalls zu nennen die ein hohes zivilgesellschaftliches Engagement aufweisen und Fridays for Future haben gezeigt, dass die junge Generation sich ebenfalls mit großer Ausdauer für wichtige Themen einsetzen kann. **Nun gilt es, diese Kräfte zu bündeln und zu institutionalisieren.**

In Ostdeutschland wird es besonders kritisch, da hier der Faschist Höcke bei 30% in Thüringen liegt und es in Brandenburg und Sachsen nicht besser aussieht. Obwohl deren Wirtschaftspolitik ihren Wählern noch mehr Schaden würde und Wohlstandsvernichtend ist.

Als Gesellschaft müssen wir zusammenhalten, auch für die Schwachen und Marginalisierten eintreten, denn wir haben schonmal erlebt was passiert als das nicht getan wurde.

Zuerst sind es nämlich die Menschen mit Behinderung, die LGBT-Gemeinschaft, die Immigranten und Deutsche mit Migrationshintergrund, die Asylsuchenden, die Unterschicht und die religiösen Minderheiten die Opfer der Extremisten und insbesondere der Rechtsextremisten werden. Nur durch Zusammenhalt und gegenseitiges Eintreten kann der Zersplitterung und der Atomisierung entgangen werden.

Alle Menschen sind mit Würde zu behandeln.

Im wiedervereinten Deutschland des 21. Jahrhunderts erleben wir leider das Erstarken einer völkisch-nationalistischen Ideologie die ganz im Chorus der Vergangenheit singt.

Doch unsere Demokratie ist wehrhafter.

Unsere Zivilgesellschaft ist resilienter.

Der Geist der Republik lebt in uns.

In diesen schwierigen Zeiten gilt es zu schützen was wir bereits haben: unsere Demokratie und damit unsere Menschen- und Bürgerrechte, die Institutionen wie die Bundeszentrale für politische Bildung und der Verfassungsschutz, die Gewaltenteilung und ein öffentlicher Rundfunk der nicht auf die Gnade der Regierung angewiesen ist. Das und vieles, vieles mehr.

Was in Thüringen, Brandenburg und Sachsen geschehen wird können wir vorerst nicht rückgängig machen, doch wir können dafür sorgen, dass der Schaden sich in Grenzen hält.

Der öffentliche Diskurs und die öffentlichen Plätze gehören uns: der demokratischen Mehrheit. **Stück für Stück erobern wir es uns zurück!** Lange genug haben die Rechtsextremisten, die Verschwörungsideologen und deren opportunistische Begleitung unsere Gesellschaft gespalten. **Zu lange ertragen wir schon deren Tyrannei der Ignoranz.** Nun schlagen wir zurück: **unsere Munition ist die Tinte und unser Gewehr der Wahl ist die Feder!**



Abbildung 21 - (Quelle: [Pixabay](#))

Das Demokratie Bataillon

Unsere Aufgabe wird es sein das demokratische System zu stützen und zu schützen. **Daher muss gegen die Normalisierungsversuche der Rechtsextremen erbittertster Widerstand geleistet werden mit allen legalen und demokratischen Mitteln die uns zu Verfügung stehen.** Ansonsten enden wir wie Österreich in dem ein FPÖ-Innenminister den Verfassungsschutz hat stürmen lassen und den Versuch unternommen hat den Geheimdienst umzubauen:

„Vielen in der Opposition schwante damals schon nichts Gutes. Herbert Kickl, der enge

Verbindungen zu rechtsextremen Gruppen wie der Identitären Bewegung hat, ist nun für Österreichs Polizei zuständig. Und für das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, kurz BVT.

Nur wenige Monate nach Kickls Amtsantritt stürmen bewaffnete Polizisten mit Sturmhauben die Behörde. Unmengen an Daten werden beschlagnahmt, vor allem auch zu laufenden Ermittlungen über Rechtsextreme. Der leitende Direktor, Peter Gridling wird vorübergehend suspendiert. Er spricht heute von einem »Überfall« auf seine Behörde. Und macht Herbert Kickl mit verantwortlich.“ ([Der Spiegel](#))

Das die Feder, und damit das Wort, unsere Waffe der Wahl ist erklärt sich wie folgt:

Durch Aufklärung haben sich unsere Gesellschaften – zumindest teilweise – in der Vergangenheit aus der eigenen Unmündigkeit befreit.

Aufklärung ist Bildung und der Wille sich weiterzubilden, im demokratischen Diskurs im guten Glauben kommt es zu konstruktiven Lösungen und zielorientierter Politik.

Aufklärung erfolgt durch Schrift, Wort und Bild (z. B. Reportagen, Dokumentationen). Es ist keine abgeschlossene Sache und je einfacher der Zugang zu vertrauenswürdigen und sachlichen Quellen ist desto besser.

Sündenböcke werden nicht gesucht, sondern die Wurzeln der Probleme angepackt, mögen sie noch so tief in der Erde vergraben liegen.

Konkret heißt dies für uns: Teilnahme an demokratischen Veranstaltungen, eigene Veranstaltungen organisieren, neue Medien (wie Mastodon und TikTok) nutzen, Sichtbarsein auf Marktplätzen zum Austausch und vieles mehr.

...



Abbildung 22 - Ob Bundestags-, Landtags- oder Kommunalwahl: die Teilnahme ist immer wichtig. Manchmal heißt dies auch strategisch zu wählen um zu verhindern dass demokratiefeindliche Parteien mehr an Einfluss gewinnen und diese neue Macht dann nutzen um das demokratische System zu lähmen oder im ihren Sinne umzugestalten und zu untergraben (Bildquelle: [Pixabay](#))

Der militärische Begriff „Bataillon“ bezieht sich dabei auf die angestrebte Mindestgröße (das wären [bis zu 1.200 Menschen](#), pro Landkreis und kreisfreie Stadt).

Eine Hierarchie wie in der Bundeswehr oder im Militär wird es nicht geben, wäre auch nicht sinnvoll für den Zweck und zu streng für etwas zivilgesellschaftliches. Es wird ein [Eid](#) auf das Grundgesetz geleistet und Wahlen innerhalb der Organisation finden statt.

Kooperation mit demokratischen Parteien, Organisationen und Gruppen ist erwünscht. **Das Demokratie-Bataillon ist kein Wahlkampfteam für eine bestimmte Partei, Mitgliedsein im Demokratie-Bataillon darf aber jeder von einer demokratischen Partei.** Eine Bevorzugung findet nicht statt. **Alle Mitglieder werden gleichbehandelt und jeder Mensch egal der Herkunft, Religion, Hautfarbe, Geschlecht oder Sexualität kann Mitglied werden. Dies gilt auch für Menschen mit Behinderung.**

Es wird uns vieles an Kraft und Geduld abverlangen bis wir die ersten Erfolge verbuchen können, doch jeder Schritt bis dahin wird es Wert sein! Manchmal wird es schon ein Erfolg sein, wenn durch unser Engagement reaktionäre Politik verhindert wird. **Diese Menschenfeindlichkeit, wie sie sich zurzeit breit macht, gehört zurückgedrängt und verbannt.**

Wir werden dafür Organisations- und Kommunikationstalent brauchen; Macher und Planer; Redner und Schreiber; viel Arbeit im Hintergrund und Präsenz im öffentlichen Raum.

Ob Sie 16 Jahre oder 90+ Jahre sind ist irrelevant. **So lange Sie Kampfgeist haben und in diesem generationenübergreifenden Projekt mitwirken wollen sind Sie willkommen, es gibt viele Rollen zu verteilen und Aufgaben zu tun um unsere Mission zu erfüllen.** Die 2020er werden entscheidend für Deutschlands Schicksal sein und jeder von uns kann Geschichte schreiben in diesem monumentalen Kampf.



Abbildung 23 - Die Land- und Stadtkreise in Baden-Württemberg (Bildquelle: [Wikipedia](#))

Ich selbst wohne im Landkreis Ravensburg, bei Interesse können Sie mich gerne kontaktieren:

E-Mail:

thomasbaroque@baroquecoms.com

Soziale Medien:

@Evi_Baroque@mastodon.social

@evibaroque.bsky.social

Auf Bluesky auch vertreten, derselbe Name (s. letzten Name).

Quellen

So lief der »Überfall« auf Österreichs Verfassungsschutz (Veröffentlicht: 16.09.2023)

<https://www.spiegel.de/ausland/oesterreich-wie-fpoe-chef-herbert-kickl-als-innenminister-den-verfassungsschutz-umbauen-wollte-a-eb83e897-1c2d-46ee-a903-7516c2bed83e>

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 56 (Der Eid)

https://www.gesetze-im-internet.de/gg/art_56.html

Die militärischen Einheiten der Bundeswehr

(Falls nun Interesse da ist wie die Bundeswehr aufgebaut ist)

<https://www.bundeswehr.de/de/ueber-die-bundeswehr/zahlen-daten-fakten/militaerische-einheiten-bundeswehr>

Liste der Land- und Stadtkreise in Baden-Württemberg

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Land-_und_Stadtkreise_in_Baden-W%C3%BCrttemberg

Genauere Informationen, auch zu Kommunalwahlen und Kommunalpolitik

<https://www.landeskunde-baden-wuerttemberg.de/kommunalpolitik-landkreise>

(Veröffentlicht: 31. August 2024, 17:04 Uhr)

Deutschland, Wohin geht es mit Dir?

Die AfD-Erfolge in Sachsen, Brandenburg und Thüringen haben sich leider schon seit langem abgezeichnet aber die Ergebnisse sind dennoch eine Zäsur für Deutschland da die lokalen Parteien in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestuft wurden.

Migration und Flucht wurden zum Hauptproblem erhoben während die Einkommens- und Vermögensungleichheit, die Klimakrise, die langsame Digitalisierung, die Wohnungsnot, das Gesundheitswesen, das Rentensystem und vieles anderes in den Hintergrund gerückt wurde. Somit gibt es kein Alleinstellungsmerkmal und Parteien wie die AfD und das BSW gewinnen weiter an Einfluss, da die Leute das Original bevorzugen.

Es gibt noch viel zu tun, damit auch der 3. Oktober weiterhin in einem **freiheitlich-demokratischen** Land stattfinden kann in einer **wehrhaften** Demokratie.



Abbildung 24 - Der alte Reichstag (fertiggestellt im Jahr 1894) im Vordergrund mit dem modernen Berliner Fernsehturm (gebaut im Jahr 1969) im Hintergrund (Quelle: Pixabay, Peggy_Marco)

Wie schon in der Einführung erwähnt gibt es viele Probleme in Deutschland, vor allem auch strukturelle, hier liste ich mal ein paar auf - vielleicht schlägt es irgendwann mal auch ein hauptberuflicher Politiker oder Politikerin auf meinen Blog.

Bildungswesen

- Investitionen in Bildung in 10 Jahren um €264 Milliarden (46%) gestiegen im Jahr 2022, deckt jedoch noch nicht den erhöhten Bedarf laut *Bildung in Deutschland 2024*.
-> Die Autoren des Berichts fordern eine '*flexible und bedarfsorientierte Finanzierung*'
- Schwierigkeiten Fachkräfte zu gewinnen was zu einer anhaltenden Personallücke in Kindertagesstätten in Westdeutschland bis 2035 führt.
- 12% der neu-eingestellten Lehrkräfte im Jahr 2023 hatten keine klassische Lehramtsausbildung.
- In Grundschulen und weiterführenden Schulen **stagniert die Schulleistung oder verzeichnet sogar einen Rückgang**.
- Im Jahr 2022 verließen **52.300 Jugendliche** die Schule **ohne Abschluss**
-> Anteil der Gleichaltrigen ohne Abschluss: 6,9% (steigende Tendenz)
- Hohe soziale Ungleichheit:
32% der Kinder aus ärmeren und bildungsfernen Familien erhielten Gymnasialempfehlung,
78% hingegen aus privilegierten Familien.
- **78 von 100** Akademikerkindern nehmen ein Studium auf.
25 von 100 dagegen von nicht-Akademikern.
- In jungen Jahren besuchen Kinder mit Migrationshintergrund seltener Kindertagsbetreuung.

Es gibt inzwischen das **Startchancenprogramm** damit im kommenden Schuljahr über zehn Jahre lang 4.000 Schulen mit benachteiligten Schülern gefördert werden.

Dies sei ein wichtiger Schritt, jedoch nur ein erster und kleiner.

(Bild auf der nächsten Seite)

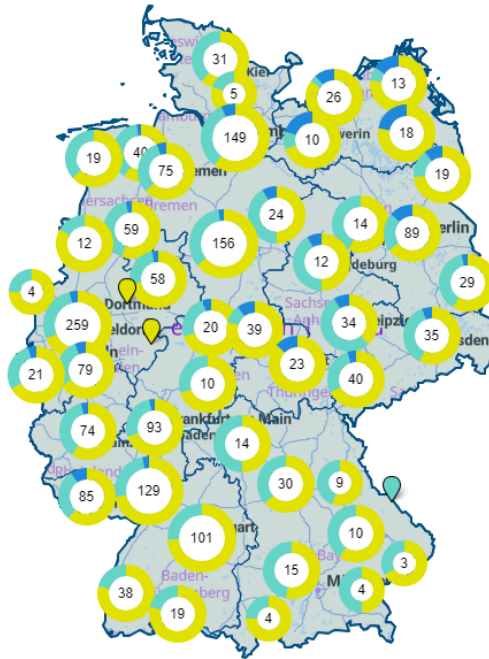


Abbildung 25 - Startchancen Programm (Quelle: Bundesministerium für Forschung und Bildung)

Quellen

Bildungsbericht 2024 Es fehlt an Personal und Geld

<https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/bildungsbericht-schulen-personal-100.html>

Startchancen-Programm

<https://www.bmbf.de/bmbf/de/bildung/startchancen/startchancen-programm.html>

Klimapolitik

Klimaschutz ist der **Schutz unsere natürlichen Lebensgrundlagen** - der Äcker, der Wälder, unsere Wasserversorgung, saubere Luft und der Biodiversität. Somit ist es auch der **Schutz unsere Heimat**, der **Fürsorge für künftige Generationen** und der **internationalen Ordnung**.

- **Tempolimit von 130 km/h**

Eine einfache Maßnahme die sofort umgesetzt werden kann, von 64% der Deutschen unterstützt wird ([Statista, 05.07.2024](#)) und nicht nur die Co2-Emissionen senkt, sondern auch die Lärmbelästigung, das Unfallrisiko (weniger schwere Verläufe), die Verschmutzung durch Mikroplastik (Abnutzung der Reifen) und die Luftqualität verbessert. Unter ADAC-Mitgliedern sind es [55%](#) die dies befürworten.

1,9 Millionen Tonnen Co2-Emissionen, um genau zu sein. Für die Autofahrer heißt es dann auch, dass weniger Sprit verbraucht wird und die Kosten sinken. Die Straßen wären für Fahranfänger zudem sicherer ([R+V Versicherung](#)).

- **Sektorenziele und Maßnahmenprogramm**

Die Abschaffung der Sektorenziele, auf Initiative der FDP, war einer der größten Fehler der Ampelregierung. Die Senkung der Co2-Emissionen ist ein Auftrag aller Ministerien, oder wie es das [WWF](#) gut ausgedrückt hat: *"Die Sektorenziele werden dem Verantwortungsbereich der jeweiligen Bundesministerien zugeordnet. Damit liegt die Verantwortung für die Zielerreichung nicht wie bisher allein beim Umweltministerium. Vielmehr ist es die Aufgabe der jeweiligen Ressorts, sowohl **Maßnahmenpakete** zu erarbeiten als auch die Verfügbarkeit erforderlicher Mittel zur Zielerreichung sicher zu stellen. Damit ist gewährleistet, dass die **Klimapolitik** als **ressortübergreifendes Querschnittsthema** behandelt wird."*

Ein **Maßnahmenprogramm** hat das **WWF** schon 2018 veröffentlicht wegen der Vorgängerregierung welche daran versagte und angesichts der enttäuschenden Klimapolitik der Ampel (wobei die entbürokratisierung für Solarkraftwerke am eigenen Balkon glücklicherweise abgebaut wurden) dachte ich, dass es gut wäre dies hier nochmal zu erwähnen.

Die Kernforderungen können Sie auf Seite 3 bis 5 nachlesen.

-> PDF-Datei mit 60 Seiten insgesamt

Quellen

Sollte aus ihrer Sicht ein Tempolimit von 130 km/h auf deutschen Autobahnen umgesetzt werden?

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/258757/umfrage/umfrage-zum-tempolimit-auf-autobahnen/>

Tempolimit auf Autobahnen: Die Fakten

<https://www.adac.de/verkehr/standpunkte-studien/positionen/tempolimit-autobahn-deutschland/>

Tempolimit auf Autobahnen in Deutschland: Fragen und Antworten

<https://www.ruv.de/kfz-versicherung/magazin/rund-ums-fahren/tempolimit-auf-deutschen-autobahnen-fragen-und-antworten>

Klimaschutz muss Recht bekommen

<https://www.wwf.de/themen-projekte/klimaschutz/klimaschutz-deutschland/klimaschutz-muss-recht-bekommen>

Sozialpolitik

Eine gesunde Demokratie braucht auch einen starken Sozialstaat, damit die Ungleichheiten - wie sie es leider bisher auch bei beruflichen Tätigkeiten gibt oder durch essentielles wie die Betreuung eines Familienangehörigen aufgrund hohen Alters zum Beispiel - geglättet und die

Reichen, deren Reichtum auf der Arbeitskraft, der Infrastruktur und den Institutionen beruht, zur Verantwortung gezogen werden.

- **Vermögenssteuer Wiedereinführen**

Seit 1997 wurde keine Vermögenssteuer erhoben, seit dieser Aussetzung [entging der Bundesrepublik Einnahmen von 380 Milliarden Euro](#) (das sind 80% des Bundeshaushalts für dieses Jahr).

Wie ungleich die Verteilung momentan ist?

Die **untere Hälfte der Bevölkerung** hat **keine nennenswerten Vermögen** nach der Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Die **reichsten 10 Prozent** besitzen hingegen gut **zwei Drittel des gesamten Privatvermögens**. Davon **das reichste Prozent** sogar **bis zu 35 Prozent**.

Schließlich noch **die reichsten 0,1 Prozent** die **bis zu 20 Prozent** verfügen.

Diese Gruppen sind es auch die Vermögenswerte halten die am meisten Rendite abwerfen, wie Aktien, Immobilien und Betriebsvermögen.

"So konnten die Superreichen in den vergangenen Jahrzehnten deutlich an Vermögen zulegen. Die hundert Reichsten Deutschlands häuften seit dem Jahr 2001 rund 460 Milliarden Euro zusätzlich an." (taz)

Deshalb schließe ich mich dem Vorschlag von ver.di an, der wie folgt lautet:

"ver.di schlägt vor, Nettovermögen – Geld-, Betriebs- und Immobilienvermögen abzüglich Schulden – ab einer Million Euro mit 1 Prozent zu besteuern. Bis zu einem Nettogesamtvermögen von 20 Millionen Euro soll der Steuersatz auf 1,5 Prozent steigen, Vermögen von mehr als 100 Millionen Euro sollen mit einem Steuersatz von 1,75 Prozent und Vermögen von mehr als einer Milliarde Euro mit 2 Prozent besteuert werden. Zur Vermeidung einer doppelten Besteuerung von Kapitalgesellschaften und ihrer Gesellschafter wird hier auf beiden Seiten jeweils nur der halbe Vermögenswert besteuert."

(Quelle: [Vermögenssteuer? Brauchen wir! - ver.di](#))

Nicht nur in Sachen Sozialpolitik wird diese gerechte Besteuerung unserm Land helfen, sondern auch bei der sozial-ökologischen Transformation die dringend notwendig ist.

- **Bürgergeld**

Zum Thema Bürgergeld habe ich schon geschrieben und ich halte es für eine gute Sache. Deshalb bringt es mich auch zur Weißglut, dass die CDU unter Friedrich Merz und die CSU unter Markus Söder es kleinzureden versuchen, immer nach unten treten und damit der AfD auch ihren Wunsch von der Abschaffung des Bürgergelds näher kommen (weil diese Rechtsextreme Partei auch extrem Neoliberal ist).

Deswegen hier nochmal ein Auszug aus meinem Flugblatt und das Flugblatt selbst als PDF am Ende (vom 9. Juli 2024, nur in der Blog Veröffentlichung):

Wer bezieht Bürgergeld?

"Es kann verschiedene Gründe geben warum jemand Bürgergeld bezieht: Von erwerbstätigen deren Lohn nicht ausreicht zum Leben um Aufzustoßen bis zu ukrainischen Geflüchteten die keine Arbeit aufnehmen können aufgrund eines mangels von Sprachförderung die als Grundstein für eine Integration in den Arbeitsmarkt essentiell ist.

- Im Juli 2023 waren insgesamt **5.503.000 Menschen** regelleistungsberechtigt und erhielten das Bürgergeld nach SGB II.
- **1.557.000 Personen (28,3%)** waren nicht erwerbsfähig, darunter vor allem Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren,
- **3.946.000 (71,7%)** waren erwerbsfähig und Leistungsberechtigt, davon waren gut **1,5 Millionen arbeitslos** nach SGB II und die **ca. 2,2 Millionen erhielten die Grundsicherung ohne arbeitslos zu sein**. Darunter waren z. B. Personen die kleine Kinder betreuten, Angehörige pflegten oder noch zur Schule gingen. Schließlich waren **797.000 der erwerbstätigen Aufstocker**, d.h. Arbeitende die ihr Einkommen mit dem Bürgergeld ergänzt haben.
- Im Sozialbudget unserer Republik macht diese **verfassungsrechtlich garantierte Grundsicherung nur 3,8% aus**. Seit 2005 ist [die Erwerbstätigenquote](#) übrigens um 18% gestiegen.

Bürgergeld hat Bedingungen

Wie die [Caritas in ihrem Artikel](#) weiter erläutert, ist das Bürgergeld kein bedingungsloses Grundeinkommen. **Eine Mitwirkungspflicht ist an diese geknüpft und bei Verstoß kann die Leistung gemindert werden** nach [§§ 31, 31a, 32 SGB II](#). Ebenso gibt es Fördermaßnahmen damit die Menschen unterstützt werden um für ihren Lebensunterhalt selbst sorgen zu können oder einen Bildungsabschluss erlangen.

Ich belasse es mal beim Bildungswesen, der Klimapolitik und der Sozialpolitik. Wie wir gesehen haben gibt es dort und in den anderen Bereichen noch viel zu tun, vor allem angesichts der existenziellen Bedrohung durch die Klimakrise.

Klimaschutzmaßnahmen schließen auch nicht Sozialpolitik aus, oder andersherum. Es gibt Ziele die sich gegenseitig fördern oder ergänzen (wie autofreie Städte, die Co2-Emissionen senken, die Stadt lebenswerter und familienfreundlicher macht, die Unfälle drastisch verringern würde und die Lärmbelästigung senkt) aber auch jene die im Konflikt stehen und wo eine Abwägung oder ein Kompromiss zu finden ist (z. B. beim Altdorfer Wald, so ist die Windenergie essentiell in der Energiewende, aber der Arten- und Wasserschutz darf nicht zu kurz dabei kommen).

Quellen

Ausgesetzte Vermögenssteuer: 380 Milliarden Euro Schaden

<https://taz.de/Ausgesetzte-Vermoegenssteuer/!6021305/>

Vermögenssteuer? Brauchen wir!

<https://www.verdi.de/themen/politik-wirtschaft/++co++ee49a8ae-fed7-11ed-9c41-001a4a16012a>

Erwerbstätigenquoten 1991 bis 2023

<https://www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/erwerbstaetigenquoten-gebietsstand-geschlecht-altergruppe-mikrozensus.html>

Fakten statt Polemik zum Bürgergeld

<https://www.caritas.de/fuerprofis/fachthemen/armut/fakten-statt-polemik-zum-buergergeld>

Gibt es noch einiges zu tun bei der Migrations- und Fluchtpolitik? Ja.

Dies sollte aber innerhalb der Rahmenbedingungen der Menschenrechte, der internationalen Verträge (vor allem innerhalb der EU) und mit der Achtung unseres Grundgesetzes geschehen. Grundrechte sind Schranken für die Politik, anscheinend haben dies Politiker wie Jens Spahn und Markus Söder noch immer nicht verstanden (oder wollen es nicht verstehen und versuchen noch immer verzweifelt so AfD-Wähler zu überzeugen).

Im nächsten Teil, das heißt dem unteren, kommen wir darauf zu sprechen.

Coniunctis Viribus - Mit vereinten Kräften #003

(Anmerkung: Dies wurde als Flugblatt konzipiert und am 2. Oktober geschrieben, vor dem oberen Teil)

In den letzten Wochen und Monaten hielt der Geist des Reaktionären wohl gänzlich Einzug in die deutschen Lande. So wird die Migration zum Verursacher all unserer Probleme erhoben, obwohl die strukturellen Probleme im Gesundheits- und Bildungswesen, im ÖPNV und der Digitalisierung, sowie zahlreichen anderen Bereichen schon davor existierten und während der 16-Jahre Regentschaft der Union (CDU/CSU) kaum oder gar nicht angepackt wurden.

Unser größtes Problem liegt in diesem Aussitzen sowie der Arroganz und Ignoranz einiger Politiker die lieber den Rechtsextremen nachschwafeln anstatt über die letzten zwei bis drei Jahrzehnte zu reflektieren und konstruktiv an Lösungen für unser Vaterland zu arbeiten.

In diesem Eintrag gehen wir aber auf den Integrationserfolg der sogar über dem EU-Durchschnitt liegt sowie den realen Problemen die noch immer existieren aber die nicht durch willkürliche Grenzkontrollen gelöst werden ein. **Scheinlösungen sind unser Grab.**

Integration von Eingewanderten

Reden wir erstmal über die Erwerbstätigenquote. Wie hoch denken Sie, dass die Quote ist?

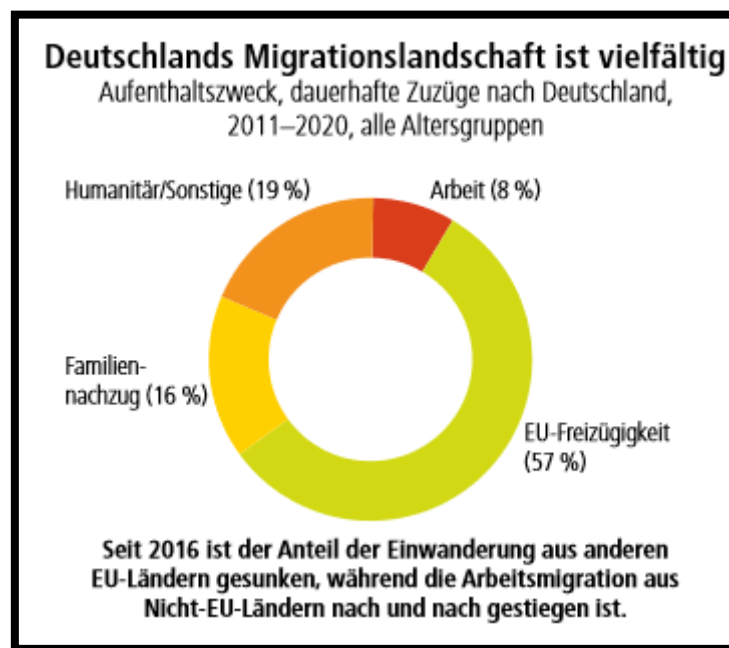
- a) 20-30 %
- b) 40-50 %
- c) 55-65%
- d) 65-70%

Nach dem Bericht von der OECD „[Stand der Integration von Eingewanderten](#)“ vom 8. Juli 2024 betrug dieser 70 % (Stand 2022) und war damit deutlich höher als in anderen EU-Ländern. **Ebenso haben sich die Sprachkenntnisse erheblich verbessert durch die Sprachförderung.**

Die Gruppe von Migranten mit einem sehr niedrigen Bildungsniveau (höchstens Grundschulbildung) machen **1/6 der Einwanderungsbevölkerung** aus und haben größerer Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt. **50% sind erwerbstätig und nur 25% erreichen ein fortgeschrittenes Deutschniveau nach mindestens fünf Jahren Aufenthalt.** Der niedrige Bildungsstand ist auf die ungünstige Lage in ihren Herkunftsländern zurückzuführen.

Migrationslandschaft

Die Herkunft in Deutschland ist sehr heterogen, die meisten kommen aber nach wie vor vom EU-Ausland (57%) aufgrund der EU-Freizügigkeit. Die viel diskutierte humanitäre Migration macht in Deutschland hingegen nur 19% aus.



Weitere Herausforderungen und Potentiale

- Kinder von eingewanderten Eltern haben im Bildungswesen schlechtere Leistung als die von deutschen.
- 40 % der eingewanderten Mütter waren erwerbstätig, hingegen 70 % der hier geborenen (Stand 2021).
- 70 % der Menschen ohne Schulabschluss in Deutschland sind Migranten.

Lösung: Verbesserung des Bildungswesens und Erwerbsintegration für geringqualifizierte und Frauen muss weiter verbessert werden.

Potential: 600.000 hochqualifizierte Akademiker die nicht entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt waren.

Miteinander reden statt übereinander

Quelle

OECD-Bericht Deutschland: Stand der Integration von Eingewanderten

https://migrant-integration.ec.europa.eu/library-document/oecd-bericht-deutschland-stand-der-integration-von-eingewanderten_de

Das Flugblatt werde ich nochmals als eigenen Blogeintrag posten (damit es dem Schema folgt wie ich es seitdem ersten pflege, auch wenn das zweite aufgrund seiner Komplexität weniger als Flugblatt geeignet war).

Das AfD-Verbotsverfahren muss sein

Die AfD ist bundesweit ein rechtsextremistischer Verdachtsfall, verteidigt kontinuierlich Vladimir Putin (soweit dass Putin sie offen befürwortet) und deren Vertreter betreiben Rechtfertigung für die Autokratie Russlands und China (siehe Maximilian Krah). In **Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen** ist der regionale Ableger **schon gesichert rechtsextrem** und sie bemühen sich aktiv um die Abschaffung unserer demokratischen Ordnung. Des Weiteren sind **fünf Jugendorganisationen der AfD** (in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen) ebenfalls **als gesichert rechtsextrem** eingestuft wurden. In fünf weiteren gilt sie als rechtsextremer Verdachtsfall (das sind Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Baden-Württemberg).

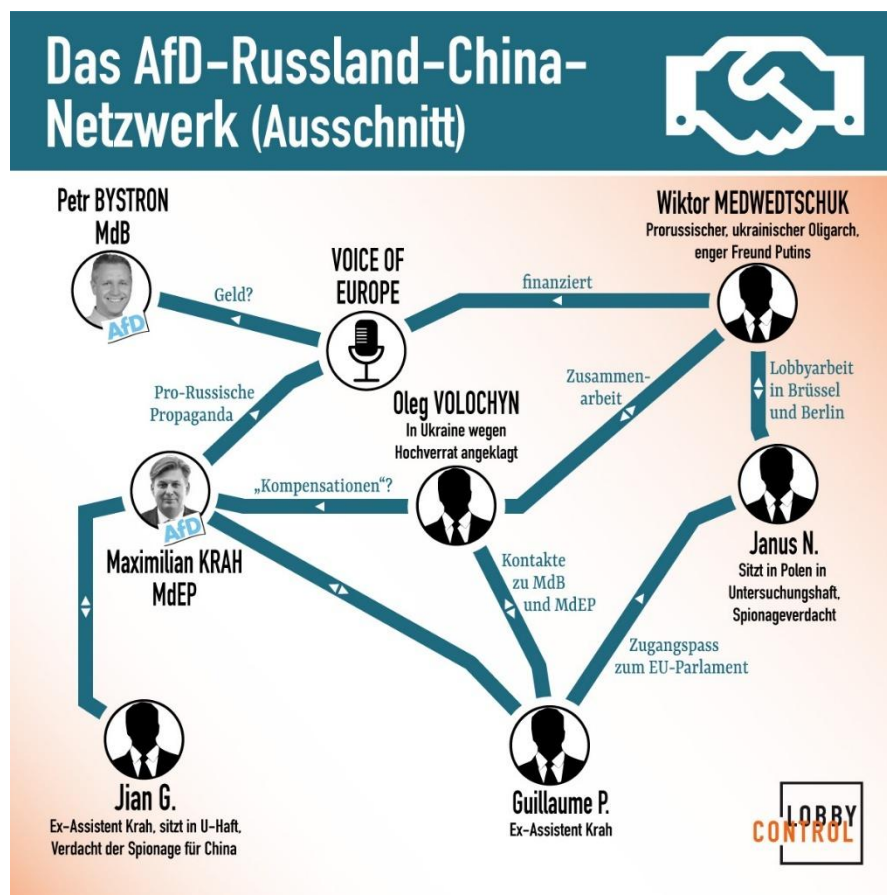


Abbildung 26 - (Quelle: Lobby Control)

"Die Verstrickungen von AfD-Politikern und vor allem auch von ihnen beschäftigten Mitarbeitenden zu russischen und chinesischen Stellen reichen aber weit über Krah und Bystron hinaus. Unser Artikel liefert eine Übersicht, die den Schluss nahelegt: Die AfD öffnet Tür und Tor für die Einflussoperationen anderer Regierungen in Deutschland und trägt damit zur Destabilisierung unserer Demokratie bei." ([Lobby Control, 31.05.2024](#))

Im Bundestag agieren die AfD-Abgeordneten so auch für Russland indem sie Anfragen stellen, die für den russischen Geheimdienst nützlich sind. Die Bundesregierung ist verpflichtet diese Anfragen zu beantworten. Hier zwei Beispiele von LobbyControl:

Bystron

Im Februar diesen Jahres wollte er wissen, wie viele ukrainische Männer zwischen 18 und 60 Jahren sich in Deutschland aufhalten.

Dr. Alexander Gauland, Stefan Keuter, Matthias Moosdorf, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Am 3. Mai dieses Jahres fragten Abgeordnete der AfD wie viele Dienstreisen von Angehörigen der Bundeswehr in die Ukraine unternommen wurden. Es wurde nach Details über Datum, Organisationseinheit, örtlichem Ziel sowie Zweck der Dienstreise gefragt.

Da sie verständlicherweise als Verschlussache eingestuft wurde von der Bundesregierung, kann die Öffentlichkeit diese nicht einsehen - die Abgeordneten können es aber. Eben jene Partei die oft im Austausch mit der russischen und chinesischen Botschaft stehen und, wie LobbyControl ausführt, ihre Interessen im Bundestag und EU-Parlament eins-zu-eins vertritt.

Der Zugang zu empfindlichen Informationen, die dem russischen und chinesischen Geheimdiensten vom großen Nutzen sind, wird hier also gezielt ausgenutzt von der AfD.

Schließlich sollten wir nicht vergessen, dass [AfD-Abgeordnete nach Russland gereist](#) sind als "Wahlbeobachter" sowie weitere von Russland selektierte - aber keine Wahlbeobachter der OSZE eingeladen wurden: *"Politikwissenschaftler Mangott dagegen hätte noch Fragen. Zum Beispiel, warum die Wahlurnen in den Nächten der drei Wahltage unbewacht geblieben seien. Außerdem fügt er hinzu: "In diesen Wahllokalen gibt es kaum Beisitzer, die aus der Opposition kommen, und deswegen ist Tür und Tor geöffnet, um die Auszählungsprotokolle so zu manipulieren, wie es eben sein soll", sagt Mangott."* (Tagesschau, 19.03.2024)

Der Geschichtsrevisionismus und heutige Vernichtungsfantasien

Das Verhältnis der AfD zum dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte, dem des dritten Reich und des Zweiten Weltkriegs in dem der Genozid vor allem an den europäischen Juden aber auch an den Sinti und Roma, der Slaven und anderen begangen wurde, ist inzwischen auch glasklar. **Alice Weidel hat schon deutlich gezeigt auf welcher Seite sie sich befindet, als sie zum Ende des Zweiten Weltkriegs befragt wurde:** *"Den Ukraine-Krieg nannte die Politikerin nicht als Grund [Chrupalla hat die russische Botschaft im Mai besucht]. Stattdessen sagte sie, sie habe entschieden, aus „politischen Gründen“ nicht teilzunehmen. „Also hier die Niederlage des eigenen Landes zu befeiern mit einer ehemaligen Besatzungsmacht, das ist*

etwas, wo ich für mich persönlich entschieden habe – auch mit der Fluchtgeschichte meines Vaters – daran nicht teilzunehmen“, so Weidel." ([FR, 13.09.2023](#))

Der Krieg der Nationalsozialisten, vor allem der Ostfeldzug, war von vornherein ein Vernichtungskrieg. **Wer dies heute noch als Niederlage empfindet hat mehr Gemeinsam mit Neonazis und dem Rassenwahn des 20. Jahrhunderts.** Hiermit kommen wir auch zu Björn Höcke und seinem Buch in dem er offenlegt was die AfD vorhat sollte sie die Macht übernehmen (der [Artikel ist von Zeit Online](#), 24. Oktober 2019):

*"In seinem Buch Nie zweimal in denselben Fluss, das Mitte 2018 erschien, beschwört Höcke einen "Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch" und damit die zentrale Verschwörungstheorie der Neuen Rechten um Götz Kubitschek und die Identitären. **Als zentrales Ziel seiner Partei fordert Höcke eine Säuberung Deutschlands von "kulturfremden" Menschen. Darunter versteht er, in aller Pauschalität, Asiaten und Afrikaner.** Höcke schreibt: "Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein." Er will also Millionen Bürger aus dem Land verbannen.*

Dieses "Remigrationsprojekt", so schreibt es Höcke, sei wohl nur mit Gewalt zu schaffen: *"In der erhofften Wendephase", (offenkundig meint er einen Machtantritt der AfD), "stünden uns harte Zeiten bevor, denn umso länger ein Patient die drängende Operation verweigert, desto härter werden zwangsläufig die erforderlichen Schnitte werden, wenn sonst nichts mehr hilft." Und: "Vor allem eine neue politische Führung wird dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben: Sie ist den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet und muss aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen." **Man werde – so heißt es bei Höcke weiter wörtlich –, "so fürchte ich, nicht um eine Politik der 'wohltemperierten Grausamkeit' herumkommen.** Existenzbedrohende Krisen erfordern außergewöhnliches Handeln. Die Verantwortung dafür tragen dann diejenigen, die die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit ihrer unsäglichen Politik herbeigeführt haben."* (Seite 254 ff.)"

Das was Höcke hier beschreibt ist nichts anderes als ein Völkermord, wie es im Artikel II der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes heißt:

"In dieser Konvention bedeutet Völkermord eine der folgenden Handlungen, die in der Absicht begangen wird, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören:

- (a) Tötung von Mitgliedern der Gruppe;*
- (b) Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;***
- (c) vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;***
- (d) Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;*
- (e) gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe."*

(Quelle, PDF-Datei: <https://www.uni-marburg.de/de/icwc/zentrum/pdfs/voelkermordkonvention.pdf>)



*Abbildung 27 - Dieses Foto zeigt den Blick auf die Lagerbaracken des KZ-Dachau, einige Tage nach der Befreiung durch die US-Armee (Quelle: [Wikipedia](#))
Dieses Konzentrationslager wurde wenige Wochen nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler errichtet, am 22. März 1933.*

Während also [die neuen Verbrechen vorbereitet werden](#), wie wir sie bei der Konferenz in Potsdam vom letzten Jahr durch Correctiv-Recherchen erfahren haben, **in der Millionen von Deutsche vertrieben werden sollen** ("Remigration") weil sie einen Migrationshintergrund haben wird simultan ein Umschreiben der Geschichte aktiv verfolgt um in den Zustand von der unmittelbaren Nachkriegszeit rückzuversetzen. Hierzu empfehle ich den Artikel von der Stiftung Gedenkstätten:

Schwerpunkt: Neue Rechte und Geschichtsrevisionismus - "Schuldkult" und "Schuldkolonie" - Tradition und Ziele des aktuellen Geschichtsrevisionismus

<https://www.stiftung-gedenkstaetten.de/en/reflexionen/reflexionen-2021/schuldkult--und-schuldkolonie>

Dort wird auch über das rechtsextreme Netzwerk berichtet und wie die AfD mitwirkt um Gedenkstätten die Finanzierung zu streichen.

Fazit:

Die AfD ist ein Werkzeug von autoritären Staaten wie Russland und China, manchmal sogar der Iran, und die Abgeordneten im Bundestag und EU-Parlament agieren als Informationsbeschaffer für die Geheimdienste dieser Länder dessen Ziel es ist unsere Demokratie zu destabilisieren und schließlich ganz zu zerstören. Deswegen führt Russland auch einen hybriden Krieg gegen alles westliche, mit Deutschland als Hauptziel.

Die AfD ist rechtsextrem, was auch an dem steigendem Einfluss von Björn Höcke seit 2017 zu beobachten ist. Fünf Jugendorganisationen der AfD und drei Landesverbände sind gesichert rechtsextrem und damit gesichert anti-demokratisch. Was hier noch nicht erwähnt wurde ist die Infiltration vom Lokal-journalismus über das Jan Böhmermann in seiner Sendung berichtet hat. Über die Kommunen bzw. Gemeinden fängt es, die langsame Korrosion unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Die AfD betreibt Geschichtsrevisionismus indem sie die NS-Zeit relativiert, gezielt mit anderen rechtsextremen ein Netzwerk aufbaut um einen Nachkriegs-Status zurückzuerlangen (indem es Tabu war darüber zu reden) und nebenbei noch zukünftige Verbrechen plant die unsere Mitbürger betrifft - und damit Freunde, Familie, Arbeitskollegen/innen, Schulkameraden und/oder Bekannte.

Inzwischen gibt es [24,9 Millionen](#) Einwohner in Deutschland mit Migrationshintergrund (oder 29,7% der Gesamtbevölkerung).

Und wie wir in Thüringen neulich gesehen haben, ist es noch deutlicher was uns droht. Eine Prüfung des AfD-Verbots ist absolut notwendig für das Überleben unserer Demokratie, was wäre eine wehrhafte Demokratie wert, wenn sie nicht das Schwert nimmt um ihren Feind zu besiegen, der sie zu vernichten droht? **Deutschland muss eine starke Demokratie sein in diesen Zeiten - gegen feindliche Einflussnahme von außerhalb und innerhalb.**

Quellen

Oberverwaltungsgericht Münster: AfD-Einstufung als Verdachtsfall ist rechtens
<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/afd-ovg-verdachtsfall-100.html>

Wirtschaftsforum St. Petersburg: Putin sieht Kooperation mit AfD positiv
<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/putin-afd-zusammenarbeit-100.html>

Karten zeigen Einstufungen: Wo AfD und Junge Alternative gesichert rechtsextrem sind
<https://www.rnd.de/politik/wo-gelten-afd-und-junge-alternative-als-gesichert-rechtsextrem-und-was-bedeutet-das-BEOYLLR67FCABBNQ6ESSRUZJWM.html>

Der AfD-Russland-China-Komplex
<https://www.lobbycontrol.de/aus-der-lobbywelt/der-afd-russland-china-komplex-115749/>

AfD-"Wahlbeobachter" in Russland: Statisten in Putins Inszenierung?
<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/russland-wahl-beobachter-afd-100.html>

Deutsche „Niederlage“: Alice Weidel empört mit Aussage zum Ende der NS-Zeit

<https://www.fr.de/politik/zeit-nationalsozialismus-deutschland-niederlage-alice-weidel-empörung-aussage-ende-ns-92514163.html>

Rechtsextremismus: Höcke will den Bürgerkrieg

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus>

Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (PDF, 3 Seiten)

<https://www.uni-marburg.de/de/icwc/zentrum/pdfs/voelkermordkonvention.pdf>

Neue Rechte: Geheimplan gegen Deutschland

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

Schwerpunkt: Neue Rechte und Geschichtsrevisionismus: "Schuld kult" und "Schuld kolonie"
Tradition und Ziele des aktuellen Geschichtsrevisionismus

<https://www.stiftung-gedenkstaetten.de/en/reflexionen/reflexionen-2021/schuld kult--und-schuld kolonie>

KZ Gedenkstätte Dachau

<https://www.kz-gedenkstaette-dachau.de/>

Was noch zu tun ist

Für ein Deutschland in dem der Zusammenhalt wichtig ist müssen wir nicht nur die derzeitige Herausforderungen, Bedrohungen und Spaltungen überwinden und gemeinsam lösen sondern auch eine Zukunftsvision haben wie ein zukünftiges sozialgerechtes Deutschland aussieht. **Zukunftsfähigkeit wird es nur ohne den Neoliberalismus geben.**

Einen Anfang wollte ich mit dem folgenden Artikel von mir machen:

Die Zukunft Deutschlands (vom 27. Juni, 2023)

<http://baroquecoms.com/2023/06/27/die-zukunft-deutschlands-2/>

Nur die Hoffnung und Zuversicht auf eine bessere Zukunft, mit entsprechenden demokratischen und gutdurchdachten Plänen an der auch die Gesellschaft als gesamtes miteinbezogen ist in ihrer Planung und Umsetzung, kann der Tyrannei der Angst durch die AfD und ihrer Sympathisanten effekt was entgegensetzen und sie damit schwächen.

Dazu braucht es aber Mut auch von den demokratischen politischen Parteien sich nicht länger von diesen rechtsextremen Hetzern und geistigen Brandstiftern treiben zu lassen.
Jetzt oder Nie!

Bei Fragen oder Anregungen, kontaktieren Sie mich über meine E-Mail oder Mastodon:

E-Mail: thomasbaroque@baroquecoms.com

Mastodon: [@Evi_Baroque@mastodon.social](https://mastodon.social/@Evi_Baroque)

(Veröffentlicht: 6. Oktober 2024, 16:40 Uhr)

Coniunctis Viribus #003 und #004: Über Integration und die Wahl

Addendum: Am Ende der zwei Flugblätter kommentiere ich hier ebenfalls die Haftbefehle des Internationalen Gerichtshof und die Massendeportationspläne der bayrischen AfD die neulich beschlossen wurden.



Coniunctis Viribus #003 - Mit Vereinten Kräften

(vom 3. Oktober 2024)

In den letzten Wochen und Monaten hielt der Geist des Reaktionären wohl gänzlich Einzug in die deutschen Lande. So wird die Migration zum Verursacher all unserer Probleme erhoben, obwohl die strukturellen Probleme im Gesundheits- und Bildungswesen, im ÖPNV und der Digitalisierung, sowie zahlreichen anderen Bereichen schon davor existierten und während der 16-Jahre Regentschaft der Union (CDU/CSU) kaum oder gar nicht angepackt wurden.

Unser größtes Problem liegt in diesem Aussitzen sowie der Arroganz und Ignoranz einiger Politiker die lieber den Rechtsextremen nachschwafeln anstatt über die letzten zwei bis drei Jahrzehnte zu reflektieren und konstruktiv an Lösungen für unser Vaterland zu arbeiten.

In diesem Eintrag gehen wir aber auf den Integrationserfolg der sogar über dem EU-Durchschnitt liegt sowie den realen Problemen die noch immer existieren aber die nicht durch willkürliche Grenzkontrollen gelöst werden ein. **Scheinlösungen sind unser Grab.**

Integration von Eingewanderten

Reden wir erstmal über die Erwerbstätigenquote. Wie hoch denken Sie, dass die Quote ist?

- a) 20-30 %
- b) 40-50 %
- c) 55-65 %
- d) 65-70 %

Nach dem Bericht von der OECD „[Stand der Integration von Eingewanderten](#)“ vom 8. Juli 2024 betrug dieser 70% (Stand 2022) und war damit deutlich höher als in anderen EU-Ländern. **Ebenso haben sich die Sprachkenntnisse erheblich verbessert durch die Sprachförderung.**

Die Gruppe von Migranten mit einem sehr niedrigen Bildungsniveau (höchstens Grundschulbildung) machen **1/6 der Einwanderungsbevölkerung** aus und haben größerer Schwierigkeiten bei der Integration in den Arbeitsmarkt. **50% sind erwerbstätig und nur 25% erreichen ein fortgeschrittenes Deutschniveau nach mindestens fünf Jahren Aufenthalt.** Der niedrige Bildungsstand ist auf die ungünstige Lage in ihren Herkunftsländern zurückzuführen.

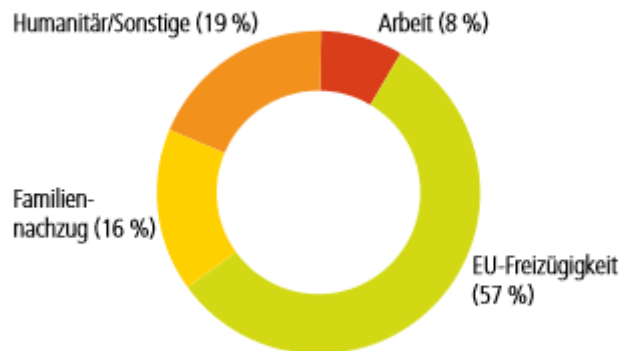
Migrationslandschaft

Die Herkunft in Deutschland ist sehr heterogen, die meisten kommen aber nach wie vor vom EU-Ausland (57%) aufgrund der EU-Freizügigkeit. Die viel diskutierte humanitäre Migration macht in Deutschland hingegen nur 19% aus.

...

Deutschlands Migrationslandschaft ist vielfältig

Aufenthaltszweck, dauerhafte Zuzüge nach Deutschland,
2011–2020, alle Altersgruppen



Seit 2016 ist der Anteil der Einwanderung aus anderen EU-Ländern gesunken, während die Arbeitsmigration aus Nicht-EU-Ländern nach und nach gestiegen ist.

Weitere Herausforderungen und Potentiale

- Kinder von eingewanderten Eltern haben im Bildungswesen schlechtere Leistung als die von deutschen.
- 40 % der eingewanderten Mütter waren erwerbstätig, hingegen 70% der hier geborenen (Stand 2021).
- 70 % der Menschen ohne Schulabschluss in Deutschland sind Migranten.

Lösung: Verbesserung des Bildungswesens und Erwerbsintegration für geringqualifizierte und Frauen muss weiter verbessert werden.

Potential: 600.000 hochqualifizierte Akademiker die nicht entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt waren.

Miteinander reden statt übereinander

Quelle

OECD-Bericht Deutschland: Stand der Integration von Eingewanderten

https://migrant-integration.ec.europa.eu/library-document/oecd-bericht-deutschland-stand-der-integration-von-eingewanderten_de

Coniunctis Viribus #004 - Mit Vereinten Kräften

(vom 25. November, 2024)

Mit dem Aus der Ampelkoalition, dessen Bruch von der FDP geplant war und abscheulicher Weise als „D-Day“ von ihnen bezeichnet wurde, finden die Neuwahlen nach einigem Ringen am 23. Februar nächsten Jahres statt.

Auch wenn die demokratischen Parteien nicht vorhaben, oder zumindest nur zögerlich während der Weihnachtszeit Wahlkampf machen wollen, so ist es von der rechtsextremen AfD und der Putin-nahen BSW nicht zu erwarten.

Darauf müssen wir uns als Wähler und Wählerinnen einstellen, vor allem für jene die sich auf TikTok mit den AfD-Spinnern herumschlagen müssen. Das Russland versucht Einfluss auf unsere zu nehmen ist auch vorprogrammiert – schließlich sind wir bereits Ziel ihrer hybriden Kriegsführung (dazu später mehr).

In diesem Flugblatt geht es aber mehr um die Politik die unser Land braucht, oder zumindest die Positionen die ich vertrete und meine Vision einer lebendigen Zivilgesellschaft (die aber in Synergie mit den demokratischen Parteien existieren muss, z. B. mit Maßnahmen wie das [Demokratiefördergesetz](#) dass die FDP blockierte).

Zukunftsfähigkeit Deutschlands (ZukaDe)

Im 21. Jahrhundert sind wir mit vielen Krisen konfrontiert: der Klimakrise, dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Vermögensungleichheit (wegen 40 Jahre Neoliberalismus), einer Biodiversitätskrise nebst anderen Problemen. **Was aber bisher im Hintergrund trat: durch die Überschneidung dieser Krisen ergeben sich auch langfristige Lösungen die alle oder vieler dieser Krisen entschärft.**

Und darum geht es in meinem Artikel.

Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen

Oberste Priorität hat der Schutz unserer Böden, des Wassers und der Luft damit die Landwirtschaft uns weiterhin mit Nahrung versorgt, das Ökosystem seine Artenvielfalt beibehält und wir Menschen nicht durch den schleichenden Tod der Luftverschmutzung früh zugrunde gehen.

Auf lokaler Ebene, wie es auch bereits vorgeschlagen wurde in der „*Zukunftskommission Landwirtschaft. Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe*“ (S. 21) sollte die Kooperation zwischen landwirtschaftlichen und Umweltakteuren (und anderen Partnern) besonders erleichtert und gefördert werden. **Dadurch stärkt es auch die Demokratie und die Teilhabe ermöglicht wieder das zurückerlangen von Kontrolle.**

Konkrete Maßnahmen wären z.B. ein **Tempolimit** (weniger schwere Unfälle, Co2-Einsparung und reduzierte Mikroplastikmengen wegen langsamer Abnutzung der Reifen), **Wiedereinführung der Sektorenziele** (damit eine tatsächliche Transformation stattfindet und kein illusorischer „Ausgleich“), **autofreie Innenstädte** (vor allem in Großstädten -> **weniger Lärm und Luftverschmutzung**, **familienfreundlicher da geringerer Gefahr für Kinder und ältere**, **Notdienste kommen schneller an ihr Ziel sowie der ÖPNV, Umbau von Parkplatzflächen zu Grün-**

oder Wohnflächen, Ausbau von Fahrradstrecken die Anreiz um Fahrradfahren geben und Gesundheit durch mehr Bewegung steigern, Barrierefreiheit, usw.) und Klimageld (gekoppelt an Co2-Preis = Einnahmen aus der Co2-Abgabe geht zurück an die Bürger und Bürgerinnen, einkommensschwache Haushalte profitieren besonders da sie weniger ausstoßen).

Finanzierung und Vermögensverteilung

Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen, unserer Sicherheit und unserer Demokratie auch durch die Bundeswehr und Demokratieförderprojekte sowie der Ausbau unserer Infrastruktur und Bekämpfung der sozialen Ungleichheit benötigt viele finanziellen Ressourcen.

Eine Gruppe die bisher verschont wurde sind die Reichen: so zahlt ein Millionär mit einem Einkommen von 1,6 Millionen Euro eine Steuer- und Abgabenquote von 24%, ein Paar das hingegen 110.000 Euro hat eine Quote von 43%. Die Vermögenssteuer wurde 1996 von Kohl ausgesetzt und hat seitdem €380 Milliarden gekostet – 80% des Bundeshaushalts 2024.

Aus diesen Gründen, und weil wir einen starken Sozialstaat brauchen (das verfassungsgeschützte Grundeinkommen, das Bürgergeld, macht übrigens nur 4,2% des Sozialbudget aus), ist eine gerechte Besteuerung notwendig. Deshalb schließe ich mich dem ausgearbeiteten Steuerkonzept von verdi und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) an, hier zum Nachlesen: <https://www.dgb.de/geld/steuerkonzept/#!/Start>

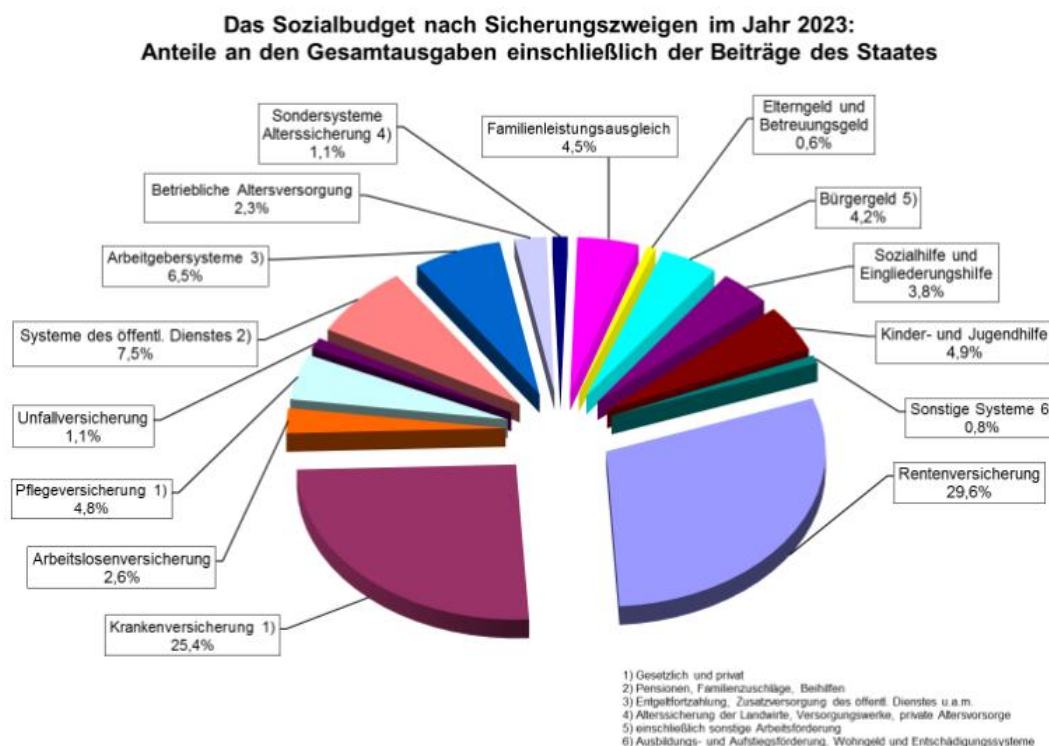


Abbildung 28 - Quelle: Sozialbudget 2023, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (S. 7)

In einem früheren Flugblatt hieß es, dass das Bürgergeld 3,6% am Sozialbudget beträgt. Deswegen ist hier zu beachten, dass sonstige Arbeitsförderung auch hier miteinfließt und den Anstieg um 0,6% auf 4,2% erklärt.

Das Reichste 1% besitzt 30,4% des Gesamtvermögens, die untere Hälfte hingegen nur 2,9%.

Durch eine Reform der Einkommenssteuer würden auch 95% der Steuerzahler entlastet, nur die oberen 5% müssten mehr zahlen.

Eine **Finanztransaktionssteuer** befürworte ich ebenfalls, wie sie auch im Konzept vorkommt. **Die Steuerrate wäre 0,1% auf Aktienhandel und Anleihen und 0,01% auf Überweisungsderivate.** Allein in Europe/EU würde dies \$37,7 Milliarden einbringen (konservativ geschätzt). **80% der Steuer würden Kapitalbesitzer tragen, hingegen nur 20% die Arbeiterklasse** (Quelle: <https://www.wifo.ac.at/publication/53202/>).

Table 5: Potential Revenues from a global FTI; Conservative Scenario

Summary Table	Revenues				
	Global	North America/USA	Europe/EU	Asia	Other
	Million \$				
Equities	65,644.00	36,840.84	19,684.30	9,118.86	-
Exchange Traded Derivatives	18,168.03	12,870.92	4,548.60	513.40	235.11
ETD Options	4,068.79	3,389.86	623.75	14.39	40.78
ETD Futures	14,099.24	9,481.06	3,924.85	499.00	194.32
OTC Derivatives	15,628.18	3,051.89	7,445.22	-	-
Interest Rate Derivatives	1,729.21	580.45	189.82	15.29	-
Bonds	136,693.50	130,858.06	5,835.44	-	-
Total	237,862.92	184,202.16	37,703.39	9,647.55	235.11

Source: Authors calculations based on data given in Table 4; Assumptions: evasion effects for equities and bonds: 15%; evasion effects for derivatives: 90%; elasticity of trading volumes: -1.50. For the Asian region and Rest of the world (Other) region data was not available for all financial instrument types.

This scenario delivers around \$ 237.9 billion overall for the whole global economy, which corresponds to 0.31% of global GDP. Of these, \$ 184.2 billion will accrue to the North America/United States region, \$ 37.7 billion to the European/EU region, and \$ 9.7 billion will accrue to the Asian region.

Abbildung 29 - Die konservative Schätzung (Studie veröffentlicht im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung)

Die Mehreinnahmen die dadurch entstehen ermöglichen dringende Investitionen für eine sozial-ökologische Transformation, stärken also unseren Sozialstaat (der schon von der Gründervätern und -müttern des Grundgesetzes vorgesehen war) und kreiert neue Arbeitsplätze.

Der **Wirtschaftsstandort Deutschland** wird attraktiver durch eine **funktionierende und sanierte Infrastruktur**, der **Weiterfinanzierung des Deutschlandtickets** (das [Dienstwagenprivileg](#) kostet den Staat €5,5 Milliarden jährlich, um den Preis des Deutschlandtickets auf €49 zu halten sind aber nur €400-€800 Million nötig), den **Ausbau der erneuerbaren die zigttausende von Arbeitsplätze langfristig schafft** und uns unabhängiger von Autokratien macht, **Investition in Bildung und Demokratieförderprojekte** (Stabilität in Zeiten der Instabilität und Stärkung der Konfliktfähigkeit in der Gesellschaft), mehr **sozialen Wohnungsbau** ermöglicht indem wir von Städten wie Wien lernen sowie in **Sachen Digitalisierung** von Ländern wie Estland. Schließlich finanzieren die größeren Einnahmen dann auch **die Verteidigung** und macht unsere Bundeswehr kriegsfähig. Durch Aufträge an die Rüstungsindustrie kann sich unser Land wieder aufrappeln.

Der Platz auf zwei DIN-A4 Seiten ist leider sehr beschränkt, daher bin ich in Detail auf die zwei Felder eingegangen die wie gesagt mit Sozial- und Familienpolitik, Agrar- und Wohnungspolitik und anderen Bereichen überlappen.

Als Zivilgesellschaft die sich politisch engagiert ist diese Denkweise daher auch von Vorteil:

Will eine Bürgerinitiative in Berlin z. B. ein Fahrradweg bauen der auch eine ganze Straße für Autos sperrt, dann ist nicht nur ein sicherer Radweg geschaffen, sondern auch ein Platz wo Bäume angepflanzt werden können für Schattenplätze im Sommer (v.a. für ältere) und ein Platz zum sozialisieren (Treffpunkt für kleine Veranstaltungen oder Feste). Das Sozialleben verstärkt sich und die Umwelt und der Mensch profitieren von der Maßnahme.

Lokal können wir was am schnellsten verändern und es auch nachhaltig gestalten.

Putins Hybrider Krieg

Seit mehr als 1.000 Tagen dauert der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und Putin setzt nach wie vor auf einen militärischen Sieg – an Verhandlungen ist er nicht interessiert. Zwar führt Russland keinen militärischen Krieg gegen uns, aber Krieg wird gegen uns und andere Demokratien auf anderer Weise geführt.

*„Auch in Zukunft müssen wir mit einem sehr breiten Spektrum von Angriffen rechnen. Dabei gibt es grob drei Bereiche von Zielen. **Einmal gibt es Angriffe gegen staatliche Institutionen.** Hier geht es darum, den Staat in seiner Handlungsfähigkeit einzuschränken, aber auch das Vertrauen der Bevölkerung in den jeweiligen Staat zu senken.*

Die zweite Gruppe ist die Wirtschaft: Das sind Sabotageakte auf kritische Infrastrukturen, Cyberangriffe, Ransomware-Attacken. Damit kann die Wirtschaftskraft von Staaten geschwächt und auch Unsicherheit erzeugt werden.

Die letzte Gruppe ist die Bevölkerung. Da unterstützt Russland in der öffentlichen Debatte einander konträre Positionen. Das führt zu einer Radikalisierung - und irgendwann auch zu aggressiven Vorfällen.“ (Quelle: [Tagesschau](#))

Die gefährlichste Waffe ist dabei die Desinformation: durch gezielte Falschinformationen können Meinungen gebildet und Narrative gesetzt werden. **Aufklärung ist das A und O** **Sowie die weitere Unterstützung der Ukraine.**

Quellen

Streit um staatliche Förderung: Das Demokratiefördergesetz liegt auf Eis

<https://www.deutschlandfunk.de/demokratiefoerdergesetz-100.html>

Zukunftskommission Landwirtschaft

<https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/zukunftskommission-landwirtschaft.html>

Kurzfassung (auch auf der Website als PDF erhältlich)

https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Landwirtschaft/kurzfassung-zukunftskommission-landwirtschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=7

Entlastung schaffen: Klimageld jetzt!

<https://umweltinstitut.org/energie-und-klima/mitmachaktionen/entlastung-schaffen-klima-geld-jetzt/>

Ausgesetzte Vermögenssteuer: 380 Milliarden Euro Schaden

<https://taz.de/Ausgesetzte-Vermögenssteuer/!6021305/>

Sozialbudget 2023

<https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a230-24-sozialbudget-2023.html>

Mit Steuergerechtigkeit Demokratie und Zusammenhalt stärken

<https://www.dgb.de/geld/steuerkonzept/#!/Start>

A Global Financial Transaction Tax. Theory, Practice and Potential Revenues

<https://www.wifo.ac.at/publication/53202/>

Deutschlandticket: Krischer will Geld von Dienstwagenprivileg nutzen

<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/deutschlandticket-finanzierung-dienstwagenprivileg-100.html>

Russische Sabotage in Europa - "Erleben unheimlich viele Nadelstiche"

<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-sabotage-102.html>

Schlusswort

Zuletzt meine Gedanken bezüglich der Haftbefehle des ICC in den Hague, sehr kurz gefasst wie ich es auf Mastodon gepostet habe:

Vor dem Gesetz sind alle gleich.

Niemand steht über dem Gesetz.

Jeder verdient einen fairen Prozess.

Das Gericht ist unabhängig.

Es wird nach rechtsstaatlichen Prinzipien gehandelt.

Deswegen verteidige ich den ICC und dessen Haftbefehle - ob gegen Hamas-Anführer, Vladimir Putin oder Netanjahu.

Niemand stellt sie mit den anderen gleich, sondern alle stehen sie auf demselben Boden: dem, dass niemand Unantastbar ist. Punkt.

(24.11.2024)

Addendum vom 26.11.2024

Die bayrische AfD hat die millionenfache Deportationspläne, die auf dem geheimen Treffen der Rechtsextremen vor einem Jahr in Potsdam zustimmend diskutiert wurde und durch Correctiv Recherchen ([Geheimplan gegen Deutschland](#)) im Januar 2024 gelüftet wurde, nun [offiziell als Staatsziel](#) gesetzt - auch in der Hoffnung, dass die Bundes-AfD es offiziell übernimmt. **Der rechtsextreme Abschaum will nichts geringeres als das Recht auf Asyl, eines der Grundrechte, abschaffen und legt damit die Axt an unser Grundgesetz.**

Doch es geht nicht nur um Asylsuchende die nicht deutschen - und europäischen - Boden betreten bzw. dann verlassen sollen - selbst wenn sie ein Anspruch auf Schutz vor Verfolgung haben dann wird ihnen keine Zuflucht in Deutschland gewährt.

Bewusst hat es die bayrische AfD vage gelassen, was sie mit "fehlende Integrationsfähigkeit" meint. Wenn es nach ihrem völkisch-nationalen Bild des vergangenen Jahrhundert geht, worauf es hinausläuft, dann wären es alle Menschen mit Migrationshintergrund - und das Lieblingsprojekt von Björn Höcke und Maximilian Krah.

Selbst Staatenlosigkeit, das nach internationalem Recht unzulässig ist, wollen sie in ihrem Arsenal haben. Ein weiterer Punkt der auch im Potsdamer Treffen Zustimmung fand und nach ihren Plänen auch auf andere Deutsche angewendet werden soll die Flüchtlinge unterstützen oder sich für sie aussprechen.

Im Grunde ist dies auch nichts anderes als eine **ethnische "Säuberung"**:

*"Eine verbreitete Form dieser menschenverachtenden Politik ist auch die sogenannte "ethnische Säuberung". "Ethnie" ist ein griechisches Wort und bezeichnet eine Gruppe von Menschen, die die gleiche Kultur oder Abstammung verbindet. Wenn eine solche Gruppe verfolgt und vertrieben wird, spricht man von „ethnischer Säuberung“. **In den 1990er Jahren gab es brutale Verfolgungen in Bosnien-Herzegowina oder auch im afrikanischen Staat Ruanda, wo bis zu einer Million Menschen starben.**"* ([bpb](#))

Der Menschenfeindlichkeit der AfD ist keine Grenzen gesetzt.

Die AfD hasst unsere Demokratie, sie hasst die Menschenrechte, sie hasst die Aufarbeitung der NS-Zeit und sie hasst alles und jeden der nicht wie sie ist und wie sie denkt.

Wir haben es mit der größten Bedrohung für unsere Demokratie der deutschen Nachkriegszeit zu tun, und allein wir als Zivilgesellschaft und die demokratische Parteien können nun entscheiden ob wir das Werkzeug des Parteiverbots nutzen um diesem Alptraum ein Ende zu setzen oder ob wir, wie die Weimarer Republik, scheitern werden. **Allein wir haben die Zukunft in der Hand!**

Quellen

Neue Rechte

Geheimplan gegen Deutschland

<https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>

"Ausländerfeindlich": Entsetzen über AfD-Papier zu "Remigration"

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/auslaenderfeindlich-entsetzen-ueber-afd-papier-zu-remigration,UV8vOxt>

Ethnische "Säuberung"

<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320247/ethnische-saeuebrung/>

(Veröffentlichung: 25. November 2024, 22:14 Uhr)

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Flugblatt: Nieder mit der AfD!	2
Die Demokratiegarde	6
Deutschsein und die Historische Identität	13
Flugblatt: EU-Wahl Spezial Nr. 1	22
EU-Wahl Spezial Nr. 2	25
Alternative für Niemand: Wie Deutschland unter der AfD verwahrlosen würde	28
Wie die Politik Versagt(e) - eine Wutrede	35
Coniunctis Viribus #001: Über das Bürgergeld	40
Coniunctis Viribus #002: Vom Zionismus und Palästina	44
Das Demokratie-Bataillon	74
Deutschland, Wohin geht es mit Dir?	81
Coniunctis Viribus #003 und #004: Über Integration und die Wahl	96
Inhaltsverzeichnis	105